

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshausmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bringerlohn. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfg. — Telefon Sammelnummer 72206 — **Volkshilfskonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Berlin in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsche 35 Wfg., bei Plaboorchrift 40 Wfg. Stellenangebote 10gepalt. Kolonellsche 25 Wfg. Familiennachrichten von Verwandten die 10gepalt. Kolonellsche mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonellsche 40 Wfg., bei Plaboorchrift. 50 Wfg., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Rüstungen der Republikfeinde

Militärische Betätigung des Stahlhelms. Wozu die „notleidenden“ Landbündler Geld haben.

Vor einigen Tagen wurde durch die Presse ein Schreiben der Kreisgruppe Stolz des Pommerische Landbundes veröffentlicht, worin den landwirtschaftlichen Unternehmern mitgeteilt wurde, daß sie für den Landbund und die Deutschnationale Volkspartei recht erhebliche Geldbeiträge abzuführen haben. Da in dem bekanntgewordenen besonderen Falle der Beitrag für einen einzigen Unternehmer 1068 Mk. für das Jahr beträgt, so ist dieses Schreiben bereits ein deutlicher Beweis dafür, daß die im Landbund organisierten landwirtschaftlichen Unternehmer trotz ihrer kleineren erwerbenden Kräfte über ihre angeblich so schlimme Notlage zu beträchtlichen Zahlungen für verhältnismäßig nebensächliche Dinge imstande sind. Daß der Pommerische Landbund, der sich immer als genauer Kenner landwirtschaftlicher Betriebsverhältnisse ausgibt, die Betriebsinhaber noch zu weiteren Zahlungen fähig hält, zeigt ein Rundschreiben, das erst vor einigen Tagen, und zwar am 12. Mai 1926, verbreitet wurde. Das Rundschreiben lautet:

Pommerischer Landbund
Kreisgruppe Stolz
Tgb.-Nr. 243/IV. Leipzig, den 12. Mai 1926.

An die Herren Mitglieder der Arbeitgebergruppe!
Die Leitung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Kreisgruppe Stolz, ist an uns mit der Bitte herangetreten, in den Kreisen unserer Mitglieder durch eine Geldsammlung die Bestrebungen des Stahlhelms zu unterstützen. Die Bewegung, die gerade in allererster Zeit, im Kreise Stolz einen ganz erheblichen Aufschwung genommen hat, kann aus Mangel an Mitteln nicht in dem Maße weitergetrieben werden, wie es im Interesse der guten Sache notwendig erscheint. Die Bildung von Ortsgruppen auch in den kleinsten Ortschaften des Landkreises scheitert an diesem Umstand. Die jetzt in Aussicht genommene Aufnahme der sportlichen und militärischen Betätigung der Mitglieder des Stahlhelms erfordert sehr erhebliche Mittel, die allein von den Beiträgen nicht anzubringen sind. Erschwerend hierbei tritt noch der Umstand in Erscheinung, daß ein großer Teil der Mitglieder des Stahlhelms sich gerade aus dem finanziell leistungsschwachen Teil der Bevölkerung zusammensetzt. Um die Bewegung in einem dem Wiederaufbau des Vaterlandes dienenden Sinne weiterführen zu können, ist aber eine finanzielle Grundlage Voraussetzung.

Wir bitten daher unsere Mitglieder, sich erneut für den Gedanken der Wehrhaftmachung unseres Volkes durch Ueberweisung eines angemessenen Betrags betätigen zu wollen. Die Beiträge bitten wir an den Stahlhelm zu Händen des Herrn Willy Marschke in Stolz, Bahnhofstr. 16, zu überweisen. Die erfolgte Ueberweisung bitten wir, uns auf der anliegenden Postkarte mitteilen zu wollen.

Das Schreiben ist zunächst äußerst lehrreich, als dadurch wieder einmal die ständig wiederholte Verdrängung des Stahlhelms, er besahe sich nicht mit militärischen Dingen, Lügen gestreut wird. Das Schriftstück zeigt deutlich, was von derartigen Betreibungen zu halten ist. Die Schornerei des Stahlhelms bei den Landbündlern wird betrieben unter dem ausdrücklichen Hinweis auf die militärische Betätigung des Stahlhelms. Der Stahlhelm weiß also gut, daß der Landbund der Geldgeber der schwarzen Reichswehr war und daß sich die Junker am ehesten zu finanziellen Opfern bereitfinden, wenn es sich um die militärische Vorbereitung eines Putzsches dreht. Weiter ist das Schreiben aber auch ein

neuer Beweis dafür, daß die „notleidenden“ Agrarier, die sich nach Möglichkeit von allen Steuerzahlungen zu drücken suchen, sehr wohl in der Lage sind, bedeutende Geldmittel aufzubringen, wenn es gilt, die Rüstungen der nationalistischen und monarchistischen Feinde der Republik zu stärken.

Der „Wehrsport“ des Hindenburg-Verbandes.

Der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet:
Ein „Hindenburg-Verband“, eine dem „Tannenbündel-Bund“ E. V. der „Vereinigung Völkischer Wehrverbände“ angeschlossene Organisation, ist vor einigen Monaten — um einem dringenden Bedarf abzuhelfen — ins Leben gerufen worden. Sie wird jetzt mit einer „Führeranweisung“ ausgestattet, die soeben in der Stephansstift-Druckerei in Hannover ausgedruckt und uns übermittlelt worden ist. Nach dieser „Führeranweisung“ haben wir es hier mit einem unter dem Deckmantel des Reichspräsidenten der Republik

rein militärisch ausgezogenen völkischen Kampferverband zu tun. Der „Verband“ gliedert sich in a) Aktive, b) Reservisten, c) Landsturm, d) Jung-Hindenburgler. Die „körperliche Erziehung“ erstreckt sich auf folgende Gebiete: a) Wehrsport, b) Schießen mit Kleinkalibern, c) Gesandheitsübungen mit Marschliedern. Die „Inspektions- und Befehlshaber“ werden von der Leitung „ernannt“. Ortsgruppenführer von den Bezirksführern. Es sind im Verband „die in der Klemme bzw. Schutzpolizei erworbenen Dienstgrade“ maßgebend. „Als „Verbandsanzug“ gilt die selbstgegraue Einheitsmütze, ein selbstgegrauer Rock, Windjacket, Stiefelhosen, Wästelgamaschen, Koppel mit Schmalze u. a. m.

Ganz besonders wird sich der Reichspräsident über die „Fahne“ des Hindenburgverbandes freuen; er trägt nämlich in einem schwarzweissen Fahnenband ein schwarzes Hakenkreuz in weißem Feld. Die Bestimmungen über den „Eintritt in das Reichshohe“ werden im Anhang der „Führeranweisung“ bekanntgegeben. Unter dem Kapitel „körperliche Erziehung“ wird das ganze ehemalige Exerzierreglement und die ehemalige Turnvorschrift samt Sprunggestell, Stützstufen, Wundungen und der Sprossenwand behandelt. Für jeden „Jung-Hindenburgler“ wird weiterhin zum Schießen mit dem Kleinkalibergewehr ein „Schießbuch“ angelegt.

Es kann demnach keinem Zweifel unterliegen, daß der Hindenburgverband eine militärisch ausgezogene Kampforganisation der völkischen Republikfeinde darstellt. Es drängt sich deshalb die Frage auf: Wie stellt sich der Reichspräsident, der dem Hindenburgverband doch wohl die Genehmigung zur Führung seines Namens gegeben haben muß, zu diesem „Wehrsport“, der hier unter seinem Namen betrieben wird? Jedenfalls muß von den zuständigen Reichs- und Landesbehörden verlangt werden, daß sie sich diesen militärisch organisierten Hakenkreuzverband recht genau ansehen und sofort mit aller Schärfe gegen ihn einschreiten.

Der Strick wird angezogen. Neue Methoden der Faschisten.

Rom, im Mai 1926.

Aller Anfang ist schwer. In den ersten Monaten nach der Besitzergreifung hielten der Regierungssaktion des Faschismus noch gewisse Rücksichten an. Man genierte sich. Man wollte es womöglich vermeiden, im In- und Ausland den Eindruck hervorzuwerfen, als stürzten sich die Sieger wie hungrige Wölfe auf die Ressourcen des Landes. Heute hat man derartige „Schwächen“ längst abgeschüttelt; man zeigt sich dreist als das, was man ist und nennt dieses Juristhaushalten der eignen Gemeinheit „faschistischen Stil“.

Am 10. Mai ist ein neues Dekret in Kraft getreten, das die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs den Faschisten und ihren Freunden vorbehält. Das Dekret besagt: „In das Verzeichnis der Rechtsanwälte können diejenigen nicht eingetragen werden, die eine öffentliche Tätigkeit im Widerspruch mit den Interessen der Nation entfaltet haben; sind sie bereits eingetragen, so müssen sie gestrichen werden.“ Bekanntlich gilt die Gleichung: national-faschistisch. Wer gegen die Faschisten ist, ist antinational. Es bleiben also nur die Faschisten. Gewiß sind allerhand Appellinstanzen vorgegeben, aber an diese Dinge glauben wir in Italien nicht mehr. Um die Sache schnell und glatt zu befehlen, wird die Auflösung aller beruflichen Vertretungen der Rechtsanwälte, der Rechtsanwaltskammern, verfügt; an die Stelle der von ihnen gewählten Ausschüsse tritt ein vom Minister ernanntes Kollegium, das die neuen Berufsverzeichnisse aufstellt. Das Einspruchsrecht gegen die Aufnahme in dies Verzeichnis stand bisher dem Staatsanwalt zu. Aber die faschistische Regierung sieht die Möglichkeit vor, daß es rechtschaffene Staatsanwälte gäbe und überträgt auf alle Fälle das Einspruchsrecht der gefällig anerkannten Organisation der Rechtsanwälte. Diese gefällig anerkannte Organisation ist das faschistische Syndikat.

Man verfährt hier nach denselben Prinzipien, die man für die Beilegung der gegnerischen Presse angewendet hat. In jedem Ort weiß der Präsekt ganz genau, wie viel Nummern der faschistischen Blätter mehr verkauft werden, wenn man z. B. den „Avanti“, die „Unità“, das „Lavoro“ beiflagelagt. Die Interessenten der faschistischen Blätter, die Konturrenten, Iahmzulagen, sind heute ein ebenso ausschlaggebender Grund als die Notwendigkeit, jede Kritik zu verhindern. Der „antinationale“ Rechtsanwalt kann der Ausstülpung aus dem Berufsverzeichnis nur so sicherer sein, je mehr Klienten er hat. Man will nicht nur dem „Antinationalen“ das Brot nehmen, man will es vor allem sich selbst zu Gemüte führen. Früher verschleierte man derartige Motive, heute gibt man sie offen zu. Faschistischer Stil...

Bekanntlich lebt aber der Mensch nicht von Brot allein. Auch eine Wohnung ist nötig, und sie ist im heutigen Italien fast noch schwerer zu beschaffen, als das Brot. Da hat nun der Faschismus einen „stilvollen“ Ausweg gefunden. Was brauchen die Antifaschisten Wohnungen? Und wenn man schon nicht verhindern kann, daß ihnen Privatleute für schweres Geld welche vermieten, so wird man es doch wenigstens fertig bringen, sie aus den Häusern zu vertreiben, zu deren Bau der Staat Subventionen gegeben hat, also aus den Arbeiter- und Beamtenwohnungen, die von Kooperativen mit Staatsunterstützung gebaut worden sind. Es steht daher, wie von offiziöser Seite bekanntgegeben wird, ein Gesetz bevor, das die Verwaltungsämter dieser Institute auflöst und unter einen Regierungskommissar stellt, der die Aufgabe hat, alle Mietverträge zu kündigen, die mit Gegnern des Regimes abgeschlossen wurden.

Man vergegenwärtige sich all die sympathischen Seiten dieser faschistischen Wohnungsfürsorge! Wer eine Wohnung braucht, wird wie ein Luchs hinter seinem Nachbar her sein, um ihm irgend etwas „Antinationalen“ nachzujagen zu können. Durch dieses neue Dekret ist das Wohnungsproblem für die Faschisten in genialer Weise gelöst. Vorzüglich ist auch der Gedanke, daß alles, was aus Staatsmitteln stammt, faschistisches Parteieigentum ist. Dieser Gedanke verleiht einen weitem Ausbau. Wie wär's, wenn man einen Teil der Galerien und Kunstschätze, die öffentliches Eigentum sind, zugunsten der Mitglieder der faschistischen Partei verkaufte?

Denn die Sorge, daß es nicht für alle langt, laftet schwer auf den „Hierarchen“ des Regimes. Daher wird, wie von offiziöser Seite verlautet, demnächst eine auf das innere Parteileben bezügliche Regel aufgestellt werden, nach der die beghelichten öffentlichen Ämter von einem auf den andern Faschisten, in bestimmten Zeitabständen übergehen sollen, damit nicht einer sich immer derselben Einnahme erfreut, während der andere hungrig zuseht. Wer jetzt Minister oder Unterstaatssekretär, oder Präsekt oder Militärminister oder Bantdirektor wird, der sage sich gleich zu anfang: kurz ist der Frühling. Kaffe zusammen, was du kannst; vor der Tür steht schon dein Nachfolger mit raffgierigen Armen! Man kann die Vorteile dieses Schichtwechsels für die Moralisierung des öffentlichen Lebens kaum ermessen. Ein jeder kommt an die Reihe, wie in den seligen Zeiten der Brotkarte; aber jeder sehe zu, daß er sich etwas mitnehme, das fürs Leben vorhält...

Man denke nicht, daß ein Regime, das sich in so rührender Weise der Seinen annimmt und so großmütig den Staat als Lortz aufteilt, sich nicht auch um andre Dinge bekümmere. Es ist für alles geforgt. Am 6. d. M. sollte in Mailand die

Zentrum und Volksentscheid.

Die Demokratische Partei hat, wie bekannt, ihren Wählern die Entscheidung bei der Abstimmung über das Entleerungsgesetz freigegeben. Aus allen Gauen kommen Entschiedenungen demokratischer Organisationen, die sich für die aktive Teilnahme am Volksentscheid erklären. Selbst die Frankfurter Zeitung, der man eben wegen ihrer liberalen Färbung nicht nachsagen kann, daß sie in der Front der Eigentumsfeinde marschiert, kann sich dem Gedanken nicht entziehen, daß der Kampf gegen die Fürstentümer durchaus berechtigt sei, um so mehr, als eine Lösung dieser Frage im Reichstags nicht gefunden werden konnte.

Wichtiger aber sind die Stimmen aus den Kreisen der Zentrumspartei, die sich, wie bekannt, offiziell gegen die Beteiligung ausgesprochen hat. Schon während des Volksbegehrens haben viele Kreise der Zentrumswähler die Fahnen ihrer Partei verlassen und sind gemeinsam mit den übrigen 12 Millionen gegen die Fürsten marschiert. Jetzt mehren sich die Stimmen, auch am Volksentscheid aktiv mitzuwirken, um so dem Volke die 2½ Milliarden Pflastergeld zu erhalten. In der Rheinischen Volkszeitung schreibt der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei Prof. Dr. Dersaue:

„Betrachte ich das Schicksal des deutschen Proletariats, des deutschen Mittelstands, der Kriegsoffer, schaue ich mir an, was in den Kantonskämpfen vor sich geht und in den Großstädten, denke ich daran, welche schwarze Blut von Qual, Verlassenheit und Verarmung durch die Verlängerung dieses Krieges, durch Unwahrscheinlichkeit und Selbstsucht über das deutsche Volk gekommen ist — so verführe ich für meine Person die Ansicht vieler, daß von den beiden Freveln, zwischen denen wir zu wählen haben, die Entleerung der Fürsten der kleinere ist.“

In gleichem Sinne äußert sich die Rheinische Volkszeitung, das offizielle Kölner Zentrumorgan. Es schreibt: „Wir geben der Meinung Ausdruck, daß die Fassung der Zentrumsentleerung nicht verlangen, daß der Zentrumswähler der Abstimmungsurne fernzubleiben hat. Er verlangt, daß nur In-Sager

zur Meie gehen, er verlangt die Öffentlichkeit der Entscheidung. Zu den Freiheiten des Staatsbürgers muß ein für allemal die ungeschmälerte Möglichkeit gehören, bei jeder Wahl und jedem Volksentscheid unkontrolliert von Dritten seine Entscheidung fällen zu können. Das gehört zu den wichtigsten Grundlagen der demokratischen Idee.“

Die schaffenden Kreise des Leipziger Bezirks werden nicht hinter dem Professor Dersaue zurückbleiben wollen. Auf, an die Arbeit!

Die Befetzung des Oberreichsanwaltschaftspostens.

Eine nebensächliche Angelegenheit!
Das Reichskabinett hat, wie der Soz. Pressedienst mitteilt, tatsächlich den Ministerialrat Werner zum Nachfolger für den am 1. Juli aus dem Amt scheidenden Oberreichsanwalt Ebermeyer bestimmt. Es hat, wie verlautet, die Regelung der Nachfolge Ebermeyers in Form einer sogenannten „Kabinettsbeschlusse“ erledigt, d. h. man sprach über die Ernennung Werners, und da über die Pflichten von keinem Kabinettsmitglied Widerspruch angemeldet wurde, ist die Ernennung Werners beschlossene Sache.

Eine reizende Art, eine wichtige Frage der Republik — und das ist doch wohl die Ernennung eines Mannes, der nicht nur Hüter der Gerechtigkeit, sondern auch Anwalt der republikanischen Staatsform sein soll — als Bagatelie zu erledigen!

Militärrevolte in Portugal.

Ll. London, 28. Mai.
Nach Meldungen aus Portugal haben sich zwei Divisionen gegen die Regierung erhoben und den Vormarsch gegen Lissabon angetreten. Die Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem Landesinnern ist unterbrochen. Der Führer der aufständischen Truppen zögerte eine Proklamtion an die Bevölkerung. Die Regierung hofft, die Bewegung unterdrücken zu können.

„Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter“, die an die Stelle der aufgelösten sozialistischen Einheitspartei getreten ist, eine Zusammenkunft von Vertrauensmännern in Mailand abhalten. Man brauchte einen Saal für etwa 70 Personen. Man fand sogar, was man in Rom nicht gefunden hätte, einen Saalbesitzer, der diesen geben wollte, aber er stellte eine recht verständliche Bedingung: er wollte zur Zeit der Versammlung Polizeibewachung haben, um nicht seine Lokale demoliert zu lassen. Unsere Genossen begeben sich also auf die Polizeidirektion, die nach Beratung mit der Präsektur zu folgendem Entschluß kommt: Nehmen an der Zusammenkunft mehr als 15 Personen teil, so wird sie aufgelöst und die Teilnehmer werden verhaftet. Bis zu 15 Personen ist die Zusammenkunft zulässig und wird von der Polizei gegen Überfälle geschützt werden. Diesem Mas halten die Genossen die Bestimmungen des Versammlungsrechtes entgegen, es wird ihnen aber geantwortet, daß man jede Versammlung der Mitglieder der neuen Partei als einen Versuch ansehen und bestrafen werde, die alte Partei ins Leben zu rufen. Wie man sieht, herrscht also Ordnung im Lande.

Der Abgeordnete Finzi ist auf einen vorzüglichen Gedanken verfallen: den der Beseitigung der italienischen Kammer durch Kammerbeschlus. Er war Agent in Motorrädern, als der Aufstieg anging; als die öffentliche Meinung nach der Ermordung Matteottis ein Opfer heischte, wurde er, damals Unterstaatssekretär des Innern, preisgegeben, hielt sich aber durch seine berühmte Denkschrift die Verhaftung fern. Schon damals war er ein schwerer Mann, zu welcher Höhe er besonders als Kommissar des Luftschiffahrtswesens aufgestiegen war. Augenblicklich arbeitet er in Grundstückspekulation in Tripolitanien, was seiner jüngsten Rede zugunsten öffentlicher Arbeiten in dieser Kolonie einen besonderen Nachdruck gab. Es sind auch schon, ohne die Kammer zu bemühen, 100 Millionen neuer Ausgaben für diesen Zweck bewilligt worden. Wer wäre also kompetenter als Finzi, die Ueberflüssigkeit der italienischen Kammer darzutun?

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet: „Die Kammer bittet die innere Politik der Regierung und er sucht, in der Ueberzeugung der Ueberflüssigkeit ihrer Existenz, die Regierung darum, sie aufzuheben, um an ihre Stelle eine andere Institution zu setzen, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der korporativistischen Auffassung der Nation besser entspricht.“

Was unter „korporativistischer Auffassung“ zu verstehen ist, weiß man so ungefähr aus dem jetzt in Kraft getretenen Gesetz über den Arbeitsvertrag: es ist ein Wiederbeleben des Jungtums, im Sinne der obligatorischen Zusammenfassung der Bürger nach ihren Berufen, mit Vertretungsrecht dieser Zünfte in den staatlichen Körperschaften. Von der verfassungsmäßigen Bedeutung des Vorschlags sehen wir ab; die Abschaffung eines in der Verfassung festgesetzten Staatsorgans auf Grund einer Tagesordnung dieses selben Organs ist der Inbegriff des konstitutionellen Widersinns, aber in dieser Beziehung beansprucht kein einziges Mitglied der heutigen Kammer ernst genommen zu werden. Daß die Regierung anordnet, gegen die Tagesordnung Finzi zu stimmen, ist auch belanglos; wichtig ist, daß sie anordnete und daß die Kammer Folge leistete. Denn in dieser Tatsache liegt die eigentliche Begründung des Vorschlags.

So, wie die Kammer heute in Italien ist, gehört sie in der Tat zum Ueberflüssigsten des Ueberflüssigen. Ihre Grabinschrift hatte in derselben Sitzung vom 30. April bereits der Innenminister Federzoni geliefert, als er sagte: „Hier existiert keiner von uns als Person; wir alle sind ergebene und disziplinierte Soldaten des Duce.“ Daß für diesen Zweck die Nation Millionen an Diäten ausgeben soll, ist nicht recht einleuchtend.

Aber die Kammer ist nicht nur überflüssig, sie ist auch schädlich, insofern sie dem guten Namen des Landes abträglich ist. Hat da am 30. April ein gewisser Barbiellini gesprochen, den wir, wie Finzi, den Lesern erst vorstellen müssen. Der Mann ist bekannt als Mandant der Mörder des Kriegskruppels Pertua, der in Piacenza in seinem Bett durch Antipathie getötet wurde. Es wurde gleichzeitig bekannt, daß sich der Mensch Kriegsdeklarationen zulegte, auf die er kein Recht hatte. Man schloß ihn wegen moralischer Unwürdigkeit aus der faschistischen Partei aus, sah aber bald ein, daß es zu weit führen würde, wenn man alle Mordmandanten ausschloße und nahm ihn in Ehren wieder auf. Nachher kam noch ein Brief von Barbiellini an die Offiziellisten, in dem er zwei Gastwirts beauftragte, einen dritten Gastwirt durchzuprüfeln, weil der Dritte schlecht vom Faschismus gesprochen hätte. In Wirklichkeit hatten die beiden Gastwirte beschlossen, den Dritten, der ihnen Konkurrenz machte, zu beseitigen, hatten ihn aber nur zum Krüppel geschlagen. Sie hatten dann nachträglich sich den Brief von Barbiellini ausliefern lassen, um dadurch den Mordanschlag als politisches Verbrechen der Annette teilhaftig werden zu lassen. Nach diesen einführenden Anekdoten kommen wir zur Parlamentstunde Barbiellini. Der Mensch hat vorgeschlagen, die Polizeifunktionen zu verstärken.

Wenn man die Ordnung schätzen will, muß das Volk französisch sein und die Polizisten Domenikaner. Ich bin in vielen Fällen für ein paar Groschen Strick. Die Partei würde mich tabeln, aber die Iren würden nicht mehr herumlaufen und solche Scherze, wie der auf dem Kapitol, kämen nicht mehr vor. (Heiterkeit.) Im Ausland sagt man oft „Der Diktator Mussolini“. Ich bin wir Diktator, aber bis jetzt haben wir noch niemand aufgehängt (wiederholtes Gelächter). Ich hätte drei Entwürfe in der Tasche, und bin sicher, daß sie genügen würden, um die Dinge einzulenken. Ich meine, wenn man 150.000 Lire für Hinrichtungen auswerfen würde, so ließen sich viele der 145 Millionen für den Polizeidienst ersparen. (Heiterkeit.) Wm.

Gegen diesen Lausühnen hat die Kammer erst dann protestiert, als der Minister des Innern ihn zurückwies. Und am 1. Mai hat dieselbe Kammer dem Kommunisten Dr. Maffi während seiner Rede die Papiere entziffert, die die Notizen des Redners enthielten und die Mehrheit hat dazu gemichert. Jeder vernünftige Mensch, der etwas nationale Selbstachtung hat, empfindet die Berechtigung des Antrags Finzi. Man schmeichelt einer solchen Kammer, wenn man sie nur als überflüssig bezeichnet. Wenn aber jede Institution des Staates deshalb abgeschafft würde, weil die Faschisten etwas Unwürdiges und Gemeines daraus machen, dann bliebe so ziemlich gar nichts von italienischen Staate übrig.

Böllische Mohrenwäsche.

Vom schlechten Gewissen gepeinigt, veröffentlicht die böllische Fraktion des Preussischen Landtages zur Entlastung die erste Aussage, die Robert Grütze-Lehder über die Ermordung des Heinrich Dammers, genannt Oberleutnant Müller, im Legationsort bei Berlin gemacht hat. Die Böllischen besitzen die Stirn, diese Aussage als die „wahrheitsmäßige“ hinzustellen. Daß die Böllische Freiheitspartei sich gerade auf diese Aussage beruft, ist dumm und unwürdig. Denn es trifft auf keinen Fall zu, daß diese Aussage wahrheitsmäßig ist. Grütze-Lehder hatte damals behauptet, bei Ausführung der Tat seien noch zwei Männer zugegen gewesen. Inzwischen steht einwandfrei fest, daß

Grütze-Lehder die Tat ganz allein begangen hat. Die Geschichte von den zwei Mittätern war erfunden und die Anschuldigung der Tat eine reine Phantasieerzählung vor der Kriminalpolizei. Der Schluß liegt daher allzu nahe, daß auch der übrige Teil jener Aussage erfunden war. Das dürfte auch auf die Schlusserklärung Grütze-Lehders zutreffen, um die es der Böllischen Fraktion zu tun ist:

„Ich will erklären, daß ich diesen Mann mit voller Ueberzeugung getötet habe. Die deutschböllische Freiheitsbewegung, der ich mich angeschlossen habe, hat mit dieser meiner Tat nicht das geringste zu tun.“

Bei dieser Erklärung des Fememörders ist zu beachten, daß Grütze-Lehder bei seiner damaligen Aussage noch fanatischer Anhänger seiner Partei war und sie beden wollte. Inzwischen hat er noch drei- bis viermal Aussagen vor der Kriminalpolizei gemacht und dabei u. a. die Verleumdung abgegeben, daß er im Oktober 1923 fast täglich mit den böllischen Abgeordneten Wulle und Kube in dem Bureau der Deutschböllischen Freiheitspartei in der Dessauer Straße zu Berlin zusammengetreten sei. Diese Aussage ist auch von anderer Seite erhärtet worden. Es ist also ein missglückter Reinwaschungsversuch, wenn die Böllischen nunmehr, wo es für sie dringlich wird, eine längst widerzogene Aussage zur wahrheitsmäßigen stampfen wollen, weil sie ihnen in den Kram paßt. Der Mohr bleibt schwarz.

SPD. In seiner Zeugnisaussage vor dem Gemeindefuß des Preussischen Landtages hatte der Fememörder Grütze-Lehder u. a. auch erklärt, daß der erschossene Dammers die Korrespondenz mit dem Mathenau-Mörder Tschow geschanden habe. Darauf hatte der Ältere der beiden Brüder Tschow an den Untersuchungsanspruch des Preussischen Landtages einen Brief geschrieben, in dem er Grütze-Lehder als einen Schwindler bezeichnete. Er, Tschow, habe wohl von Dammers Briefe bekommen, aber er habe diese Briefe nur einmal dahin beantwortet, daß er eine Korrespondenz mit Dammers nicht wünsche. Mit diesem Brief hat die Böllische Freiheitspartei große Kettlame gemacht, um die Unglaubwürdigkeit Grütze-Lehders darzutun.

Trotzdem ist die Aussage Grütze-Lehders vollkommen richtig. Der erschossene Dammers hat in der Tat mit einem der beiden Mathenau-Mörder in Verbindung gestanden, allerdings mit dem jüngeren Tschow. Dieser hat aus der Strafanstalt Bohlau über seine in Berlin wohnende Mutter mit Dammers ein Brief korrespondiert. Dammers hat dem jüngeren Tschow böllische Zeitungen und Zeitschriften geschickt, wofür sich dieser z. B. in einem Brief vom 10. November 1923 bei Dammers in äußerst herzlich gehaltenen Worten bedankt und gleichzeitig der Erwartung Ausdruck gegeben hat, auch schriftliche Nachrichten von Dammers zu bekommen. Mit diesem Briefe erledigt sich das Dementi des älteren Tschow.

Der böllische Reichstagsabgeordnete Kube hat jetzt, wo ihm die Staatsanwaltschaft auf den Ferien ist und ein Antrag auf Aufhebung der Immunität gegen ihn vorliegt, erneut ein Schreiben an den Untersuchungsanspruch des Preussischen Landtages geschrieben, in dem er sich zur Verneinung drängt. Bisher hatte er es geschicklich abgelehnt, sich dem Anspruch zur Verfügung zu stellen. Auch sein neues Schreiben zeigt von ungläublicher Schnoddrigkeit des böllischen Femebeschülers. Anscheinend um Heimatschutz mehr Eindrücke zu finden, verleiht sich der böllische Hecker zu der Bemerkung: „Mir ist der Eid kein Zwangsband, wie den Verbrechern von 1918. Vielleicht schreiben sich das gewisse bewusste Ehrabschneider hinter die Ohren.“ Im übrigen bekennt Kube jede Mitwisserschaft an den Fememorden des Grütze-Lehder nach dem Motto „Dies Kind, kein Engel ist so rein.“ Von dem Mord an Dammers habe er und Wulle keine Ahnung gehabt, sie hätten ihn nie gewollt.

Bayerische Fememorde.

Von unserem Münchener Korrespondenten.

A. W. Gewisse böllisch-nationalistische Kreise, die unter dem Litzorregiment der Rahr, Böhner und Roth in der Münchener Polizeidirektion und auch anderswo eine Art von Nordzentrale aufgestellt hatten, sind über die „Auslieferung“ bayerischer Gerichts- und Polizeifunktionen an den Feme-Untersuchungsanspruch des Reichstags im Namen der bayerischen Justizbehörde sehr empört. Die bayerische Regierungspresse dagegen hält sich vorzüglich zurück und der literale Bayerische Kurier nennt das Bestreben der Böllisch-Nationalen auf Sabotierung der Arbeit des Reichstagsauschusses sogar „Kriminalföderalismus“. Es könne dem Rufe der bayerischen Justiz nur nützen, wenn sie von jedem Verdachte gereinigt werde, als ob sie ein Interesse an dem Schutze von Verbrechen habe, die unter patriotischer Maske begangen worden seien. Die bayerische Regierung habe nichts zu verbergen und daher nichts zu befürchten. Nun: Wenn man jahrelang nichts getan hat, um diese Verbrechen mit Hilfe eigener bayerischer Polizeibeamter und Richter aufzuklären, kann man sich heute, da die Spuren fast reiflos verwischt sind, leicht auf hohe Röh setzen und erklären, daß man ein ruhiges und reines Gewissen habe.

Bereits im Jahre 1920 hat sich bei der Aufhebung des Falles Dobner-Prader gezeigt, daß bestimmte amtliche Kreise an der Organisation einer Nordzentrale in der Münchener Polizeidirektion beteiligt waren, und daher keinerlei Interesse hatten, ihre eigenen Kandidaten und Verbrechen ans Tageslicht zu zerren. Aus diesem Grunde ist keiner der bayerischen Fememorde reiflos aufklärt und noch viel weniger gesühnt worden. In dem Nordprozess Hartung, der bekanntlich mit dem Freispruch der Angeklagten Neunert und Bally trotz der schwersten Indizien endete, mußte das Münchener Schwurgericht selber feststellen, daß die Verbrecher in der Einwohnerwehr mit der Duldung und Unterstützung gewisser amtlicher Stellen rechnen zu können glaubten.

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn noch lange nicht alle bayerischen Fememorde bekannt sind und wenn der eine oder andere Mohr erst nach und nach aufgedeckt werden kann.

So haben wir erst jetzt von eingeweihter Seite Mitteilungen über einen politischen Mord vom August 1919 erhalten, an dem die Böhner-Polizei direkt beteiligt gewesen ist, und den sie sogar organisiert hat. In der Nacht vom 25. zum 26. August 1919 wurde nämlich in der Nähe von Völkshausen am Starnberger See bei München der 49 Jahre alte Kaiser Alois Forster durch mehrere Schüsse getötet. In Starnberg melbten sich zwei junge Leute, die angaben, daß Forster sie habe ermorden wollen, und daß sie ihn deswegen in Notwehr niedergeschossen hätten. Die Münchener Polizeidirektion teilte mit, daß Forster zu einem der „jungen Leute“ homosexuelle Beziehungen gehabt habe; und daß er, „offenbar“ eine Erpressung beabsichtigte, sie beide als unbedeutsame Zeugen beseitigen wollte. Forster sei außerdem ein „Mitsäufer der radikalen Elemente“ in München gewesen (!). Die Vermutung, daß es sich um eine politische Angelegenheit gehandelt habe, habe nicht festgestellt werden können. Auffallenderweise unterließ es damals die Polizei, die Namen der beiden jungen Leute überhaupt zu nennen. Sie behauptete schlankweg, daß Forster Stricke und Ausweispapiere mitgenommen hätte. Forster sei auch wegen Meuterei (!) bestraft gewesen.

In Wahrheit hat sich die Ermordung des Forster folgendermaßen zugetragen: Am 23. August 1919 erschien in der Wohnung des Polizeigenossen Georg Schöll, Leonobstraße 30, der Polizeigenosse und Ledspiegel Walter Schreiber aus Jülich, der dem Schöll erzählte, er habe in München eine dem Falk Blau ähnliche Sache zu drehen. Der Kaiser Forster wolle die beiden Polizeiaspiranten Landschammer und Denhauser ermorden. Das müsse verhindert werden. Schöll und Schreiber gingen nun zusammen aufs Polizeipräsidium, Zimmer 124, wo sie den Polizeibeamten Feilner und Bergner den Fall vortrugen. Schreiber schilderte Forster als einen gefährlichen Parteigänger der radikalen Elemente. Man sahne den Plan, Forster bei Starnberg in eine Falle zu locken. Zu diesem Zwecke sollten Feilner und Bergner des

Privatauto des Polizeipräsidenten Wöhner benutzen. Feilner und Bergner gingen zu Wöhner und trugen ihm den ganzen Fall vor. Die Aktion wurde bis Montag, dem 25. August, verschoben, weil Wöhner an diesem Abend das Auto selber brauchte. Als Schreiber den Polizeibeamten in den nächsten Tagen erzählte, daß ihm Forster 100 Mk. gegeben, und daß er mit ihm zusammen zwei lange Stricke gekauft habe, drängten die Beamten auf beschleunigte „Erledigung“. Schreiber mußte die Vorlesungen treffen. Als richtiger Ledspiegel erzählte Schreiber auch dem Forster, daß ihm die beiden Polizeiaspiranten Landschammer und Denhauser nach dem Leben trachteten. Forster wartete nun nach der Weisung von Schreiber auf dem bewußten Platz bei Völkshausen. Schreiber selber fuhr wieder nach München und meldete dort bei der Polizei: „Alles in Ordnung!“ Am Abend erschienen Schreiber, Landschammer und Denhauser bei Forster. Der Auf „Hände hoch!“ sollte für Forster das Zeichen dafür sein, daß Denhauser und Landschammer da seien. Auf diesen Ruf hin schossen nun Landschammer und Denhauser wie auch Forsters vermeintlicher Freund Schreiber auf Forster, der tot zu Boden sank. „Damit er gewiß hin ist“, schoß ihm Landschammer noch zwei Kugeln in den Kopf.

Inzwischen hatten sich Feilner und Bergner mit dem Polizeigenossen Schöll im Privatauto von Wöhner in der nächsten Nähe des Litorles aufgehalten. Nach der Ermordung wurde, um einen Akt der Notwehr vorzutäuschen, noch die Pistole abgeschossen, die Forster in der Tasche hatte. Die Täter übernachteten in einem Wohnhaus in Starnberg, während Feilner und Bergner sofort nach München zurückkehrten. Am nächsten Tage traf man sich im Münchener Polizeipräsidium und einigte sich auf den Tatbestand der Notwehr. Pro forma mußte sich Denhauser eine Zeitsung im Münchener Polizeigebäude aufhalten. Das geschah in der Weise, daß er sich tagsüber in der Polizeikantine herumtrieb und abends in die Zelle ging. Als ihm aber die Sache zu dumm wurde, floh er tagsüber aus, trieb sich in den Lokalen herum und fuhr spät nachts mit einem Auto bei der Polizei wieder vor, nachdem er zusammen mit Schreiber als homosexueller Prostituiert auf den Strich gegangen war. Die Sache war so gemüht, daß Schreiber seinem „Freunde“ Denhauser in der Zelle des Polizeigewohrsams „Gesellschaft“ leistete. Nach zehn Tagen hatte der Staatsanwalt das Verfahren wegen Mangel an Beweisen eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft ist über den wahren Sachverhalt seit längerer Zeit unterrichtet, hat aber gegen die Beschuldigten bis heute nichts unternommen. Vielleicht könnte ihr der Reichstagsauschuss auf die Beine helfen! Die Ermordung des Forster hat sehr viel Ähnlichkeit mit der Art und Weise, wie man Dobner zu einer Autofahrt verlockte, wie man das Dienstmädchen Sandmayr im Auto erdrosselte und wie man Hartung erschloß. Die Beteiligung der Böhner-Polizei an dem Fall Dobner zum Beispiel ist seinerzeit durch ein von Gareis und Timm kontrolliertes Telefongespräch Praders mit dem Polizeibeamten Glaser einwandfrei festgestellt worden. Als daraufhin der „Kampf“, das Organ der SPD, von den „Polizeimördern“ Glaser und Zeller sprach, wurde ein Verfahren eingeleitet, vorfristig aber wieder eingestellt. Sapienti sat! Dem Wissenden genügt's!

Flaggen-Quodlibet.

SPD. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Redlob hat einen Flaggenentwurf ausgearbeitet, der in der Presse viel erörtert wird. Der Entwurf gibt die Dreifarbenjahne böllig auf und will eine Kreuzfahrte schaffen. Durch ein großes schwarzes Ritterkreuz, das bis an den Flaggenrand reicht, wird das Flaggenfeld in vier Teile zerlegt. Von den beiden Gevierten an der Fahnenstange ist das obere rot, das untere golden, die beiden Gevierte an der Außenstange oben golden und unten rot. Neben dem Flaggenentwurf Dr. Redlobs ist noch ein halbes Duzend anderer Flaggenentwürfe aufgelaucht, die Schwarzrotgold und Schwarzweißrot miteinander vermengen, einen Adler auf Schwarzrotgold setzen oder mit der böllischen Kunstmütze versehen wollen. Dem Reichstagsauschuss, der sich mit der Flaggenfrage befaßt, wird ordentlich schwindig werden, wenn er alle diese Flaggenentwürfe vorgeführt bekommt.

Was nun all dieser Aufwand? Der Reichstagsauschuss wird in dieser Flaggenfrage nie zu einem Ergebnis kommen. Das liegt heute schon fest; denn die Flaggenfrage ist nun einmal keine ästhetische Angelegenheit, keine Frage der Herabstufung, sondern eine Frage der Politik. Sie ist kein Ding, bei dem Kompromisse möglich sind. Wer an der Schwarzrotgoldenen Frage herumdeutelt, herumflücht, herumflücht, der hat eben nichts für sie übrig. In der Flaggenfrage gibt es nur ein Entweder—Oder. Von jeder Fahne, auch von der Schwarzrotgoldenen Fahne, gibt das Wort: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.

Der Demokratische Zeitungsdienst teilt folgende interessante Gerüchte mit: Es ist nunmehr bekannt geworden, daß der Geschäftsführer des Bundes der Auslandsdeutschen, Geheimrat Große, der politisch den Rechtsparteien angehört, schon am 11. September 1923 an die Reichsminister des Innern und des Innern, also an die Herren Stresemann und Schiele, eine Eingabe richtete, in der vorläufig die Bitte ausgesprochen wurde, „jezt schon eine Regelung unter der Hand eintreten lassen zu wollen. Mit welchen Schlichen und Hinterklüben hier an eine Regelung der Flaggenfrage gedacht war, geht aus dem folgenden Wortschlage hervor, der wörtlich lautet: „Die deutschen Seemannsämter dürfen bekannterweise die Reichsdienstflagge zur See führen. Es wäre nun unferes Erachtens die Möglichkeit geboten, möglichst viele Vertretungen des Auswärtigen Amtes im Auslande mit Seemannsämtern zu verbinden. Es könnte auf diese Weise erreicht werden, daß neben der vorgeschriebenen Flagge für die Seemannsämter, Konsulate usw. auch die Dienstflagge der Seemannsämter gezeigt werden könnte.“

In der Bremer Bürgerzeitung fand am Freitag nach einer erregten dreitägigen Aussprache ein sozialdemokratischer Antrag, den auch die Demokraten unterstützten, während sich die Hauptstimmgeber der Stimme enthielten, mit 48 gegen 37 Stimmen Annahme. In dem Antrag wird der Senat ersucht, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Lutherischen Flaggenverordnung zu erwirken.

Rußland und die Randstaaten.

Die Vertragsbemühungen.

SPD. Riga, 29. Mai. (Radio.)

Am Freitag traf in Riga der estländische Außenminister ein, um gemeinsam mit dem lettischen Außenminister Umanis Stellung zu nehmen zu der russischen Note mit dem Angebot eines Neutralitätsvertrages. Der von Rußland vorgeschlagene Vertrag soll sich, wie verlautet, an den deutsch-russischen und den russisch-litauischen Vertrag anlehnen. Rußland versichert in seiner Note ausdrücklich, daß der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages nicht den Verpflichtungen gegen den Völkerverbund widerspreche.

Den Bemühungen Rußlands, durch ein Vertragssystem die baltischen Staaten in eine Front zu gewinnen, scheinen insofern Schwierigkeiten zu entstehen, als Polen sich bemüht, diese Bestrebungen zu durchkreuzen oder zu paralysieren. Von polnischer Seite werden zwar die Nachrichten über einen Versuch Polens, die baltischen Staaten durch Verträge in eine Front gegen Sowjetrußland zu gewinnen, bestritten. Selbst wenn dies Dementi zutrifft, so kann keineswegs die Tendenz eines solchen Bestrebens geleugnet werden. Die Prava da, das denn auch schon einige warnende Artikel sowohl an die baltischen Staaten als auch an

Reichseinnahmen im Jahre 1925. Ueberschüsse bei Lohnsteuer und indirekten Steuern — Fehlbeträge bei den Besitzsteuern.

SPD. Berlin, 20. Mai. (Radio.)

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht soeben die Uebersicht der Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahr 1925. Das gesamte Aufkommen beträgt danach 6856 Millionen gegenüber einem Voranschlag von 6770 Millionen. Die Erträge der wichtigsten Steuern ergeben sich unter Gegenüberstellung mit den Voranschlägen aus der nachstehenden Uebersicht:

	Aufkommen	Voranschlag
Lohnsteuer	1268	1200 Millionen Mark
Veranlagte Einkommensteuer	886	970
Körperschaftsteuer	187	180
Vermögenssteuer	270	350
Erbschaftsteuer	27	36
Umsatzsteuer	1416	1430
Beförderungssteuer	318	325
Uebrige Verkehrssteuern	361	360
Zölle	500	500
Zuckersteuer	236	245
Tabaksteuer	616	580
Biersteuer	256	280
Braunweinmonopol	153	150
Uebrige Verbrauchssteuern	111	125
Kapitalertragssteuer	82	—

Vergleicht man das tatsächliche Aufkommen im Rechnungsjahr 1925 mit dem Voranschlag im Reichshaushaltplan, so ergeben sich zum Teil recht erhebliche Abweichungen. Die größten Ueberschüsse gegenüber dem Voranschlag haben gebracht: die Lohnsteuer mit 168 Millionen Mark, die Zölle mit 80 Millionen Mark und die Tabaksteuer mit 36 Millionen Mark. Am meisten hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind die veranlagte Einkommensteuer mit 84 Millionen Mark, die Vermögenssteuer mit 80 Millionen Mark und die Zuckersteuer mit 22 Millionen Mark. Daraus folgt, daß die Erträge aus der Massenbelastung im Voranschlag erheblich unterschätzt, das Aufkommen aus der Besitzbelastung dagegen beträchtlich überschätzt worden ist. Insgesamt haben die Massensteuern einen Ueberschuß von 281 Millionen Mark gebracht, während sich bei den Besitzsteuern ein Fehlbetrag von 196 Millionen Mark ergibt.

Zur Regierungsbildung in Belgien.

(Von unserm belgischen Berichterstatter.)

Die nachstehenden Ausführungen unseres belgischen Mitarbeiter sind vor der endgültigen Konstituierung der neuen Regierung geschrieben worden. Sie behalten trotz dem ihren Wert für das Verständnis der augenblicklichen Situation in Belgien. Gerade in der neugebildeten Regierung ist der Einfluß der belgischen Bankiers äußerst stark zum Ausdruck gekommen, so daß die Bedenken über die Teilnahme der Arbeiterpartei an ihr, die unser Mitarbeiter am Schluß seiner Ausführungen erkennen läßt, nicht von der Hand zu weisen sind.

G. d. M. Jedermann ist sich darüber im Klaren, daß nur energische Maßnahmen Belgien vor jener Katastrophe retten können, in die wir von Tag zu Tag immer mehr hineinschlittern. Auch die Sozialisten hängen sich der Eventualität einer Regierung ausgedehnter Vollmachten an, deren Hauptaufgabe die Vereinigung der Finanzkräfte ist. Nur, und das erübrigt sich hinzuzufügen, wünschen sie, daß das Kabinett nicht ohne parlamentarische Basis bleibe.

Der Wiedereintritt der Liberalen in die Regierung ist bei der engen Verknüpfung, die zwischen den Liberalen und bestimmten Bankkreisen besteht, von größerer Tragweite, als dies bei der Rückkehr der Liberalen Partei erscheinen mag. Sie haben anfänglich mit Nachdruck ein außerparlamentarisches Kabinett gefordert, eine Regierung der „Kompetenzen“ und „Fachminister“. Der Widerstand gegen die Pläne der Liberalen ist nicht nur in der sozialistischen Partei sehr stark, sondern auch bei dem demokratischen Flügel der katholischen Partei, der sich hauptsächlich auf die Flamen stützt, die fürchten, in einer solchen Regierung könnten die Interessen der Flamen ausgeglichen werden. Dieser Tage läßt der Rest der Flamen-Organ der Antwerpen-Reder und Kaufleute, was zuerst vonnöten sei, sei ein Finanzplan, und ein Finanzplan sei weder katholisch, noch liberal, noch sozialistisch, noch flämisch. Das ist wahr, soweit die sprachliche Seite in Frage kommt; aber daß ein Finanzplan und vor allem der, den die Liberalen im Auge haben, nichts mit der sozialistischen Bewegung zu tun hat, ist schon nicht mehr wahr. Die Liberalen wollen das Vertrauen der belgischen Kapitalisten durch eine Herabsetzung der Einkommensteuer auf die großen Einkommen gewinnen, durch die Entstaatlichung der Eisenbahn, Abschaffung oder Verminderung bestimmter direkter Steuern und ihre Erhebung durch indirekte, durch die Aufhebung des Gesetzes über den Achtstundentag, durch die Sabotage der sozialen Gesetzgebung, kurz, durch ein Programm, das wir in allen seinen Einzelheiten bekämpfen müssen.

Wie bekannt, hatte sich der Finanzminister Janssen bemüht, bei der Nationalbank einen Vorschuß von 600 Millionen (den ihm die Privatbanken verweigerten) zu erhalten. Hierzu benötigte er ein Geheiß, über das man sich in der Regierung nicht einigen konnte. Es scheint nun, daß unter dem Druck von Janssen die Nationalbank bedeutende Vorstöße gegeben hat und sie sich jetzt weigert, mehr zu leisten, indem sie sich hinter die gesetzlichen Bestimmungen verzieht. Im Ministerrat hat Janssen zu geben, daß er von der Nationalbank Summen entleihen hat, wozu eine Gesetzesänderung notwendig war. Ein solches Geheiß hat der Kammer nicht vorgelegen. Die Erregung über diese Eigenmächtigkeit Janssens ist erklärlicherweise groß. Nach dem Bankausweis der Nationalbank vom 12. Mai haben sich die Staatsschulden bei der Bank von 340 Millionen der Vorwoche auf 538 Millionen erhöht. Das bedeutet eine Zunahme von 180 Millionen im Verlauf von sechs Tagen.

All die trüben Momente, die einst Deutschland während der Inflation erleben mußte, kehren jetzt bei uns ein. Es ist augenscheinlich, daß der Frankenschwund unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Vermehrung der Zirkulationsmittel im Gefolge hat. Die Lebenshaltung verzieht sich mit bloßer ungekannter Schnelligkeit, die Kaufleute vor allem profitieren hiervon, wie seinerzeit in Deutschland. Und dies in einer Weise, die bald die Erregung der Konsumenten auslösen muß, wiewohl hinzuzufügen ist, daß diese ihre eigenen Schwierigkeiten durch Massenkauf vergrößern. Die Konsumenten befürchten eine Erhöhung der Preise und beschleunigen

sie gerade durch die gesteigerte Nachfrage. Hierzu kommen die Mäander der Kaufleute, die ein Sinken der belgischen Valuta befürchten und sich durch eine vorweggenommene Preiserschöpfung schaden halten wollen. Und dann kommen die Bewohner aus den Grenzländern, um mit ihrem hochwertigen Geld für äußerst billige Preise zusammenzurufen, was sich zusammenraffen läßt, besonders insoweit Holland in Frage kommt.

Kurz und gut: der einfache Mann von der Straße beginnt sich zu fragen, wozu dies denn alles führen soll. Er versteht nicht großartige Theoreme. Man hatte ihm u. a. versprochen, gegen die „Strandräuber“ am Franken energisch vorzugehen. Er bemerkt aber nichts davon. Was er sieht, ist, daß sein Lohn von Tag zu Tag weniger Wert erhält. Wenn in absehbarer Zukunft eine Stabilisierung des Franken nicht erreicht wird, so stehen große wirtschaftliche Kämpfe um die Anpassung der Lohnhöhe an die verteuerten Lebensverhältnisse bevor.

Das Ende von allem? Ein Damesplan? Hoffen wir es nicht. Es kann sein, daß im Verlauf der jetzigen politischen Krise, die schließlich auch dazu angetan ist, den Parlamentarismus in Mißkredit zu bringen, der proletarische Kampf sich mehr auf das ökonomische Terrain konzentriert.

Bei all den jüngsten Verhandlungen über die Regierungsbildung konnte man im Vordergrund eine auffallende Tatsache feststellen: die Mühe, mit der die bürgerlichen Parteien und Zeitungen uns zu überzeugen versuchten, daß die Teilnahme der Sozialisten an der neuen Regierung unentbehrlich sei. Die so sprechen, glauben ohne Zweifel, daß die Arbeiterpartei viel gefährlicher außerhalb der Regierung sei, als wenn man sie die Verantwortung für eine Situation, an deren Entweichen sie nicht die mindeste Schuld hat, mit tragen läßt. Und sollten sie nicht recht haben?

Graf Bernstorff über die Abrüstungskonferenz.

III. Genf, 20. Mai.

Die deutsche Delegation für die Vorbereitende Abrüstungskommission, Graf Bernstorff und Geheimrat v. Bülow verließen heute vormittag Genf. Zurück bleiben lediglich die deutschen Militärfachverständigen, die an den Verhandlungen der Unterkommission teilnehmen werden. Gestern abend empfing Graf Bernstorff die Vertreter der Presse, denen er einige Erklärungen über seine Eindrücke gab. Er wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission programmäßig verlaufen seien. Entscheidungen seien weder erwartet noch getroffen worden. Die Aufgabe der Vorbereitenden Abrüstungskommission sei lediglich, die Methoden zu bestimmen, nach denen der vorliegende Verhandlungsstoff bewältigt werden soll. Durch die Verhandlungen sei ein Anfang zur Bearbeitung des Abrüstungsproblems gemacht worden. Die Bedeutung dieser Konferenz dürfe weder überschätzt noch unterschätzt werden. Ihre Arbeit ist jetzt weder abgebrochen noch unterbrochen, sondern nur an die Unterkommissionen zur Weiterbehandlung überwiesen worden. Die Zeitdauer der Bearbeitung des Abrüstungsproblems sei gewährleistet. In keiner Frage sei jedoch den Arbeiten der künftigen Abrüstungskonferenz vorgegriffen worden. Die deutsche Delegation werde auf dieser Konferenz die in der bisherigen Richtung der deutschen Außenpolitik liegende Friedenspolitik verfolgen, die weder eine Option für den Westen noch für den Osten bedeute. Der Locarnovertrag und auch der Berliner Vertrag seien Friedensinstrumente, die durch die Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in keiner Weise beeinträchtigt worden seien.

Am Freitag trat der militärische Unterausschuß der Abrüstungskommission zusammen zur Erledigung von „Geschäftsordnungsfragen“. Der „unmilitärische“ Ausschuß ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Mit dem Zusammentritt der Vollkommission ist nach Mitteilungen des Völkerverbandssekretariats nicht vor November dieses Jahres zu rechnen.

Gut Ding will Weile haben . . .

Brasilien und der deutsche Veto.

Zurückziehung des brasilianischen Vetos?

III. Paris, 20. Mai.

Der Genfer Temps-Berichterstatter wies zu berichten, daß Brasilien endgültig verzichtet hat, von seinem Vetorecht gegen die Zuteilung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland Gebrauch zu machen. Die Zurückziehung des brasilianischen Vetos soll unter folgenden Umständen vor sich gegangen sein: Am 17. Mai habe der brasilianische Vertreter beim Völkerverbund dem deutschen Vertreter, Herrn v. Hoeck, die mündliche Zusicherung gegeben, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, Deutschland neue Schwierigkeiten zu bereiten. Im Laufe der Verhandlungen zwischen dem Grafen Bernstorff und Wello Franco habe sich die Situation noch weiterhin geklärt. Falls die Verhandlungen mit Spanien in dieser Frage zu einem günstigen Ergebnis führten, so sei mit der Umgestaltung des Rates im kommenden September bereits zu rechnen. Die Zusammensetzung des Rates sei dann wie folgt: 14 Mitglieder, davon fünf ständige (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan) und neun nichtständige.

Hierzu meldet der SPD:

Die Meldung des Temps, daß Brasilien in der kommenden Völkerverbundstagung auf sein Veto gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund verzichten will, trifft zu. Die Verhandlungen des Grafen Bernstorffs haben jedoch nicht mit dem Vertreter Brasiliens beim Völkerverbund, sondern einem Vertreter der brasilianischen Regierung an der Abrüstungskonferenz stattgefunden.

Vor der polnischen Präsidentenwahl.

Die Sozialisten für Pilsudski.

DE. Warschau, 28. Mai.

Die Entscheidung über die Gegenkandidatur gegen Pilsudski wird vermutlich erst unmittelbar vor der Nationalversammlung fallen. Im Lager der Reichsparteien plant man, den durch Pilsudski zum Rücktritt gezwungenen Staatspräsidenten Wojciechowski demonstrativ als Kandidaten aufzustellen, obgleich es sicher ist, daß er die Wahl nicht annehmen würde. Andererseits ist man dort auf der Suche nach einem ersten in Betracht kommenden Kandidaten. Es ist noch unentschieden, ob man durch Aufstellung Hallers und Trampczynskis offenen Kampf anfangen oder sich auf eine Persönlichkeitswahl einigen soll, deren Kandidatur nicht so herausfordernd wirken würde. Als solche werden Skrzynski und Kucharski genannt, die ihrer ganzen politischen Einstellung nach nicht ohne Verhängnis mit Pilsudski vorgehen würden. Die Erregung nimmt übrigens in Warschau zu. Gombinski regte beim Sejmarschall Katak Vertagung des

Wahltermins und Verlegung des Wahlortes an, was Katak nur im äußersten Notfall annehmen will. Die Sozialisten und die jüdische Gruppe haben sich gestern in Fraktionsbeschlüssen für Pilsudski erklärt. Die Bloß-Partei und die Nationale Arbeiterpartei dagegen haben ihre Stellungnahme zur Kandidaturfrage hinausgeschoben. Im Pilsudski-Lager erregt dies starke Verunsicherung, zumal jetzt auch Witos aus Polen in Warschau eingetroffen ist.

Abiegung Korjantys.

III. Warschau, 28. Mai.

Der polnische Ministerrat hat in einer Sitzung den Beschluß gefaßt, Korjantyn von seinem Posten als Präsident und Verwaltungsrat der Ostoberschlesischen Stahlwerke und der Schlesiens-Bank abzuleihen, weil er seine Vollmachten überschritten und Privatkredite in Höhe von mehr als einer Million Zloty aus Staatsgeldern bezogen hat.

Warschau, 28. Mai. Der Kriegsminister in der zurückgetretenen Regierung Witos, General der Infanterie Malcewski, befindet sich, wie die heutigen Abendblätter mitteilen können, seit gestern im hiesigen Militärgefängnis.

Aus Herrlots Revier.

SPD. Paris, 28. Mai.

Der Verlauf der Kammer Sitzung am Donnerstag hat in den Reihen der Radikalsozialen Partei eine lebhafteste Unzufriedenheit über die Haltung des Kabinetts hervorgerufen. Die Radikalsoziale Kammerfraktion, die am Freitag zu einer Sitzung zusammentrat, beschloß, die Haltung ihrer Redner während der Kammer Sitzung am Donnerstag zu billigen und ihnen den Dank der Fraktion auszusprechen. Darüber hinaus sollen Schritte unternommen werden, um die Absicht der Regierung in der Behandlung der Interpellationen zur Finanzfrage zu erfahren. Ganz besondere Bedeutung kommt dem weiteren Beschluß der Fraktion zu, die Interpellationen über die Finanzfrage in acht Tagen nochmals in der Kammer einzubringen, falls die Regierung nicht bis dahin ihre Stellungnahme mitgeteilt hat.

In Westmarokko wird weitergekämpft.

III. Berlin, 29. Mai.

Wie die Morgenblätter aus Paris melden, wird im Westen Marokkos noch weitergekämpft. Ein großer Teil der Rüststoffe im westlichen Gebiet, deren militärische Stärke man auf etwa 20.000 bis 30.000 Krieger schätzt, wissen gar nichts von der Kapitulation Abd el Krims. Den Flugblättern der französischen Flieger schenken sie offenbar keinen Glauben. Sie leisten erbitterten Widerstand.

Es handelt sich bei diesen Stämmen um einige kleinere und die Reste der Beni Utioghel (Stamm Abd el Krims) und Beni Zerual. Der Kampf, den diese Spitzer jetzt noch fortsetzen, ist freilich zur Ausschichtslosigkeit verurteilt.

Ein Wahlsieg der Arbeiterpartei.

III. London, 29. Mai.

Eine in Nord-Hammermith infolge Rücktritts eines konservativen Parlamentsmitgliedes erforderlich gewordene Nachwahl endete mit einem überlegenen Siege der Arbeiterpartei, deren Kandidat eine Mehrheit von 3000 Stimmen erzielte. Das Ergebnis verurteilt in den Kreisen der Regierung sowie der konservativen Partei große Enttäuschung und ist Zeichen für den durch die rapid wachsende Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Stimmungswandel.

Rumänische Wahlen.

Unter dem schärfsten Terror.

III. Bukarest, 29. Mai.

Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhalten von 397 Kandidaten die Regierungspartei 100, die Opposition 76, die Liberalen 18 und die Antikemien 8 Mandate. Die Oppositionsblätter wenden sich sehr scharf gegen den unerhörten Terror der Regierungspartei und der Regierung selbst.

Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Manoilescu ist in Rom eingetroffen, um wegen der Regelung der rumänischen Kriegsschulden in Italien Verhandlungen aufzunehmen. In gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß wahrscheinlich bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Anerkennung Serbarabiens erneut aufgerollt werde.

Schweizerischer Protest gegen italienische Uebergreife.

III. Basel, 27. Mai.

Die Regierung des Kantons Tessin hat den beiden Gemeinden Minusio und Murato unterzagt, die von italienischen Privatpersonen und Behörden übermittelten Fragebogen zu beantworten, in denen über die Zahl der dort lebenden Italiener und deren wirtschaftliche Verhältnisse Auskunft verlangt wird. Das politische Departement in Bern ist bei der italienischen Gesandtschaft wegen dieser Angelegenheit vorstellig geworden.

Verantwortlich für den reaktionären Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

Verantwortlich für den Interaktiven Teil:

Hugo Seybold in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktien-Gesellschaft Leipzig.



PREMIER-WERKE, SCHWARZEZÖDER, LEIPZIG.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Moderne Damen-Hüte
in unerreichter Auswahl
zu enorm billigen Preisen

Sporthüte
Kinderhüte
Regenhüte
Mützen etc.

Radeberger Hut-Lager
Nur 8 Augustusplatz 8
Besichtigung unserer Auslagen und Riesenlager erbeten!

Vom schlafenden Richter.

Ein Richter hatte während einer Gerichtsverhandlung, bei der er den Vorsitz führte, geschlafen. Das war fatal, aber es handelte sich nur um ganz wenige Minuten, und ob er statt dessen, wie sein Kollege zur Rechten, die Zeitung gelesen, oder, wie sein Kollege zur Linken, tausend Köpfe und Namenszüge in die Akten geschmiert oder, wie der Herr Staatsanwalt unterdessen Berge von Akten erledigt hätte, das wäre doch schließlich auf dasselbe hinausgekommen. Selbstverständlich mocht ein schlafender Richter keinen guten Eindruck, aber schließlich ist es doch menschlich und man sollte eigentlich gar kein Aufhebens davon machen. Wenigstens ist das die Ansicht gewisser Kreise.

Der Verteidiger natürlich, der ja meist mit dem durchtriebener Angeklagten unter einer Decke steckt, glaubt seinen verurteilten Klienten durch Revision frei zu bekommen und macht aus dem Nidergehen eine Sensation und legt dem Reichsgericht die „impertinente“ Frage vor, ob es ein rechtsgültiges Strafverfahren sei, wenn der Vorsitzende des Richterkollegiums während der Verhandlung schläft. Er hat sich aber geschnitten! Wenigstens ist das die Ansicht gewisser Kreise, und diese Leute haben auch Recht behalten.

Blutige Laten denken zwar: das wäre ja noch schöner, wenn ein Richter auch nur eine Sekunde schlafen dürfte, wo es um Ehre, Vermögen oder gar Leben des Angeklagten geht. Die höchsten deutschen Richter aber... Das Reichsgericht findet es natürlich auch nicht schön, wenn ein Richter bei der Verhandlung schläft, nimmt aber die Sache nicht weiter tragisch. Es steht darin nur ein Schönheitsfehler, den vielleicht die vorgeleitete Behörde durch ein Disziplinarverfahren sühnen kann. Die Revision wird demnach verworfen und eine nochmalige Verhandlung ohne Nidergehen für überflüssig erachtet.

Kein, nicht wahr? Als ob es keinen Einfluß auf das Urteil haben könnte, wenn der Gerichtssaal vom Chorus schnarchender Richter dröhnt. Noch feiner aber ist die Art, wie das Reichsgericht seinen Standpunkt begründet. Ob der Richter geschlafen habe — so heißt es — könnte das Reichsgericht gar nicht mehr interessieren, weil aus dem Protokoll hervorgeht, daß das Gericht vorschriftsmäßig besetzt gewesen sei. Dabei weiß das Reichsgericht ganz genau, daß der Gerichtsschreiber die vorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts schon dann protokolliert, wenn nur die Freisch- und Knochenmaße der Richter im Saale ist. Der Gerichtsschreiber wird sich auch schwer hüten, in das Protokoll zu schreiben: von 10 Uhr bis 10 Uhr 5 war das Gericht nicht vorschriftsmäßig besetzt, weil der Landgerichtsdirektor leicht schnarchend schlief.

Es bleibt also dabei: der Angeklagte muß das Urteil hinnehmen, auch wenn es von lauter schlafenden Richtern ausgesprochen ist. Er darf nur die Schlafenden denunzieren. Wenn er den Kinderkriechen hat, daß ihm das etwas nützt, so ist ihm eben nicht zu helfen. Hinterleuchtet.

Der Kutischer-Prozess.

Der Schieberlanz um das Hanauer Lager.

1. Das Hanauer Lager: eine Goldgrube für Kutiser, für die Preussische Staatsbank ein abgrundtiefes Loch, in dem ihre Goldmillionen auf immerwiederkehrend verschwand: ein Sack für „Lachen links“, ein unerschütterlicher Vorwurf für einen humorvollen und verwegenen amerikanischen Salkomortale-Trickfilm. Denn was da um das Hanauer Lager herum an Gaunerei, Vertiefung, Vertiefung, unerwarteten Situationen, Autofahrten, Auslandsreisen, Gemeinheit, Lug, Trug u. a. m. in einer Zeitspanne von wenigen Monaten geleistet wurde, das läßt sich wohl auf ein sich mit laienhaftiger Geschwindigkeit abwickelndes Filmband bringen, nicht aber in wenigen Zeitungszeilen zusammenfassen.

Das Hanauer Lager bestand aus Restbeständen eines Eisenbahnregiments. Es ging seit Kriegsende von einer Hand in die andere und schließlich schließlich von 5000 Tonnen auf 3000 zusammen. Einer seiner letzten Besitzer, Colonelus, erwarb es für 900 000 Mark und verkaufte es einem gewissen Strieter für 1 200 000 Mark. In Wirklichkeit handelte es sich hier um einen Scheinvertrag, der, wie es in einem Schreiben hieß, „lediglich zu persönlichen Zwecken“ abgeschlossen wurde. In einem Nachtrag war von einem „formell zu Finanzierungszwecken ausgestellten Nebereinkommen“ die Rede. Der Reigen der Eierläufe war somit eröffnet, Strieter sollte sich allmählich zum Virtuosen auf diesem Gebiete ausbilden. Seine Partner wurden Kutiser, Holzmann und eine Reihe anderer ebenso geschäftsbeschwinger Schieberläufer. Bis sie schließlich alle mitamt auf dem allzu schlüpfrigen Parkett des Hanauer Lagers austratschten und sich die Glieder tüchtig verrenkten. Das Gericht hat nun für die Einrenkung zu sorgen. Allem Anschein nach wird es dies mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Gründlichkeit tun.

Also Strieter und Colonelus wurden gemeinschaftliche Besitzer des Lagers. Im ihren Vorsichtsprüfungen nachzukommen, die sie dem früheren Besitzer, einem Herrn Schmidt, gegenüber noch hatten, trat Strieter in Beziehungen zur Staatsbank des Herrn Kutiser. Die Staatsbank erhielt ihren Kredit bei der Preussischen Staatsbank. So rückte diese damals Anfang 1924 zum erstenmal mit Geldern für das Hanauer Lager heraus. Der Zinsfuß, den Kutiser Strieter berechnete, war so hoch, daß diesem bald nichts anderes übrigblieb, als das Lager der Staatsbank zu übereignen. Es wurde zum Hauptbestandteil in der Deckung der Lombardschuld der Staatsbank an die Staatsbank. Sie betrug 4,2 Mill. Mark.

An die Parteimitglieder des Leipziger Bezirks!

Die Sozialdemokratische Partei steht mitten im schwersten Kampfe für die Interessen der Arbeiterklasse. Auf allen Gebieten versucht das kapitalistische Bürgertum, verloren gegangene Machtpositionen wieder zurückzuerobieren. Da bedarf es des einheitlichen und geschlossenen Widerstandes der Sozialdemokratischen Partei, um die bürgerlichen Vorstöße zu parieren und der sozialistischen Arbeiterbewegung neuen Boden zu gewinnen.

Schwer ist auch das Ringen unserer Partei um den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, sollen die von den fürstlichen Räubern geforderten Milliardenwerte dem deutschen Volke gerettet werden. Wenn dieser Kampf beendet ist, stehen wir in Sachen vor den Landtags- und Gemeindevahlen, die von der Partei

Das Höchstmaß von Schlagkraft und Geschlossenheit erfordern.

In einer solchen schweren Kampfzeit der sozialistischen Arbeiterbewegung versuchen nun 23 aus der Partei ausgeschlossene, ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete die Spaltung in die sozialdemokratische Organisation durch Gründung einer eigenen Partei zu tragen. Sie laden Parteimitglieder zu Versammlungen ein und versuchen Abspaltungen von der Sozialdemokratischen Partei zu erreichen. Diese Spaltungs- und Zerpfitterungsbestrebungen sind ein Verbrechen an der sozialistischen Arbeiterbewegung und müssen mit aller Entschiedenheit von unseren Parteimitgliedern zurückgewiesen werden. Wer sie finanziell oder moralisch unterstützt, schädigt die Partei und die Stokkraft der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Die Partei wird mit allen organisatorischen Mitteln gegen Spalter und Zerpfitterer der Sozialdemokratie vorgehen. Wir warnen deshalb unsere Mitglieder, den Spaltungsbestrebungen und der Organisationspielerei der ausgeschlossenen Abgeordneten irgendwelchen Vorstoß zu leisten und machen sie auf die organisatorischen Folgen aufmerksam.

Parteigenossen und Genossinnen! Die Feinde der Arbeiterklasse stehen in geschlossener Front der sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber. Sie konnten in den Jahren nach der Novemberrevolution nur Erfolge erringen, weil die Arbeiterklasse uneinig und gespalten war. Die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Rügenberg betrachten die Feinde des Sozialismus als ein großes Unglück, weil dadurch die politische Aktionskraft des Proletariats gestärkt worden ist. Die Bürgerlichen begrüßen deshalb die Spaltungsbestrebungen der 23 und nähren die Hoffnung, daß die Sozialdemokraten bald wieder im Bruderkampf sich gegenseitig zerfleischen und ihre Kräfte vergeuden. Die Gegner der Arbeiterklasse glauben dann besser vereint die getrennt marschierenden Heerhaufen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schlagen zu können. 23 der Partei abtrünnig Gewordene versuchen, dem Wunsche der Bürgerlichen nach Zerpfitterung der politischen und organisatorischen Kräfte der Sozialdemokratie nachzukommen und besorgen damit die politischen Geschäfte des Bürgertums. Macht ihre Zerpfitterungsbestrebungen zuschanden. Halte der Partei die Treue und verteidigt die unter großen Mühen wieder hergestellte Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Deutschlands.

Bezirksvorstand der SPD, Bezirk Leipzig

Die Lombardschuld sollte bis zum Mai abgetragen werden. So mußte ein Käufer für das Hanauer Lager gefunden werden. Hier beginnt der eigentliche Hanauer Film. Auf den Plan tritt Holzmann als erster Heldendarsteller. Er soll den Erwerb des Lagers durch die russische Handelsvertretung vermitteln. Es wird durch einen Scheinvertrag — den zweiten also — an die völlig vermögenslose Firma „Auto“ als angebliche Zwischenhändlerin für die russische Handelsvertretung für 1,26 Mill. Dollar verkauft. Mit diesem Scheinvertrag in der Tasche begibt sich Holzmann nach Zürich, um das Lager bei einer Schweizer Firma zu befehlen. Nach Berlin fliegen Telegramme, die Kutiser der Staatsbank vorlegt: sie täuschen den perfekten Abschluss der Beilegungssaktion vor. Kutiser begibt sich sogar in eigener Person nach Zürich, von dort nach Paris. Holzmann erhält hohe Spesen, Provision usw. Der Beilegungs-Hotuspokus ist geplatzt, die Staatsbank erhält ein neues Märchen aufgetischt: bald heißt es, die Russen hätten das Geld bereits hinterlegt, bald, das Geld würde durch Fiachsperrkäufe der Russen in Hamburg aufgebracht werden. Der Fiachsch acht aber in Flammen auf — wald eindringendes Motiv für einen Film —, das Fiachgeschäft ist endgültig zerfallen. Kutiser war es aber unterdes gelungen, noch etliche Hunderttausende von der Staatsbank herauszuluchsen.

Nach einigen Scheinverlusten, das Reichswehrministerium für das Lager zu interessieren, folgt das rumänische Kapitel. Durch Vermittlung Holzmanns tritt Kutiser mit dem rumänischen Handelsattaché Dascalescu in Verbindung. Der Staatsbank wird erklärt, daß die rumänische Regierung bereit sei, für 9,5 Mill. Goldmark das Hanauer Lager zu erwerben. Oberfinanzrat Dr. Hellwig und Kutiser reisen nach Hamburg. Hier wird am 14. Juli 1924 der Vertrag mit Dascalescu, der Schmiergelder erhalten hatte, perfekt gemacht. Am gleichen Tage händigt aber Kutiser demselben Dascalescu ein Schreiben ein, aus dem sich der Scheincharakter des Vertrags ergibt: Die Staatsbank vergewissert sich der Persönlichkeit Dascalescus, indem sie seine Unterschrift auf dem Vertrage in der rumänischen Gesandtschaft beglaubigen läßt. Der erste Zahlungstermin rückt heran. Die Situation wird brenzlich. Da erscheint Kutiser in der Staatsbank und erklärt, daß aus Zukareit eine Kommission in Hanau eingetroffen sei, um das Lager entgegenzunehmen. Die Staatsbank entsendet Dr. Habbena nach Hanau, damit er sich die Kommission näher ansehe: sie besteht aber in Wirklichkeit aus niemand anderem als aus Holzmann, Daniel, Taubini und einem Dr. Kornu, die, wie die Anklageschrift behauptet, zwecks Motivierung der Staatsbank von Kutisher nach Hanau entsandt worden waren. — Für einen Film wie geschaffen.

Gleichzeitig wird eine andre Aktion eingeleitet. Da gibt es einen Finanzmann namens Michael, mit dem Kutiser einmal Differenzen gehabt hatte. Strieter und Holzmann treten an ihn in Frankfurt a. M. heran, erzählen ihm, daß Kutiser unredlichmäßig das Lager den Rumänen für 9,5 Mill. Mark verkauft habe, da es in Wirklichkeit Strieter gehöre, und schlagen ihm vor, es im

Auftrage dieses letzteren als Treuhänder den Rumänen anzubieten. Als bewährte Rumänen treten wieder Daniel und Dr. Kornu auf: so erblickt der vierte Scheinvertrag das Licht der Welt. Nicht genug damit. Strieter erstattet Anzeige gegen Kutiser, daß das Lager geschmuggelte Waffen enthalte. Es wird beschlagnahmt, natürlich abgetarntes Spiel.

Unterdes harret die Staatsbank vergeblich auf ihr Geld. Die laufende Schuld der Staatsbank hat bereits fast 9 Mill. Goldmark erreicht, hinzu kommt nach die Lombardschuld von 1,2 Millionen. Die Staatsbank drängt. Es erscheint Kutiser und erklärt, daß Michael dazwischengekommen sei und seinerseits den Rumänen das Lager verkauft habe. Die Staatsbank redet auf Michael ein, die Hände vom Lager zu lassen. Dascalescu aber tritt vom Vertrag zurück, unter dem Vorwande, daß das Lager behördlich beschlagnahmt sei. Holzmann, Dr. Kornu und Strieter, die eben erst Michael hintergangen haben, geben nun solche edelstättliche Versicherungen ab, die dahingehen, daß Michael durch den Frankfurter Vertrag und die Beschlagnahme des Lagers den Rücktritt der Rumänen vom Vertrag mit der alleinigen Absicht, Kutiser zu schädigen, veranlaßt habe. Letzterer erwirkt einen Arrest gegen Michael. Er treibt aber das Spiel noch weiter und fährt mit dem Direktor der Staatsbank, Dr. Hellwig, nach Paris, um dort angeblich mit den höheren rumänischen Instanzen zu verhandeln.

Im Oktober 1924 scheitern endlich alle Sanierungsversuche an der Staatsbank — es wird am 4. November die „Industrienermalung A. G.“ gegründet, die das gesamte Kutiserische Vermögen umfaßt. Die Forderung der Staatsbank machte in diesem Augenblick 14,3 Mill. Goldmark aus. So viel hatte Kutiser, angefangen vom Oktober 1923, aus der Staatsbank herausgeluchst. Das Hanauer Lager wird mit 600 000 Mark abtaxiert — soviel hatte Colonelus seinerzeit als Kaufpreis gezahlt. Es war, wie bereits gesagt, eine Goldgrube für Kutiser, ein abgrundtiefes Loch für die Millionen der Staatsbank. Der geniale Gauner hatte die einfalligen Michaels von der Staatsbank tüchtig zum Narren gehalten. Wie dies geschehen konnte, darüber möge sich der Sozialpolitikolone den Kopf zerbrechen. Vielleicht geben auch die Bankdirektoren darüber einigen Aufschluß.

Das ganze aber für den Filmkarikaturisten ein Vorwurf von feistener Zugkraft.

Als Kutiser am Donnerstag während der Verhandlungspause den Saal verließ, erlitt er, wohl infolge einer vorhergehenden scharfen Auseinandersetzung mit Holzmann, einen schweren, traumartigen Anfall. Er mußte auf eine Bank auf dem Korridor niedergelegt werden, wo sich die Angehörigen und die Ärzte um ihn bemühten. Dann wurde die Sitzung abgebrochen und auf Sonnabend vertagt. Kutiser, der noch im Gerichtsgebäude eine Einspritzung erhielt, wurde im Krankenautomobil nach seiner Wohnung transportiert.

Preiswertes Sommer-Angebot!

Table with 4 columns: Product description, Price, Product description, Price. Items include: Ia bedruckt Voll-Voile (2.25), Herrenstoffe (12.50), Woll-Musseline (1.90), Organdy (1.75), Waschseide (1.40), Weiße Wollstoffe.

Pörsch & Kornills, Leipzig Grimmische Str. 2/4 (Mädler-Passage)

Sächsische Angelegenheiten

Noch ein Verteidiger der Klassenjustiz.

Im Dresdner Anzeiger vom 23. Mai bemüht sich der Rechtsanwalt Dr. Wittmann um den Nachweis, daß im Komusprozeß weder von politischer Justiz noch von Klassenjustiz gesprochen werden kann. Sehr richtig bemerkt er, daß der Staatsanwalt kein richterlicher Beamter ist, und daß er die Dienstverrichtungen seiner Vorgänger zu befolgen hat. Auch dagegen ist seine Behauptung, daß die Staatsanwälte verpflichtet seien, anzuklagen, wenn anzunehmen sei, daß das Hauptverfahren gegen den Angeklagten eröffnet werde. Wäre dem so, dann müßten die Staatsanwälte ja in jedem Falle anklagen, denn es kommt selten vor, daß das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnt. Der Staatsanwalt hat vielmehr nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden, ob sich die Klage mit Aussicht auf Erfolg erheben läßt (vgl. Löwe Kommentar zur St.P.O. Note 7 zu § 152). Erhebt nun der Staatsanwalt die Anklage bei einem Tatbestand, der eine solche nicht in rechtlicher Hinsicht geeignet ist, oder eröffnet das Gericht das Hauptverfahren entgegen dem auf Anklageverweigerung des Angeklagten gerichteten Antrage — letzteres liegt im Falle Komus vor — so lehnt die Kritik ein.

Hierbei verdient hervorgehoben zu werden, daß es überaus selten vorkommt, daß das Gericht entgegen dem Antrage der Staatsanwaltschaft das Verfahren eröffnet. Da das auf den Fall Komus zutrifft, muß man sich fragen: Warum hat das Gericht entgegen dem Antrage der Staatsanwaltschaft eröffnet? Die Frage liegt nahe, denn Dr. Komus ist ein sozialdemokratischer Oberstaatsanwalt und seinem derzeitigen Vorgänger dabei ein Dorn im Auge. Würden solche Erwägungen spielen, dann würde politische Justiz, also Klassenjustiz vorliegen. Diese Klassenjustiz kann vom Staatsanwalt oder Richter getrieben werden. Solche Kritik ist berechtigt, denn man läßt doch auf der anderen Seite sogar die Kritik des vormaligen Rechtsanwalts Wedemann an den Arbeiten des Oberstaatsanwalts Dr. Komus zu, die diesen gar nichts angingen. Es genügt seine Mitteilung an das Justizministerium, daß eine Erörterung in der Richtung des § 316 St.G.B. wichtiges Material zutage fördern würde, um eine strafrechtlich-Verfahren gegen Dr. Komus anzukündigen. In früheren Zeiten wäre eine derartige unbedingte Anzeige einfach beigelegt worden. Da demgegenüber heute gegen den sozialdemokratischen Oberstaatsanwalt ein Strafverfahren eingeleitet, die Voruntersuchung beantragt, eröffnet und geführt wurde, erhebt sich die Frage: Politische Justiz? Klassenjustiz?

Aber der Generalstaatsanwaltsvertreter Dr. Weber hat doch die Anklageverweigerung beantragt! Kann diese nicht täuschen. Er hat dem Gericht die Entscheidung darüber überlassen, ob Dr. Komus so unfähig war, daß er die Tatbestandsmerkmale des § 316 nicht erkannte oder ob er die Strafverfolgungen absichtlich unterlassen hat. Beide Wege müßten ihn, so rechnete er, zu dem Ziele, das er sich gesetzt hatte, führen. Bei der ersten Alternative, Verweigerung wegen Unfähigkeit, bei der zweiten Alternative, Abwendung ins Justizhaus oder Gefängnis! Jeder Weg bedeutete Ausstoßung aus dem Staatsdienst. Aber der öffentliche Ankläger erfüllt eine totalitäre Niederlage, die er nie in den Kreis der Möglichkeiten gezogen hatte. Es erfolgte keine Vernichtung des Angeklagten. Er wurde weder verurteilt, noch unfähig gemacht. Aber der Ankläger hat das nicht gewollt und auch nicht vorausgesehen, denn sonst hätte er nicht zehn Stunden getrommelt und mit Bewilligung, Unfähigkeit und Kreaturen um sich geworfen. Handelt es sich um Ankläger, der den Antrag auf Anklageverweigerung ernstlich gemeint hatte? Und wieder steht der aufmerksame Kritiker vor der klammernden Frage: „Klassenjustiz?“

Bei seinem heißen Bemühen, den Vorwurf der Klassenjustiz zu entkräften, wird Herr Dr. Wittmann — allerdings unfreiwillig — zum Zeugen seiner Gegner. Auch das gehört mit zur Tragik. Dr. Wittmann sagt in seinem Ehrenrettungsversuch wörtlich:

„Gegen einen Beschluß der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens kann immer derjenige, der die Bestrafung beantragt hat, Beschwerde bei dem vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft erheben und, wenn dieser Weg keinen Erfolg hat, sich an das Oberlandesgericht mit dem Gesuche wenden, das Gericht möge prüfen, ob die Staatsanwaltschaft anzuklagen sei, die Klage zu erheben. Sind solche formellen Einstellungsbefehle erteilt, so ist mithin schon dadurch der Annahme im wesentlichen der Boden entzogen, der Staatsanwalt habe aus eigener Machtvollkommenheit den Beschluß der Strafe entschieden wollen.“

Nun hat sich Dr. Komus gerade immer und immer wieder damit verteidigt, daß er jeden Einstellungsbeschluß jedem Angezeigter zugesandt hat, und daß die Einstellungsurkunden darüber bei den Akten beizubehalten sind. Aber bei dem Generalstaatsanwaltsvertreter zählte das nichts, bis jetzt der Herr Dr. Wittmann — ausgerechnet der Bekämpfer des Vorwurfs der Klassenjustiz — aufstellen muß, um zu verhindern, daß beim Vorliegen formeller Einstellungsbeschlässe von einer Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe

zu entziehen, nicht die Rede sein kann. Ob sich der Herr Generalstaatsanwaltsvertreter bei Herrn Dr. Wittmann bedanken wird?

Ein Vergleich.

Der Berliner Rechtsanwalt Justizrat Dr. Werthauer hatte der sächsischen Regierung bei ihrer Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshaus ein Rechtsgutachten ausgearbeitet, dessen Bejahung der sächsische Hof mit der Begründung ablehnte, der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner habe diese Gutachten „rein privat“ (!!) bestellt, ohne hierzu ein verfassungsmäßiges Recht zu haben. Die Regierung wollte damit dem verhassten Genossen Zeigner die finanziellen Lasten für das Gutachten aufbürden. Dr. Werthauer strengte gegen den sächsischen Staat Klage an, die aber in erster Instanz abgewiesen wurde. Die zweite Instanz erkannte Werthauers Ansprüche an und verurteilte den Staat zur Zahlung der geforderten Kosten. Nach dieser Niederlage mußte sich die Regierung zur Zahlung bequemen.

Da die Kosten dieser juristischen Beratung entsprechend der Gebührenordnung nach dem Wert des Streitobjekts zu berechnen sind, war vorauszuweisen, daß Dr. Werthauer eine sehr erhebliche Summe bekommen würde. Im Vergleich haben sich Werthauer und die Regierung auf die Zahlung von 100.000 Mark geeinigt. Hätte die Koalitionsregierung Werthauers Gutachten als Grundlage für den Vergleich mit den Westmännern genommen, dann hätte der Staat dabei Millionen gespart. Aber das durfte ja die Koalitionsregierung nicht und sie wollte es auch nicht.

Herr Böhme klagt.

Ministerialdirektor a. D. Böhme hat einen Prozeß auf Schadenersatz bzw. Weiterzahlung seines vollen Gehalts gegen den sächsischen Staat angestrengt.

Ministerialdirektor Dr. Böhme, 62 Jahre alt, wurde durch Beschluß des Gesamtministeriums vom 11. September 1923 auf Grund des Gesetzes über die Pflichten der Beamten in den einseitigen Ruhestand versetzt. Er hatte seinerzeit erklärt, er könne den Kultusminister Fleißner „in dessen politischen Absichten“ nicht unterstützen. Der Untersuchungsausschuß für Beamtenpolitik des sächsischen Landtags hat sich vor zwei Jahren mehrfach mit dem „Fall Böhme“ beschäftigt und ist zu dem Beschluß gekommen, es bei der Zurückverweisung Dr. Böhmes bewenden zu lassen. Die besonderen Differenzen zwischen dem Minister Fleißner und Böhme hätten bemessen, daß politische Gründe Anlaß zu der eigenartigen Stellungnahme Dr. Böhmes gewesen sind. Der Ausschuß erachtete daher auch die Anwendung des § 13 des Beamtenpflichtgesetzes als zu Recht bestehend. Böhme bekennt sich als Anhänger der Rechtspartei.

Die Tagung der Justizämter.

Am 15. und 16. Mai fand in Plauen i. V. eine zahlreich besuchte Tagung des Bundes deutscher Justizämter statt, an der auch Vertreter außer-sächsischer Justizämter-Verbände teilnahmen. Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in einigen Entschlüsse, die einstimmig angenommen wurden.

In einer Entschließung über die Vereinfachung der Rechtspflege heißt es:

Es ist ein Gebot der Stunde, die Staatsausgaben zu ermäßigen. Da weitgehender Beamtenabbau und starke Beschränkung der Beamtengehälter bereits durchgeführt sind, bleibt nur übrig, Staatsausgaben zu sparen durch unvollständige Vereinfachung und Vereinfachung der Staatsverwaltung und durch Zusammenlegung gleichartiger Arbeitsgebiete der einzelnen Länder in eine Hand, um Verflechtung der Kräfte und Doppelarbeit zu vermeiden (Vereinfachung).

Eine solche Vereinfachung ist besonders auf dem Gebiete der Rechtspflege möglich und durchaus nötig. Die gleichmäßige Durchführung der für das ganze Reich geltenden Gesetze und Prozeduren erfordert unbedingt die Einheitlichkeit in der Auswahl, Vorbildung, Ausbildung und Prüfung der Beamten.

Eine noch weitergehende Vereinfachung der gesamten Rechtspflege, des gerichtlichen Verfahrens, der Geschäftsführung im inneren Dienst der Justizbehörden und des Kosten- und Stempelwesens, nicht zuletzt aber in der Justizverwaltung selbst, würde zu einer erheblichen Ersparnis von Staatsausgaben führen zum Wohle der Bevölkerung.

II

Der Staat bedarf auch jetzt und in Zukunft des bewährten Berufsbeamtenstandes, das von Parteien und Wirtschaftsgruppen unabhängig, unbeeinflussbar nach Gesetz und Verfassung, mit Verständnis für die Bedürfnisse aller Schichten der Bevölkerung die öffentliche Verwaltung zum allgemeinen Besten führt. Zur Erfüllung dieser Aufgaben muß diese Beamtenschaft einerseits durch entsprechende Vor- und Ausbildung tüchtig gemacht und ihre feste Anpassung an die aus der Fortentwicklung des Staats- und Wirtschaftslebens sich ergebenden veränderten Verhältnisse durch Fortbildungseinrichtungen und durch Aufrechterhaltung der Fühlung mit allen Erwerbstätigen gewährleistet werden. Andererseits ist für diese Amtsführung notwendige Voraussetzung, daß die rechtliche und wirtschaftliche Sicherung des Berufsbeamtenstandes erhalten und geistigt

wird und daß alle Volksschichten diesen Dienst am Volksganzen als produktive Arbeit erkennen und würdigen.

III.

Die wirtschaftliche Notlage und die Gesetzgebung haben insbesondere auch die Beamten der Oberleitungsabteilung in einer noch nie dagewesenen Weise mit Arbeit überhäuft, die für die Beteiligten kaum noch erträglich erscheint. Die Beamten haben unter Aufhebung aller Kräfte und unter Einbeziehung jeglicher Zeit außerhalb der üblichen Geschäftsstunden die Arbeiten bisher bewältigt und werden auch weiterhin ihre ganze Kraft einbringen. Um so mehr wird von der betroffenen Beamtenchaft bedauert, wenn die rechtlich-fachliche Bevölkerung auf die außergewöhnlichen Verhältnisse von sich aus so wenig Rücksicht nimmt und in der Breite und in Eingangs- oder Behördenvorstände usw. allerlei, z. T. völlig unbegründete Beschwerden bringt.

Geringe Abnahme der sächsischen Arbeitslosenziffer.

Auf dem Arbeitsmarkte des Freistaates Sachsen hat sich in der Berichtswache vom 16. bis 22. Mai nach einem Bericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung keine wesentliche Veränderung vollzogen. Das Ueberangebot an Arbeitskräften aller Art hält nach wie vor unvermindert an. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am Anfang der Berichtswache 196.537 (146.190 männliche, 50.347 weibliche) und die der Zuschlagsempfangener 152.988, so daß seit dem 1. Mai eine Abnahme von 5707 männlichen Hauptunterstützungsempfängern und 4680 Zuschlagsempfangener festgestellt werden kann. Erhöht hat sich dagegen die Zahl der weiblichen Unterstützungsempfänger, und zwar um 1770. Von den Hauptunterstützungsempfängern, unter denen 10.930 unter 18 Jahren enthalten sind, wurden 3053 zu Hilfsarbeiten herangezogen. Ausgeräumt wurden noch 16.225 arbeitsfähige Notstandsarbeiter gemeldet.

Der Lebenshaltungsindeks steigt.

Nach der Berechnung des sächsischen Statistischen Landesamtes ist der sächsische Gesamtsindeks für den Durchschnitt des Monats Mai um 1,5 auf 141,0 Prozent gestiegen.

Zwangswise Beurlaubung eines Bürgermeisters.

In der Grotzke Hartha haben sich Unstimmigkeiten herausgestellt. Das Stadtverordnetenkollegium sah sich gezwungen, aus diesen und anderen Gründen die Geschäftsführung des Bürgermeisters Müller wahrzunehmen. Auf Anweisung der Amtshauptmannschaft Dresden wurde Müller für einen Monat zwangswise beurlaubt, die Angelegenheit selbst aber der Staatsanwaltschaft übergeben. Das Defizit einschließlich der Schulden Müllers soll nach der Freitags Volkszeitung 43.000 M. betragen. Für eine Gemeinde von 350 Einwohnern gewiß keine Kleinigkeit.

Meisen. Vornehmliche Funde.

Ein außerordentlich reichhaltiger Fund von Urnen aus vorgeschichtlicher Zeit hat in den letzten Tagen der Gärtnereibesitzer Paul Schönfeld in Zalsendorf gemacht. Schönfeld fand in etwa 70 Zentimeter Tiefe auf Scherben vorgeschichtlichen Tonbrandes. Da es nicht die ersten Funde sind, machte sich der Besitzer des Feldes sofort an ein vorläufiges Auspudeln des offenbar Grabung. Außer Scherben sind drei gut erhaltene große und eine kleinere Urnen, dazu wohl als Beigaben Schalen verschiedener Größe und mit Henkel versehene kleinere Trinkgefäße, eine Art Tassen oder Töpfchen, in denen die gleichen Gefäße in verkleinertem Maßstabe enthalten waren, gefunden worden. Alles ist sehr gut erhalten und weist nur ganz geringe Schäden auf. In den Urnen wurden Knochenreste und Ähren vorgefunden; kein Zweifel also, daß es sich um vorgeschichtlichen Leichenbrand, also um ein Grabfeld ältester Zeit handelt. Formen und Verzierungen der Gefäße, insbesondere der größeren Urnen, deuten auf Bandkeramik hin. Man hätte also Stücke aus der Zeit der ältesten Anfänge der Töpferei überhaupt vor sich. Genauere Feststellungen werden von wissenschaftlicher Seite noch zu machen sein.

Neugersdorf. Scharlach im Kinderheim.

Wegen einiger Scharlachfälle hat das hiesige Kinderheim bis auf weiteres geschlossen werden müssen.

Burgstädt. Der Fliegerleutnant.

Einem Kriegsverlehten, nebenleidenden Fliegerleutnant wendete sich die Teilnahme vieler Einwohner zu, die in zahlreichen Anwendungen ihren Ausdruck fand. Nunmehr ist der viel Bebaute unter Hinterlassung bedeutender Schulden verschwunden. Die Mitleidigen erkannten zu spät, daß sie einem raffinierten Schwindler zum Opfer gefallen waren. Der Herr Fliegerleutnant hat niemals eine Kugel spielen hören, er ist ein aus Thakheim gebürtiger 24jähriger Fleischergehilfe, der erst kürzlich aus einer Chemnitzer Anstalt entlassen worden ist.

Sporttreibende erhöhen ihre Leistungsfähigkeit durch Muskeln und Sehnen durch Lauensteins Gliederstärkende Einreibung Postversand n. ausw. Allein echt Köln-Salomo-Apotheke Grimalische Straße 17



Extra-Preise

Bademwäsche und Strümpfe

Babybadetücher weißer Kränsestoff 1,95	Bademäntel neue Fassons u. Stoffe 16.50 12,75	Damen-Strümpfe Mako-Flor, solide Qualität schwarz und farbig 95	Söckchen , farb. Wollrand grau u. beige . . . Größe I Jede weitere Größe 5. 45
Badetücher 130 x 130, farbiger Kränsestoff 5,75	Badecapes prima Kränsestoffe 19.50 16,50	Damen-Strümpfe Kunstseide, feine und gleichmäßige Qualität, mod. Farben 1,50	Söckchen m. farb. Wollr. in neuen Farb. u. ap. Rand, Gr. I Jede weitere Größe 10. 55
Badetücher 160 x 200, vorzügl. Kränsestoff 11,75	Badeteppiche 65 x 100, extra schwere Qualitäten 5,75 4,90	Damen-Strümpfe Seidenflor, bester Ersatz für Seide, weiß, schwarz und moderne Farben 1,95	Kinderstrümpfe in weiß u. schwarz, Mako Gr. I Jede weitere Größe 10. 60
Frottierhandtücher 40 x 90, aus Kränsestoff 95	Seifhandschuhe aus best. Frottiermantelstoffen 28	Damen-Strümpfe bests. Borsberg-Adler-Seide, waschbar, in neuesten Schul-farben 2,95	Kinderstrümpfe vorzügl. Modellanf. beige u. auß. Gr. I Jede weitere Größe 20. 1,40
Frottierhandtücher 50 x 100, unifarb., Jacquard 2,75 1,95	Badeschuhe prima Linnen mit Gummisohle 2,65	Damen-Strümpfe prima Renforce, mit breiter Stickerei, sehr gut . . . Gr. 30 Jede weitere Größe 20. 1,75	Extra gute Wäsche
Bademäntelstoffe 150 und 170 cm breit, aparte Neuheiten Meter 8,50 6,75	Badehauben Neuheiten für Babiköpfe 1,25 85	Mädchenhemd prima Renforce, mit breiter Stickerei, sehr gut . . . Gr. 30 Jede weitere Größe 20. 1,75	Damenhemd Auslesequalität mit reicher Stickereigrünung 2,50
Schwimmanzüge prima Trikot 2,25 1,95	Badeanzüge mit Träger, farbig besetzt . . . 1,75	Mädchenhose prima Renforce, Pagenform mit guter Stickerei Gr. 30 Jede weitere Größe 25. 1,50	Trägerhemd Auslesequalität, im Stoff gestickt, oder Stickereigrünung . . . 3,75
Badeanzüge mit Oberrock, farbig garniert 3,50	Kinderbadetrikots 95	Mädchenhose prima Renforce, Pagenform mit guter Stickerei Gr. 30 Jede weitere Größe 25. 1,50	Garnitur Taghemd u. mod. Beinkleid mit breiter Stickerei 5,25

Moderne farbige Damenwäsche

Hemdhose, farbig Opal, mit breiter Valencienspitze und Einsatz garniert 5,90, 3,90	Nachthemd, farbiger Kragen, prima weiß Mako 6,90
Hemdhose, gute, gestreifte Kunstseide, moderne helle Farben mit Spitze . . . 9,50	Nachthemd, farbig Opal, sehr apart, mit breiter cremor Spitze u. Weste 7,50

Wäsche-Blum

Reichstraße — Handelsloft

Wirtschaft

Ein amerikanischer Vorstoß gegen die deutsche Eisenindustrie.

Wir berichteten bereits vor einigen Tagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten plant, auf die Einfuhr deutscher Eisenwaren Sonderzölle zu erheben. Die Ausführung dieses Planes würde einen schweren Schlag gegen die gesamte deutsche eisenverarbeitende Industrie bedeuten. Amtlich wird jetzt über die Pläne der amerikanischen Regierung folgendes berichtet:

Nach einer Mitteilung aus Washington hat das amerikanische Schahamt einen Erlaß an die Zollämter veröffentlicht über die Erhebung von Zusatzzöllen auf eingeführte Deutsche Eisen- und Stahlerzeugnisse. Unter dem Hinweis auf Abmachungen innerhalb der deutschen Eisenindustrie über Vergütungen, die nach Ansicht des Schahamtes Exportprämien im Sinne des § 303 des Tarifgesetzes darstellen, sollen hiernach Zusatzzölle bei der Einfuhr von deutschen Walzwerkzeugmaschinen oder Waren daraus in Höhe der gewährten Rückvergütung erhoben werden. Die amerikanischen Zollbeamten sind angewiesen worden, bis auf weiteres Ausfuhrbestimmungen über die Abfertigung von nachstehenden Erzeugnissen oder Waren daraus, insofern sie aus Deutschland eingeführt oder dem Zollschluß entnommen werden, auszusuchen, und zwar nach Ablauf von 30 Tagen nach der Veröffentlichung der genannten Verfügung in den wöchentlichen Zollentstellungen. Die Liste enthält folgende Erzeugnisse:

Roh Eisen, Rohblöcke oder vorgewalzte Blöcke, Platten, Form-, Stab-, Universaleisen, Schienen, Gas- und Dampfzylinder, Keilbleche und Bleche.

Die amerikanischen Konsularbeamten in Deutschland sollen dahin instruiert werden, daß sie mit jeder Konsulatsfaktura über solche Waren eine schriftliche Erklärung anfordern sollen, ob ein Zertifikat der oben erwähnten Art ausgestellt worden ist oder ausgestellt werden wird. (Es handelt sich offenbar um die Schiene, auf Grund deren die Rückvergütung von der Rohstahlgemeinschaft bezahlt wird. Red. v. U. B.)

Wenn dies zutrifft, so ist die Höhe der Exportvergütung anzugeben und wenn möglich, durch Konsularbeamte zu befestigen. Der endgültige Wortlaut des Erlasses des amerikanischen Schahamtes liegt jedoch nicht vor, wird aber nach Eintreffen sofort veröffentlicht werden.

Erlaubt sich die deutsche Regierung gegen diese Maßnahme der Vereinigten Staaten Vorstellungen erheben.

Bei diesen Rückvergütungen handelt es sich demnach um eine Auswirkung des sogenannten Eisenkompromisses, das im Anschluß an die Neuregelung des Eisenzolles im Hochsommer 1925 zwischen der Rohstahlgemeinschaft und der Koi (Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie) abgeschlossen worden ist. Auf Grund dieses Kompromisses verpflichtet sich die eisenverarbeitende Industrie, den Mitgliedern der Koi das Eisen, das zu Exportzwecken verarbeitet wird, zu einem ermäßigten, also zu einem niedrigeren Preis als dem Inlandspreis, zur Verfügung zu stellen. Zweck der Regelung ist, den Exporteisenpreis ungefähr auf Weltmarktniveau zu senken, um so die Exportfähigkeit der deutschen Fertigwarenindustrie nicht zu gefährden.

Diese Regelung bedeutet einen mit Hilfe des Eisenzolles ermöglichten höheren Inlandspreis für Eisen und einen niedrigeren Eisenwarenauslandspreis auf Grund der Rückvergütung durch die eisenverarbeitende Industrie. Ohne Zweifel haben wir es hier mit einem Dumping zu tun, das aus den überhöhtesten Inlandspreisen fließt. Gegen dieses Dumping scheint sich auch der Stolz der Amerikaner zu richten. Allerdings sind die Meldungen bis jetzt so unvollkommen, daß man sich kein genaues Bild von den Maßnahmen der Amerikaner machen kann.

Dem Sos. Presidium wird zu der Angelegenheit geschrieben: Als Deutschland 1925 die Zollneuregelung vornahm, geschah das in einer Weise, als ob wir auf die anderen Industrieländer keine Rücksicht zu nehmen brauchten. Auch die Handelsvertragsverhandlungen sind in diesem Geiste geführt worden. Dabei hat man übersehen, daß große Wirtschaftszweige im Ausland, die für die deutsche Warenexporte in Betracht kommen und nicht ohne Einfluß auf die Politik ihrer Regierungen sind, durch die neuen Zölle schwer geschädigt werden. Wir verweisen nur auf die besonderen Auswirkungen der Getreidezölle auf die amerikanischen Farmer und der Fleischzölle auf die argentinischen Viehzüchter. Von diesem Standpunkt aus ist es schon zu verstehen, wenn sich die amerikanische Regierung gegen einen Auswuchs der Zollbesetzung wehrt, die einem regelrechten Dumping gleichkommt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß gerade gewisse Wirtschaftskreise in Deutschland, z. B. die Zunderindustrie, noch kürzlich nach Maßnahmen gegen Auslandsdumping gerufen haben. Was man aber selbst verlangt, muß man wohl oder übel den Wirtschaftskreisen anderer Länder auch zugehen. Der einfachste Weg zur Klärung der Situation ist die Wiederherstellung autonomer Zölle, die sicherlich über das Ziel schießen, sei es im Laufe der kommenden Handelsvertragsverhandlungen oder noch besser auf dem geschäftlichen Wege.

Amerika scheint den Kampf gegen das deutsche Eisenwarendumping mit allem Ernst aufnehmen zu wollen. Sehr wahrscheinlich hat man in Washington und in der amerikanischen Industrie keine besonderen Gründe. Wer die internationalen Kartellverhandlungen der Eisenwirtschaft verfolgt hat, empfindet den starken Eindruck, daß man das deutsche Rückvergütungs- und Dumpingproblem auf einen großen Teil der europäischen Eisenwirtschaft über-

tragen zu können glaubt. Wenigstens scheint man in Amerika den Eindruck zu haben. Daraus erklärt sich vielleicht die Maßnahme des Washingtoner Schahamtes am besten.

Neue Forderungen der Grubenbarone.

Durch die in England betriebene Subventionspolitik konnte der englische Bergbau seine Kohle zu wesentlich billigeren Preisen anbieten als früher. Das hatte vor allen Dingen Einfluß auf den deutschen Reparationskohlenpreis. Nach dem § 6 der Anlage 5 des Versailler Vertrages und zum Teil nach der Anlage 8 des Vertrages wird die deutsche Reparationskohle dem deutschen Reich nur in Höhe des englischen Kohlenpreises gutgeschrieben, wenn der deutsche Kohlenpreis über dem englischen Preis liegt. Dieser Fall ist seit Beginn der englischen Kohlensubvention eingetreten. Der deutschen Regierung wurde also hinsichtlich der Reparationskohlenlieferungen ein Preis gutgeschrieben, der unter dem deutschen Inlandspreis lag. Die Regierung vergütete dem Kohlenprodukt bzw. den einzelnen Gruben auch nur den ihr gutgeschriebenen Reparationskohlenpreis, der sich nach dem niedrigeren englischen Preis richtete.

Die Gruben behaupten nun, durch diese Entwicklung stark geschädigt worden zu sein, und zwar gehen sie den Schaden mit 3 bis 4 Millionen pro Monat an. Von einer Seite, die dem rheinisch-westfälischen Kohlenprodukt nahesteht, ist der Gesamtschaden auf 15 bis 20 Millionen Mark geschätzt worden, der nun aus Steuermitteln ausgeglichen werden soll. Dabei ist man aber, abgesehen davon, daß man keine Ermäßigung des deutschen Inlandspreises vornahm, unberücksichtigt, daß das Kohlenprodukt während der Periode der englischen Kohlensubvention auf dem Auslandsmarkt Kohlen zu einem Preise angeboten und verkauft hat, der weit unter dem deutschen Inlandspreis und auch unter dem englischen Kohlenpreis lag. Weiter hat man bei der Berechnung nicht berücksichtigt, daß das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt gegenüber gewissen Abnehmern wesentliche Rabatte bewilligt. Wenn das Reich ersatzpflichtig sein sollte, so wäre, falls man eine gerechte Regelung erreichen will, der durchschnittliche Auslands- und Inlandspreis in Betracht zu ziehen. Das angesehene Reichswirtschaftsgericht hat sich aber nicht auf diesen Standpunkt gestellt, sondern vielmehr die Forderung des rheinisch-westfälischen Kohlenprodukt bzw. der Gruben anerkannt, allerdings mit der Einschränkung, daß bei der Feststellung des vom Reich an die Gruben zu vergütenden Inlandspreises die tatsächlich gewährten Rabatte berücksichtigt werden müssen. Es kommt also jetzt auf die Festlegung dieser Rabatte an, die sehr wahrscheinlich die vom dem rheinisch-westfälischen Kohlenprodukt geforderte Entschädigungssumme weiter „normalisieren“ wird.

Die Reparationslieferungen im April. Die Anzahl der im Monat April genehmigten französischen Verträge beläuft sich auf 127 im Werte von 4,3 Millionen Reichsmark gegenüber 179 im Werte von 26,9 Millionen im März. Damit erhöht sich der Wert, der zusammen seit dem Inkrafttreten des Sachverständigenberichtes bis Ende April 1926 genehmigten Verträge auf 21,3 Millionen Reichsmark. Die im April mit Belgien abgeschlossenen Verträge betrafen sich auf 150 im Werte von 8,2 Millionen gegenüber 234 im Werte von 10,2 Millionen im Monat März. Für beide Länder sind die Verträge dieser Reparationslieferungen (ohne Kohle und Hartstoffe) sowohl der Zahl wie dem Werte nach gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß beide Länder ihre Kredite beim Generalagenten erschöpft hatten.

Wachstumsrückgang in der Baumwollspinnerei. Nach den vorliegenden Produktionsmeldungen der deutschen Baumwollspinnereien ist der Beschäftigungsgrad im April weiterhin zurückgegangen. Die Zahl der laufenden Spinnstühle hat sich um mehr als 400 000 gegenüber dem Vormonat verringert, und die durchschnittliche Betriebsstundenzahl betrug 37,5 gegenüber 42,5 im März d. J. Die Garnproduktion zeigt eine Abnahme um ca. 4 Millionen Kilogramm, obgleich die Spinnereien durchschnittlich nur 30 Prozent ihrer Produktionskapazität ausnutzen, konnte die Erzeugung bei weitem nicht voll abgedeckt und mußte zum größten Teil auf Lager genommen werden. Bemerkenswert ist ferner, daß sich entsprechend der Verschlechterung der Gesamtlage die Vorräte an Rohbaumwolle erheblich vermindert haben. Es wurden verschiedentlich größere Rückkäufe in Rohbaumwolle vorgenommen.

Gegen den Schiffstrahlenwucher. Die jüdische Regierung brachte im Abgeordnetenhaus eine Vorlage gegen übertriebene Schiffstrahntarife und gewisse Kartellverbindungen im Schiffahrtsgewerbe ein, die dadurch verhindert werden sollen, daß der Generalagentenvertrag ermächtigt wird, besondere Docks- und Eisenbahntarife für solche Schiffahrtsgesellschaften festzusetzen, die nach Ansicht der Regierung unangemessene Frachtabgaben fordern.

Zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Litauen. Die Kommerzienkammer befaßt sich gegenwärtig mit den Problemen des kommenden deutsch-litauischen Handelsvertrages. Von der Handelskammer werden die Forderungen ausgearbeitet, die bei den Verhandlungen an Deutschland gestellt werden sollen. In erster Linie wird Zollfreiheit für litauisches Brotgetreide, sodann die Abschaffung der Bestimmungen über die Veterinäruntersuchung bei der litauischen Fleischimporte nach Deutschland verlangt werden. Auf litauischer Seite ist man bereit, als Gegenleistung die Zölle auf deutsche Elektrizitätsartikel, Maschinen und Werkzeuge herabzusetzen.

Mit diesen Forderungen wird Litauen auf den schärfsten Widerstand der deutschen Agrarier rechnen. Dieser Widerstand der Agrarier dürfte deshalb, wie schon so oft, auch den Verhandlungen mit Litauen erhebliche Schwierigkeiten in den Weg legen.

Amtliche Preise der Produktenbörse.

Berlin.

Weizen per 1000 Kilo, feinst per 100 Kilo, alles ab Station, Weizenmehl per 100 Kilo brutto (Roggenmehl per 100 Kilo) einlösl. Sad frei Berlin Preise in Reichsmark

Produkte	28. Mai	27. Mai
Weizen, märkischer	177-182	178-183
Roggen, märkischer	187-201	187-200
Getreide Sommer	169-182	169-182
„ Winter	197-208	197-208
Safer, märkischer	197-208	197-208
Weizenmehl	36,75-39,50	37,00-39,75
Roggenmehl	25,25-26,50	25,25-26,75

Spiel, Sport, Körperpflege

Der Großstadtsport Leipzig-Weipzig.

Der vom Turn- und Sportverein „Eiche“, Leipzig, veranstaltete Großstadtsport findet am Sonntag, dem 30. Mai, nachmittags 2 Uhr statt. Diese Veranstaltung ist so recht geeignet, werbend für den Arbeitersport zu wirken. Nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen werden nicht weniger als 400 Käufer und Käuferinnen zum Start erscheinen. Etwa 50 Kampfrichter werden für eine glatte Abwicklung der Veranstaltung sorgen. Die Reihenfolge der Läufe ist: 2 Uhr: 1500 Meter Sportler über 30 Jahre; 2,15 Uhr: Jugendstaffette, B-Klasse; 2,15 Uhr: 7500-Meter-Mannschaftslauf, B-Klasse; 2,15 Uhr: 7500 Meter Wehen; 3,15 Uhr: 7500-Meter-Mannschaftslauf, A-Klasse; 3,20 Uhr: 7500 Meter Einzelkampf; 3,50 Uhr: Sportlerinnen-Staffetten. Das Ziel für alle Läufe ist am Volkshaus. An auswärtigen Vereinen sind vertreten: Grimma, Altenburg, Magdeburg und Berlin. Da diese Vereine ausgezeichnete Käufer stellen, so ist mit sehr spannenden Kämpfen zu rechnen, insbesondere wird „Eiche“, Leipzig, seinen Ruf als „König-Verein“ zu wahren haben. Wer einen guten Sport sehen will, geht zum Werbelauf Jöbiger-Weipzig. R. A. T. G.

Handball-Vänderspiel Schweiz gegen Deutschland 5:6.

Die Handball-Elf des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes trat am Freitag in Besetzung des Bundesstützpunktes Schützle-Weipzig in Basel ein. Am Sonntagabend fand ein Propagandaspiel gegen eine Basler Stadtmannschaft, das sie mit 11:1 gewann. Der Empfang durch die Arbeiterschaft in Zürich war ein überaus herzlicher.

Das eigentliche Sportprogramm begann am Montagnachmittag auf dem Arbeiterparkplatz in Zürich vor über 2000 Zuschauern. Zunächst führten Wiedikon und Wipkingen, die Verbandsmeister von 1924 und 1925, ein Propagandaspiel im Fußball vor, das Wiedikon mit 3:1 gewann. Anschließend bestritten die Turnerinnen von Zürich 2 ein Handballspiel gegen eine Auswahlmannschaft der anderen städtischen Sektionen, das Zürich 2 mit 2:1 für sich entschied. Um halb 5 Uhr begann unter Leitung des Schiedsrichters Adant-Zürich das Vänderspiel, bei dem sich von Anfang an eine leichte Überlegenheit der Deutschen bemerkbar machte. Das Resultat der ersten Halbzeit mit 3:3 läßt aber auch die zähe Abwehr der Schweizer und ihre Gegenangriffe erkennen. Nach der Pause erhöhten die Deutschen ihre Torzahl um weitere 3 auf 6, während die Schweizer nur 2 aufholten können. Mit 6:5 für Deutschland endete das interessante, mit unglaublicher Schnelligkeit durchgeführte Spiel.

Der deutschen Mannschaft wird sicheres Ballkann, einwandfreies Zusammenwirken und glänzende Arbeit der Käufer und Verteidiger nachgerühmt. Die Schweizer Mannschaft kämpfte aufopfernd. Die Veranstaltung vermittelte ein gutes Bild vom Geiste des internationalen Arbeitersports.

Die Wasserfahrer im Arbeiter-Turn- und Sportbund werden ihren Reichssporttag mit Rücksicht auf die erste Kölner Rudergatta der Arbeiterwassertouristen in der Zeit vom 6. bis 9. August in Köln abhalten.

Schach.

Zur Richtigstellung! Die Lösung zu Nr. 19 ist vordruckt. Es heißt nicht 2d1-c3, sondern 2d1-c3. Der Verfasser.

Katzensprung Pflaster
 gegen Gicht, Rheuma, Glieder Schmerzen
 Preis 50 Pf
 Empf. Lth. 70 Res. elst. 8 Damer 20 Cops. osth. 2

Die unglücklichen Abenteuer John Nicholsons

Von Robert Louis Stevenson.

15) Copyright by Buchenau und Reichert Verlag, Berlin.

Und fort rumpelte der Wagen durch die weihnachtlichen Straßen, der Fahrgast einer an Bewußtlosigkeit grenzenden tiefsten Verzweiflung hingegeben, der Kutscher auf dem Bod über die Zurückweisung und die Doppelsüchtigkeit seines Insassen brütend. Doch ich möchte zwischen diesem Paar keinen Vergleich ziehen. Johns Fall stand außerhalb jeder Parallele, obgleich auch der Kutscher des Mißgeschicks der Gerichtsbedenken würdig ist; er war ein Bürsche von aufrichtigem Wohlwollen und hielt, aufgepeitscht von Alkohol, große Stücke auf seine persönliche Würde. Und nun waren seine Annäherungsversuche in aller Öffentlichkeit grausam zurückgewiesen worden. Als er daher so durch die Straßen fuhr, überdachte er das ihm zugefügte Unrecht und düsterte nach Mitleid und Spirituosen. Falls er bei der in Queensferry Street einen Freund, einen Gastwirt, dem er angesichts der Heiligkeit des Tages einen Schnaps zu entlocken hoffte. Queensferry Street liegt etwas abseits von dem geraden Weg nach Murrayfield, aber es gab dort eine hügelige Querstraße, die durch das Tal des Keith und an dem Friedhof von Dena vorbeiführte, und Queensferry Street lag auf dem Weg. Was sollte den Kutscher hindern, zumal ja sein Pferd stumm war, die Querstraße zu wählen, und im Vorbeifahren seinen Freund aufzusuchen? Das war entschieden, und bereits etwas besänftigt lenkte der Wagenführer sein Pferd zur Rechten. John sah mittlerweile zusammengesunken, das Kinn auf die Brust geneigt, geistesabwesend da. Der Geruch des Wagens und ein gewisses dumpfes Kältegefühl kamen ihm gerade noch schwach zum Bewußtsein. Alles andere war unter dem furchtbaren Druck des Unglücks und der physischen Schwäche verjungen. Die Mittagstunde war nahe — vor zweiundzwanzig Stunden hatte er zum letztenmal einen Bissen Brot zu sich genommen. In dieser Zeit hatte er Qualen der Sorge und Angst erduldet, hatte sich halb und halb betrunken; und wenn man auch nicht behaupten konnte, daß er schlief, so kehrte sein Bewußtsein doch aus der Tiefe völliger Verlorenheit zurück, als die Droschke plötzlich anhalt und der Kutscher seinen Kopf durch das Fenster steckte. Falls er mit kein'n Schnaps spendieren wollen“, sagte der Kutscher mit wohl erwohener Strenge im Ton und Wehen, „werd'no' wohl nichts gegen haben, daß ich mit enen genehmige?“

„Gewiß nicht, machen Sie, was Sie wollen“, erwiderte John. Und als er dann seinen Quälgeist die Treppe hinausstiegen und den Schnapsladen betreten sah, kam ihm plötzlich das Gefühl von etwas ihm vor langer Zeit Vertrauten. Das brachte ihn wieder völlig zu sich, und er starrte scharf die Ladenfront an. Gewiß, er kannte sie; doch woher? Und wie? „Es muß lange her sein“, dachte er, und als er seine Augen durch das nordere Fenster schweifen ließ, das bisher durch die Gestalt des Fuhrmanns verdeckt gewesen war, erblickte er die Baumwipfel mit den Kränzen in einem Handlopf Crescent. Er war dicht bei seinem Vaterhaus — dem Hause, wo er geglaubt hatte, um diese Stunde in dem wohl-bekanntem Wohnzimmer in herlichem Gespräch zu sitzen; und statt dessen —

Sein erster Impuls war, sich auf den Boden der Droschke zu werfen, sein nächster, das Gesicht mit den Händen zu verdecken. So sah er, während der Kutscher dem Wirt und der Wirt dem Kutscher zuzant, und beide dabei die Angelegenheiten der Nation einer kritischen Musterung unterzogen. So sah er noch, als sein Herz und Gebieter sich herbetteit, zurückzukommen und endlich weiter hügelabwärts um Lynedoch Place herumzuführen. Trostlich schickte die Finger, als er durch das Ende der Straße fuhr, heimlich durch die Jalousie und erblickte vor dem Tore seines Vaterhauses einen Doktorwagen.

„Gut, das schickst noch“, sagte er: „ich habe meinen Vater ge-
 tet, und heute ist Weihnachten!“

Falls Mr. Nicholson starb, mußte er diesen nächtlichen Weg hinunter seine letzte Reize zum Grabe antreten. Dem gleichen Ziele entgegen war ihm sein Weib vor Jahren vorangegangen, und auch viele andere angesehenen Bürger hatten mit dem glei-
 menden Pomp und dem üblichen Trauergeloge die Fahrt zurück-
 gelegt. Und jetzt, wohin anders eilte John selbst, jetzt, in dieser
 eiligen, überdrückenden, frohgeposterten, zerfallenen Kutsche, an
 deren Scheiben kein Atem geblor?

Dieser Gedanke erregte seine Einbildungskraft, die ihm tau-
 send Bilder vorzuzaubern begann, hell und flüchtig gleich den
 Figuren in einem Kaleidostop. Jetzt erblickte er sich selbst, rot-
 bäutig, einen wollenen Schal um den Hals geschlungen, wie er auf
 der gefrorenen Gasse herumswirrte, und wieder sah er sich, einen
 kleinen leibfülligen, gelangweilten Knirps, mit Trauerfroh-
 geschmückt, diesen gleichen Hügel im Gesolge der Trauertuglischen hinab-
 steigen und dem Leichenwagen seiner Mutter folgen. Dann wieder
 eilte seine Phantasie voraus und zeigte ihm kein eigenes Gesicht,
 wie er einarmig stand in dem kalten Sonnenschein mit den Spez-

lingen, die auf der Türschwelle hüpfen, und dem toten Manne da
 drinnen, der zur Decke emporstarrte; und jetzt, im plötzlichen Wech-
 sel, sah er sich umdrängt von bleichen Nachbarn mit erhobenen Hän-
 den, sah den Doktor, der sich durch ihre Mitte den Weg bahnte und im
 Wehen sein Stiefhose zusammenstaubte, und neben der Leiche den
 Schuhmann, bedenklich den Kopf schüttelnd. Dorthin, fürchtete
 er, trieb er jetzt. Er sah sich antommen, hörte sich ärmliche Er-
 klärungen sammeln und fühlte die Hand des Polizisten auf seiner
 Schulter. Gültiger Himmel, was gab er darum, hätte er eine männ-
 lichere Rolle gespielt! Wie verachtete er sich, daß er diese fatale
 Nachbarschaft gelassen hatte, als alles noch ruhig war, und daß er
 jetzt demütig zurückkehren mußte, da alles gedrängt voller Räder
 stand.

Jedes allzu große Maß von Wein verleiht selbst dem Schwach-
 köpfigsten Kräfte der Phantasie. Als John jetzt so bei den Gedanken
 verweilte, was ihm wahrscheinlich am Ende diese unheimlichen
 Fahrt erwartete, sah er, der sonst die meisten Dinge kaum wahr-
 nahm, noch weniger sich ihrer erinnerte und sie niemals hätte be-
 schreiben können, vor seinem geistigen Auge den Garten der Villa
 mit allen Einzelheiten wie auf einer Karte; er ging in ihm hin und
 her, seine Furcht während; er sah die Stoppalmten, die schneebede-
 neten Beete, die Wege, auf denen er Alan gestaut hatte; die hohen
 köstlichen Mauern, das geschlossene Tor — Was! Was das Tor
 geschlossen? Ja, wahrlich, er hatte es geschlossen, verschlossen kein
 Geld, keine Furcht, kein künftiges Leben — verschlossen mit diesen
 Händen, und konnte es nie wieder öffnen. Er hörte das Schnappen
 des Schloßes wie etwas, das in seinem Hirne barst, und sah ver-
 feinert.

Dann erwachte er wieder; Furcht zerrte an seinem Lebensnetz;
 jetzt war nicht die Zeit, müßig zu sein; er mußte sich zusammenraffen
 und handeln, er mußte denken; einmal am Ende dieser lächerlichen
 Kreuzfahrt, einmal an der Tür der Villa, blieb ihm jedoch nichts
 anderes übrig, als die Droschke zu wenden und wieder zurückzu-
 kehren. Warum denn überhaupt so weit fahren? Warum nicht sofort
 umkehren? Das war leicht gesagt, umkehren! Doch wohin? Er
 hatte keinen Ort, wohin er gehen konnte; niemals vermochte er —
 das sah er mit blutigen Letzern geschrieben — nie vermochte er
 diese Droschke zu behagen, für ewig war er an diesen Wagen ge-
 fesselt. An diesen Wagen! Seine Seele schmerzte und brannte und
 sein Herz schrie; nur dorthin frei werden. Er verwarf alle anderen
 Sorgen. Zunächst mußte er sich von diesem überdrückenden Weibel,
 von diesem menschlichen Vieh, das es führte, befreien — vor allem
 mußte das geschehen. Wenigstens dies eine, und zwar logisch.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 29. Mai.

Die Wallfahrt nach Sibyllenort.

Königsreue Dichter an die Front! Es gilt, ein Poem zu verfassen über die Wallfahrt nach Sibyllenort.

Hier sitzt Friedrich August, der ehemalige Geenig von Sachsen, und zu ihm beginnen seine Anhänger zu pilgern.

Sibyllenort ist ein gewaltiges Latifundium in Schlesien. Obwohl von ihm mehrere Güter verpachtet sind, verfügt der Geenig direkt noch über 3500 Morgen Land. Es wird hauptsächlich Viehzucht betrieben. Wie weit Friedrich August selbst mit der Pflege der Rinder, Kühe, Bullen und Ochsen beschäftigt ist, wissen wir nicht.

In Sibyllenort gibt es auch Milch. (Nach alledem, was wir über Friedrich August gehört haben, wird er sie als Getränk nicht bezuzugeln, obwohl sie von seinen Kühen kommt. Er kann schließlich auch sagen, die Milch werde in erster Linie für den Verkauf und nicht für den eigenen Verbrauch produziert.)

Sibyllenort wird, wie Kesselor am Rhein, ein heiliger Wallfahrtsort aller Königsreuen Sachsen werden. Wenn dort ein geschäftstüchtiger Klerus ist, so könnten auch gleich ein paar Reliquien ausgestellt werden. Sie würden der Kirche Geld einbringen und das kann sie immer gebrauchen.

Die Wallfahrt nach Sibyllenort eröffnen die sächsischen Agrarier. Die Hauptverwaltung der Landwirtschaftskammer ladet in dem Amtsschloß der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen (Nr. 21 vom 20. 5. 26) im amtlichen Teil zu einer Sachverständigenkonferenz nach Sibyllenort ein. Es wird mitgeteilt, daß es dort schwarzbunte Ostfriesen, rotbunte Ostfriesen und schweißes Rotvieh zu sehen gibt. Leider scheint der Geenig nicht geneigt zu sein, den sächsischen Landwirten sein herrliches Viehzeug persönlich vorzuführen, denn es werden darüber keine Angaben gemacht. Dafür wird aber mitgeteilt, daß „Se. Majestät bereit sei, die Teilnehmer zu empfangen. Ein einfacher Imbiß (sicherlich ohne Milch!) werde geboten.“

Diese Wallfahrt fällt gerade in die Zeit der Agitation für den Volksentscheid auf Enteignung der Fürsten. Werden für ihn 20 Millionen Stimmen abgegeben, dann fällt Sibyllenort an den Staat, an das Volk, dem es auch gehört, weiß weder Friedrich August noch seine Vorfahren diesen Befehl mit ihrer Hände Arbeit erworben haben. Die Großgrundbesitzer eilen jetzt ihrem Fürsten zu Hilfe. Sie haben ihre guten Gründe dafür. Und auch Friedrich August überhaut — mitten in der Auszucht von Rindern — die Situation. Er ist bereit, seine Getreuen aus Sachsen zu empfangen, und er spendiert einen Imbiß. Selbstverständlich ist das Essen bescheiden. Die Not der Landwirtschaft ist bekanntlich so groß, daß nur ein einfaches Mahl gereicht werden kann. Die Großlandwirte schmeicheln sich, als die Armengeheimnisse in den Großstädten, sind schon hochbeglückt, daß sie sich bei ihrem früheren Geenig wenigstens einmal sattessen können. Ra und für den Trank wird auch gesorgt werden. Dafür bürgt Friedrich August. Die Gefahr ist groß. Deshalb wird die Wallfahrt auch noch in den ersten Tagen des Juni unternommen. Sie soll dazu beitragen, die Wähler auf ihren ehemaligen Geenig aufmerksam zu machen, und sie soll das Land zu dem Schwur veranlassen, den Volksentscheid dreifach zu verfluchen und immer und ewig zu den Fürsten zu halten.

Wer Fürstentum ist, mag Fürstentum bleiben. Die Zeit der Fürsten- und Herrenrechte ist vorbei. Das muß den „Herrschaffen“ recht deutlich beigebracht werden. D. K. u. i.

Die Junimiete.

Um fünf Prozent erhöht sich ab 1. Juni die Miete. Sie beträgt dann 97 Prozent der Friedensmiete. Es sind am 1. Juni zu zahlen:

Table with 4 columns: Mietwert (bis 1000), Mietwert (1000-2000), Mietwert (2000-3000), Mietwert (über 3000). Rows show percentages for various rent levels.

Philipp und Wunderlich.

Das Leipziger Hausbesitzertum berichtet über die Annahme eines Antrages im Reichstag, die Reichsregierung möge ein Wohnheimstättengesetz vorlegen. Es schreibt dann: „Für unsere Partei, die natürlich die Stellungnahme der Vertreter des Leipziger Kreises ganz besonders interessiert, sei noch erwähnt, daß bei der Abstimmung der Abg. Dr. Hochstädt (Dtn.) schloß, die Abg. Dr. Philipp (Dtn.) und Dr. Wunderlich (D. Wp.) stimmten ebenfalls für die Annahme, während die Abg. Thiel (D. Wp.) und Dr. Koch (Dem.) mit Ja gestimmt haben. Ueber das Ergebnis der Abstimmung kann man als Hausbesitzer nur verwundert den Kopf schütteln. Nicht nur, daß Demokraten und Zentrum, die doch auch auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und des Privateigentums stehen, jedes Verständnis für die letzten Ziele der Bodenreform zu fehlen scheint, nein, auch ein guter Teil der übrigen bürgerlichen Abgeordneten hat durch Zustimmung, durch Stimmhaltung und nicht zuletzt durch Abwesenheit gezeigt, daß der deutsche Grund- und Hausbesitz in seinem Kampfe für Erhaltung des Privateigentums auf ihre Unterstützung nicht mit Sicherheit rechnen kann. Er wird bei kommenden Wahlen daraus die Konsequenzen ziehen müssen.“

Trauernd konstatiert also das Organ der Hausbesitzer, daß auch in den bürgerlichen Parteien Leute sitzen, die „bodenreformertisch verfaßt“ sind, die also nicht mehr die zuverlässigen Stützen des Privateigentums an Grund und Boden sind. Das ist gewiß sehr arg. Auf Philipp und Wunderlich aber kann der private Grundbesitz noch bauen. Die Wähler aus den Kreisen der Arbeiter,

Die Fürsorge im städtischen Haushaltplan.

Von 160 Millionen Mark, mit denen die Stadt Leipzig im Wirtschaftsjahr 1926 als Einnahme und Ausgabe zu rechnen hat, entfallen 38 840 000 Mark auf die Wohlfahrtspflege. In diesem Konto faßt der Haushaltsplan zusammen: das Fürsorgewesen, die öffentliche Jugendhilfe, die Förderung der freien Wohlfahrtspflege nebst dem Pflegamt für sittlich gefährdete Mädchen und Frauen, das Ortsamt für Kriegerversorgung, Arbeitsamt und Arbeitsanstalt, das Gesundheitswesen, die Unterhaltungsanstalten, die Krankenanstalten und die Beiträge zu gemeinnützigen Zwecken. Der Zuschuß, den die Stadt für dieses umfangreiche Konto leisten muß, beträgt nicht weniger als 19 572 400 Mark. Den Hauptanteil davon erhält das öffentliche Fürsorgewesen,

das bei 11 220 400 Mark Ausgaben einen Zuschuß von 9 622 100 Mark erfordert. Wären doch nicht weniger als 21 000 Personen in Leipzig aus Fürsorgemitteln erhalten werden. Da Leipzig rund 660 000 Einwohner hat, so ist

Jeder 30. Einwohner Fürsorgeempfänger.

Und zwar befanden sich in offener Fürsorge Ende Februar 1926 11 921 Parteien mit 17—18 000 Personen, während die geschlossene Pflege 1545 Personen in Pflege- und Versorgungshäusern und 2108 Personen in Anstalten für Geisteskranken, Gebrechliche usw. zählte.

Für die Unterstüfung der in offener Pflege Befindlichen sind bestimmte Bedarfssätze festgesetzt (9,30 Mark für Erwachsene, 15,75 Mark für ein Ehepaar, 4 Mk. für ein Kind über 2 Jahre und 3,30 Mk. für ein Kind unter 2 Jahren), die von den ehrenamtlichen Pflegern je nach Lage des Einzelfalles erhöht oder gekürzt werden können. Die Ausgaben für diese Barunterstützungen erforderten im Februar wöchentlich 90 000 Mark. Da 7404 Parteien aber als Sozial- und Kleinrentner und diesen Gleichgestellten noch mindestens ein Viertel des Bedarfssatzes mehr erhalten, so kommen wöchentlich noch reichlich 15 000 Mark für diese Mehrleistungen und außerdem noch der Aufwand für Brot- und Speisemarken hinzu: Es ist infolgedessen mit 5 Millionen für laufende Unterstüfungen

jährlich zu rechnen. Davon werden 4,8 Millionen in bar, 160 000 Mark für Brot und 40 000 Mark für Speisemarken ausgegeben. Das Brot wird von der Städtischen Brotbäckerei zu einem um 10 Prozent niedrigeren Preise als im freien Verlaufe an die Unterstüfungen abgegeben. Vor einigen Jahren wollten die prinzipiellen Gegner städtischer Eigenbetriebe sogar die seit 200 Jahren bestehende, nur für Wohlfahrtszwecke tätige Bäckerei beilegen, um den privaten Bäckereimeistern auch noch diesen Profit zuzuschlagen.

Da Kleider, Wäsche, Heizmittel und ein Teil der Miete neben dem Bedarfsbeitrag extra gegeben werden, so enthält der Haushaltsplan noch einen Posten von

1 Million für außerordentliche und einmalige Unterstüfungen.

Ein noch zu schaffendes Ortsgesetz über Art und Maß der zu gewährenden Unterstüfung wird die Grundzüge festzulegen haben, nach denen die städtische Fürsorge sich betätigen soll.

Da das Verlangen, erhaltene Fürsorgeunterstüfung zur Unterstützung der Arbeiter, eine besondere Härte bedeutet bei all denen, die nur den üblichen Arbeitslohn als Einkommen haben, nahm am 17. März d. J. das Stadtverordnetenkollegium einen sozialdemokratischen Antrag an:

„Es zur endgültigen Regelung durch das Ortsgesetz über Art und Maß der Fürsorgeunterstüfung diesen Rückschlüssen gemäß die Fürsorgeunterstüfung nur gefordert werden, wenn der Arbeitsverdienst das vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig errechnete Existenzminimum wesentlich übersteigt.“

Dagegen hat der Rat vorzeitig Einspruch erhoben, da er nach einer Festlegung suche, die dem Grundgedanken des Beschlusses entspricht, ohne sich an eine absolute Zahl zu binden. Trotz angelegentlichem Suchen hat er seit 9 Wochen eine Lösung noch nicht gefunden — bei den Protesten hat der Rat kein Automobiltempo nötig!

In Krankheitsfällen haben Fürsorgeunterstüfte freie Arztwahl. In der Krankenversicherung befinden sie sich nicht, da die Stadt bei Übernahme der Krankenkosten weniger Aufwand hat, als wenn sie die Kostenbeiträge zahlen würde. Trotzdem kommt ein

Betrag von 300 000 Mark zustande, in dem 25 000 Mark für Lungenfürsorge mit enthalten sind. Bei Bestatigungen, die auf Kosten des Fürsorgeamtes vorgenommen werden, darf auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages eine Rückforderung der aufgewandten Mittel nur dann eintreten, wenn im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Erben es unbillig wäre, davon abzusehen.

Der Gesamtaufwand der offenen Pflege beträgt 6 365 000 Mark. Die Pfleger, deren Auswahl bis zum 31. März 1927 vollzogen sein muß, sind ehrenamtlich in 147 Distrikten tätig. Ihre Zahl beträgt ungefähr 2900, davon sind rund 1400 Genossinnen und Genossen. Wie sich die im Anfang vom Bürgertum so stark bekämpfte Beteiligung der Arbeiterschaft in der Distriktpflege auswirkt, zeigt die Statistik, daß in 147 Distrikten 84 sozialdemokratische Vorsteher und 72 Stellvertreter tätig sind.

Die Organisation der Distrikte ist in Leipzig durchaus zentral. Alle stehen in fester Verbindung mit dem Fürsorgeamt im Stadthaus. In anderen Städten (Hamburg, Dresden) befinden sich in den einzelnen Stadtteilen amtliche Bezirksstellen, denen die umliegenden Distrikte zugewiesen sind. Es wird sich auch für Leipzig notwendig machen, nachzuprüfen, ob die Vorteile einer solchen Dezentralisation größer sind als die der bisherigen zentralen Organisation der offenen Pflege.

Die geschlossene Pflege erfordert 2 115 500 Mark, davon allein eine volle Million für Bedürftige in Leipziger Krankenhäusern und ebensoviel für in Heilanstalten für Geisteskranken, Epileptische, Gebrechliche usw. Untergebrachte.

Die Leipziger Fürsorgeanstalten.

umfassen sechs Versorgungshäuser in Eutritzsch, Schönefeld, Volkmarzdorf, Plagwitz, Stötteritz und in der Hospitalstraße, dazu kommen das Fürsorgehaus in Connewitz und das Schachische Stift in Gohlis, das jetzt durch einen Neubau erweitert werden soll. Das Lähnke-Stift, das bestimmt war, alleinlebenden volljährigen Jungfrauen aus den gebildeten Ständen einen Zufluchtsort zu gewähren, konnte seine Selbstständigkeit in der Inflationszeit nicht mehr aufrechterhalten und wurde eine der Fürsorgeanstalten der Stadt, die dem Fürsorgeamt und dem Armendirektorium unterstehen. Daß die Verbindung der Erblasserin, daß der Pietismus der Anstalt fernbleiben soll und weder das Direktorium noch die aufzunehmenden Personen sich dieser Glaubensrichtung ergeben wollen, dadurch gesichert ist, wegen der nicht bedingungslos zu behaupten.

Neben dem Obdachloshaus, für das ebenfalls eine Erweiterung geplant ist, da es jetzt wenig mehr als 200 Personen beherbergen kann, gehören zwei Pflegehäuser, das Altersheim in der Klosterstraße, die Erziehungs- und Pflegeanstalt in Lindenau und das Mädchenheim in Plagwitz zu den städtischen Fürsorgeanstalten. So bieten die 16 Leipziger Fürsorgeanstalten zwar das Bild arger Zerstückelung, dabei sind sie von sehr verschiedenem Werte. Doch kann ohne weiteres angegeben werden, daß manche dieser kleinen Anstalten sehr gut geleitet sind. So vor allem das Mädchenheim in Plagwitz, in dem der erfolgreiche Versuch gemacht wird, den der Fürsorge unterstehenden Mädchen an Stelle der Anstaltsunterstüfung eine freie Berufstätigkeit neben Unterkunft und Betreuung im Heim zu bieten. Dieses Heim, ferner das Versorgungshaus für ledige Mütter mit ihren Kindern in der Hospitalstraße und die Erziehungsanstalt in Lindenau gehören eigentlich zum großen Teil mit unter das Konto Jugendfürsorge, da sie eine große Anzahl Kinder und Minderjährige beherbergen.

Die Fürsorgeanstalten erfordern insgesamt einen Zuschuß von 1 285 000 Mark. Der Bau einer neuen großen Erziehungs- und Versorgungsanstalt würde allerdings einige Millionen kosten, doch würde damit nicht nur die bisherige Zerstückelung beseitigt, sondern in den bisher benutzten Anstalten würde auch eine größere Anzahl Wohnungen frei werden, so daß die Opfer für die Stadt doch nicht allzu groß würden.

Vom Ausbau des Fürsorgewesens hängt das Wohl und Wehe von zehntausenden Leipziger Einnahmern ab. Ihn planmäßig zu fördern, ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

der Angestellten und Beamten, die die Wirkungen des Bodenwunders, den Bodenkapitalisten frech betrieblen, am eigenen Leibe kennengelernt haben, werden sich hoffentlich diese Stellung der Herren Philipp und Wunderlich merken.

Der heilige Eid.

Auf dem Begrüßungsabend der Hausbesitzer sagte nach dem Bericht der L.N.A. Stadtrat Ackermann, an der Spitze des Wohnungswesens in Leipzig steht jetzt Stadtrat Dr. Nischke; er müsse den Schutz des privaten Eigentums als nationaler Mann anerkennen, und er sei nicht auf die Theorien des Salon-Sozialismus eingestellt. Wenn der Herr Stadtrat Nischke so von den Hausbesitzern eingestimmt wird, so muß er ihnen ja ausgezeichnete Dienste leisten. Mit dem Salon-Sozialismus zielte der Herr Stadtrat auf Herrn Hofmann, der jetzt Bürgermeister ist, und der früher Degenerent des Wohnungswesens war. Herr Hofmann ist kein Sozialist; er hat seinerzeit Vorschläge zur Regelung des Wohnungswesens gemacht, nach denen der Hauswirt als ruhiger der Grundstücke nicht ausgeschaltet werden sollte. Es sollten nur bis zu einem gewissen Grade auch die Interessen der Mieter gewahrt werden, und deshalb ließen die Hausbesitzer gegen ihn Sturm. Ihr Ziel ist unbeschreiblich: Ausbeutung des Mieters, und wer das nicht mitmacht, gilt als Salon-Sozialist, wenn er Stadtrat ist. Herr Ackermann erklärte ferner unter Bravourstücken der Zuhörer, die Hausbesitzer leisteten einen heiligen Eid, daß sie ihr Eigentum, ihr Haus auch in aller Zukunft wie eine Löwenmutter verteidigen würden.

Das Vermieten von Wohnungen muß doch ein sehr angenehmes und vor allem sehr einträgliches Geschäft sein, wenn ein solcher Schwur geleistet wird.

Daß die Regierung heute mit ihrer ganzen Sympathie bei den Hausbesitzern steht, brachte Regierungsrat Dr. Berger zum Ausdruck, der für das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sowie für die Kreisbauernschaft sprach, und der erklärte, er wisse aus dienstlicher Erfahrung, wie schwer der Hausbesitzer unter der Kriegs-, Nachkriegs- und Inflationszeit gelitten habe. Der Hausbesitzerverband könne auf seine Führer stolz sein. Rechtsanwalt A. H. L. m. n. Dresden sagte, der Hausbesitzer sei treu deutsch, und in heiliger Liebe zum Vaterland fühle er sich nicht nur als Vertreter materieller Interessen, sondern wolle die gesamte deutsche Kultur erhalten. Er wolle einzig sein mit dem ganzen deutschen Volke und nur eine unglückliche Gelebenslage habe den Zwiespalt hineingebracht, der ein Frevler am deutschen Volke sei.

Wenn dieser Rechtsanwalt, dem natürlich stürmische Ovationen entgegengebracht wurden — über das Zusagen so Befehd weiß, wie über die Umstände, die zur Mieterbeschwerde geführt haben, dann gratulieren wir ihm zu seinem Wissen und zu seinen Fähigkeiten.

Der Bilderbogen.

Bei Breitkopf & Härtel in Leipzig werden eine Million Bilderbogen gegen den Volksentscheid gedruckt. Die völkischen Fürstentümer lassen es sich was kosten. Ihre Geldgeber bezahlen ja diese Dienste sehr gut. Mit den einseitigen Mitteln sollen die Wähler irregeführt werden: Nach der Enteignung der Fürsten soll — so wird bildlich dargestellt — die Enteignung des Mittelstandes, der Bauern, der Sparer, der Ladenbesitzer vor-

genommen werden. Die Macher dieses Wisches haben gar nicht überlegt, daß der Mittelstand und die Sparer bereits enteignet sind, und zwar sind sie um ihr Eigentum gebracht vom Großkapital, das sich jetzt weigert, eine gerechte Aufwertung durchzuführen. In diesen Kreisen wird daher der bunte Dreck keinen Eindruck machen, und die Arbeiterklasse wird ihn sofort als Schwundel erkennen. Trägt er doch die verlogene Ueberschrift „Deutschlands Zukunft: Vom Kulturstaat zum Kaufstaat.“ Die arbeitende Bevölkerung wehrt sich nur gegen ihre Ausbeutung durch die Fürsten und durch das Großkapital, und sie will aus diesem Staat erst einen Kulturstaat machen. An der Spitze des Bilderbogens steht die Zeile: „Kudruck in der Leipziger Volkszeitung erwünscht.“ Die Herren glauben wohl, wir hätten Furcht, ihr Zeug wiederzugeben. O, nein, diese Schmiererei wird dem Volksentscheid keinen Abbruch tun. Sie ist zu dumm gemacht. Wird doch an einem Bilde gezeigt, daß die Schieber nicht enteignet würden, weil sie die Enteigner, die mit dem Sowjetstern ausgerüstet sind, gut bezahlten! Dabei wird die Agitation gegen den Volksentscheid vom Großkapital bezahlt und die Knoche, die jetzt gegen das Volk schreiben und reden, stehen im Solde der Großkapitalisten. Diese Probe läßt erkennen, mit welchen Mitteln der Kampf von den Volksfeinden geführt werden soll. So eine Art Postleutenwahlstimmung soll erzeugt werden. Da gilt es, alle Kräfte im Proletariat mobil zu machen, damit dieser Riesens betrug am Volke rechtzeitig entlarvt werden kann.

Republikanische Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Leipzig. Sonntag, den 30. Mai 1926 in Großschlocher, Kleinschlocher und Naturpark Schleußig. Insprachen in Großschlocher auf dem Schmutz- und Spielplatz an der Hermann-Beyerstraße, in den Meyerschen Häusern (Spielplatz) und im Naturpark Schleußig. Von 11—1 Uhr Morgenkonzert der Reichsbannerkapelle im Naturpark Schleußig.

Volkschule Leipzig. Rufus Riedel: Die nächste Führung im Museum (Augustusplatz) findet am Sonntag, 30. Mai, vormittags 10 Uhr, statt, die übernächste Führung, den 6. Juni.

Ein Argusfisch im Zoo. In diesen Tagen ist in das Aquarium des Zoologischen Gartens ein seltsamer Neuling gekommen: ein Argusfisch (Scatophagus argus Gm.). Er ist Küstentisch im Indischen Ozean, findet sich dort im Meer, im Brackwasser und selbst in den Flußmündungen. So dickköpfig er ist, so schlau ist sein schiefenköpfiger Körper seitlich zusammengedrückt. Ausgeschieden ist er durch viele längliche schwarze Flecken, die sich aus goldgrünem Schimmer herausheben. Davon hat er auch seinen Namen, der auf den vieläugigen Wächter „Argus“ der griechischen Sage anspielt. Mit seiner zweitragigen Rückenfinne — die vordere ist flachig — gibt er eine merkwürdige Gestalt ab. Merkwürdig ist auch seine Fähigkeit, im Süß- wie im Seewasser zu leben; allerdings liebt er wenigstens etwas angesäuertes Wasser. Er frist kleine Tiere und saftige Pflanzenreste. Freilich ist m. W. die Jucht dieses herrlichen Fisches im Aquarium noch nicht gelungen. In seinen heimlichen Korallenmeeren soll er 30 Zentimeter lang werden. Hier bei uns ist er in einem der schönsten Becken des Aquariums untergebracht, bei den aus den Buchten des Amazonas stammenden Mondfischen. Auch von ihnen ist eben eine neue Form hierhergekommen, eine kleinere Art. Wer einigermaßen Zeit hat, sollte

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

nordbezirk. Montag, den 31. Mai, 8 Uhr, im Rüdau-Aus-
sicht. Jeder Ortsverein muß vollständig erscheinen.
Entscheid. Dienstag, den 1. Juni, 8 Uhr, im Gosenhöfchen:
Sitzung aller Funktionäre.
Gaußsch. Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, im
Garten Nr. 110: Gesamtfunktionäre und Vorstand.
Mt-Beipzig, Südbezirk. Dienstag, den 1. Juni, abends 7/8 Uhr,
im Volkshaus, Café links: Wichtige Funktionärsitzung. Tagesord-
nung: „Der bevorstehende Volksentscheid“.

Frauen.

Reusch. Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im Vater Jahr:
Vortrag der Genossin Helene Blotke über: Einführung in die sozia-
listische Gedankenwelt.
Plagwitz-Vindenu-Schleußig. Montag, den 31. Mai,
abends 8 Uhr, im Schloß Vindenu: Feste und heitere Rezi-
tationen vom Genossen Alfred Kern.
Osten. Montag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, in den Reichs-
hallen: Vortrag des Genossen Zeller über: Ist die Ehe eine gott-
gewollte Einrichtung?
Spandorf. Mittwoch, den 2. Juni, 7/8 Uhr, bei Düberr:
Vortrag der Genossin Anna Langer.
Connewitz. Der für Montag geplante Ausflug muß aus-
fallen.

Wohlfahrtspflege.

Obleute, Distriktsvorsteher, Stellvertreter und Vertrauensleute.
Montag, abends pünktlich 8 Uhr, Verammlung im Volkshaus-Café,
1. Vortrag des Gefangenensüßorgers Herrn Dr. Beck über Straf-
entlassenenfürsorge. 2. Die Fürsorge im Leipziger Haushaltungs-
plan. 3. Verschiedenes.

Jungsozialisten.

Montag, den 31. Mai: Wichtige Mitgliederversammlung im
Heim, Scharnhorststraße 27, um 8 Uhr. Viele Fragen bedürfen der
Klärung. Es muß also jeder erscheinen.

Kinderfreunde.

Deich-Gaußsch. Montag, 7/8 Uhr, in der Schule.
Plagwitz-Vindenu-Schleußig. Die Kinder vom Ferienausflug
nach Eisenhammer kommen Sonntagabend 7.30 Hauptbahnhof an.
Großhöfchen. Sonntag, 30. Mai, 7 Uhr morgens. Treffen
an der Schule zur Halbtagsfahrt. Für Kinder von 10 Jahren an.
Führung: Farpel-Koch. — Montag, 31. Mai, und Donnerstag,
3. Juni: Spiele im Freien ab 6 Uhr. — Wir spielen Mittwoch
nicht mehr.

Pleberitzmolkhof. Wir treffen uns Sonntag, früh 8 Uhr, am
Heim zur Fahrt nach Großhainberg. Tagescorpsempfang mitbringen.
Geld fern.

Lhonberg-Stötterich. Unsere Kinder und Helfer, die die Acht-
tagefahrt durchs Saccietal gemacht haben, kommen Sonntagnach-
mittag 5.41 wieder in Leipzig an.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung 1 (Mt-Beipzig). Montag, 31. Mai, abends 7/8 Uhr:
Monatsversammlung im Volkshaus. 1. Vortrag des Kameraden
Tanzmann: Krieg und Kriminalität. 2. Geschäftliches.
Sanitätsabteilung. Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr:
Wichtige Verammlung im Volkshaus, Zimmer 2. Alles erscheinen!
Sonntag, den 27. Juni: Übung in der Dübener Heide. Vor-
bereiten!

Quartierauschüsse des Reichsbanners. Mittwoch, den 2. Juni,
abends 7/8 Uhr: Sitzung der Quartierauschüsse im Volkshaus,
Zimmer 1. Bericht der Vorsitzenden der Quartierauschüsse und
Verschiedenes. Jeder Quartierbezirk muß vertreten sein.
Abteilung 5, Spielleute. Heute abend Ueben. Stellen 7/8 Uhr
Kesselführer Markt.

Mitglieder-Veranstaltungen

Leipzig-Ost. Mitgliederversammlung Montag, den 31. Mai,
8 Uhr, in den Reichshallen spricht Genosse Landtagsabgeordneter
Niedmann über: Die praktische Arbeit für den Volksentscheid.
Merkau. Die Bibliothek ist ab 2. Juni nur Mittwoch, abends
von 7/8 bis 9/8 Uhr, im Restaurant Vindenuhof geöffnet.

einmal beobachten, wie diese grotesken Gestalten ihre Farbe
wecheln; wie sie manchmal ihre schwarzen Streifen verlieren und
ganz erbleichen; aber auch, namentlich wenn sie aufeinander los-
gehen, schwarz vor Wut werden können.

Arbeitslosenschule. Neuer Kursus. Es beginnt ein neuer Kursus:
Moritz, Technisches Zeichnen für Maschinenbauer (Aufbau und
Arten technischer Zeichnungen, Projektionszeichnen, Maschinenele-
mente, Skizzieren usw.) In erster Linie für Metallarbeiter, doch
können auch Arbeitslose aus anderen Berufen teilnehmen. Dienstag,
4-6 Uhr, Frauenkammer, Königsstr. 20. Beginn Dienstag, 8. Juni.

WV. Zur Oper Margarete am Montag, abends 7 Uhr,
im Neuen Theater sind noch Karten in allen Verkaufsstellen zu
haben.

Wieder ein „trodener“ Land? 30 000 dänische Wähler haben
eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der gefordert wird,
die Frage des Alkoholverbots einer Volksabstimmung zu unter-
ziehen. Das Regierungskomitee für Alkoholverbot, das im Jahre
1917 gebildet worden war, hat seine Arbeiten vor einiger Zeit
beendet. Es wird erwartet, daß es in Kürze die Volksabstimmung
auszusprechen wird.

Polizeinachrichten

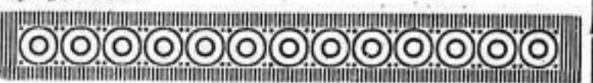
**Ermittelt ist der Aufenthalt des seit 19. Mai als vermißt ge-
meldeten Kaufmanns Walter Rottluff.**

Vermißt. Vermißt wird seit 15. Mai der am 27. Mai 1911
in Leipzig-Schleußig geborene Schmiedesehling Horst Köhlich, zu-
setzt in Hainpach bei Sebnitz aufständlich gewesen, früher L.-Lin-
denau, Dürrenberger Straße 8 wohnhaft. Er hat von seinen in
Hainpach wohnenden Verwandten Reisegeld zur Fahrt nach Leipzig
bekommen, ist aber bis jetzt hier nicht eingetroffen. Der Vermißte
ist etwa 1,65 Meter groß, kräftig, hat dunkelblondes, lockiges Haar,
trägt eine gelbe dünne Jacke, eine grüne Tappe, eine gelbe wild-
lederne Sportstiefel, dunkelbraunliche Samakleider mit grünen Rändern,
ein beigefarbiges Sporthemd mit den Buchstaben S. G. — Ferner
wird vermißt seit dem 17. Mai der 16jährige Schlosserlehrling
Herbert Köhlich, geboren am 31. Mai 1910 in L.-Schönefeld,
Stannebeinplatz 13 wohnhaft. Er ist 1,60 Meter groß, mittelstark,
hat braunes, dichtes Haar, blaue Augen. Besonderes Merkmal ist
das linke abgehende Ohr. Bekleidet ist er mit dunkelbraunem

Jackett, schwarzen Schürhalschuhchen, lilafarbenen Strümpfen,
weißer Leibwäsche, S. N. gestrickt.

Schaufensterdiebstahl. In der Nacht zum 27. Mai ist in der
Ferdinand-Post-Straße in Leipzig-Stötterich die Schaufensterdiebstahl-
eines Geschäfts durch ein faustgroßes Stück Ziegelstein zertrümmert
und aus der Auslage eine Kiste rotes Inlet, etwa 40 Meter,
1,30 Meter breit, gestohlen worden. — Ein solcher Diebstahl wurde
in derselben Nacht in der Augustenstraße in Leipzig-Neuditz vor-
geführt. Dort wurde die Scheibe eines Fensters einer Wohnung im
Erdschoß, das als Schaufenster benutzt wird, eingeschlagen und die
dort ausgelegten Gegenstände, ein lechsfelliger schwarzbrauner
Stunkstragen mit braunem, grüngeblumtem Damast gefüllt,
vorn rund mit einem Knopf sowie ein schwarzbrauner, vierfelliger
amerikanischer Dopsstragen, runde Form mit Kette und Haken,
innen ein Stoffjacket mit dem Namen „H. Hauptvogel“ gestohlen.
Vor Ankauf der Gegenstände wird gewarnt.

Unfälle. Am 21. Mai, vormittags gegen 7 Uhr, ist im Läub-
chenweg in der Nähe der Haltestelle Läubchenweg 92 ein 17jähriger
Stereoapparat mit seinem Rade verunglückt. Der Radfahrer ver-
suchte, eine dort haltende Straßenbahn links zu überholen, ohne
sich vorher zu vergewissern, ob das Nebengleis frei war. Als er
hinter der Straßenbahn herorkam, kam ihm auf diesem Gleise ein
Straßenbahnzug entgegen, mit dem er zusammenstieß. Bei dem
Stoß geriet er unter die Schulpfortbildung. Verunfallter wurde
er aufgehoben und in ein nahe Haus getragen. Er hatte eine
Gehirnerschütterung erlitten. Außerdem war ihm sein Fahrrad
stark beschädigt worden. — In der Plagwitz Straße an der Ein-
mündung des Klügerweges ist am 26. Mai gleichfalls ein Rad-
fahrer verunglückt. Er versuchte, zwischen dem dort haltenden
Straßenbahnzuge und einem mit Steinen beladenen Geschir
hindurchzufahren. Plötzlich trat ihm ein Mann, der noch die Straßen-
bahn benutzen wollte, vor sein Fahrrad. Er stieß mit diesem zu-
sammen und kam zu Falle. Dadurch geriet er unter ein Rad des
Fahrgewagens. Er kam aber anscheinend ohne schwere innere Ver-
letzungen davon.



Politische Oblente, Parteifunktionäre in den Betrieben.

Genossinnen und Genossen!

Wir wenden uns an unsere Genossinnen und Genossen, die
als politische Oblente, Betriebsräte und Parteifunktionäre
in den Betrieben tätig sind. Der Wahlkampf für den Volks-
entscheid steht bevor; alle Kräfte müssen angespannt werden.
Unsere tätigen Parteigenossinnen und -genossen in den Be-
trieben erwacht in diesem Kampfe die besondere Pflicht, jede
Gelegenheit zur intensiven Agitation unter der Arbeiter-
schaft zu benutzen. In jeder Werkstatt, in jedem Bureau, in
jeder Fabrik, auf jedem Arbeitsplatz, in Sitzungen und Be-
triebsversammlungen muß die Aufklärung über den Volks-
entscheid getrieben werden. Wo es ermöglicht werden kann,
sind mit den zuständigen Genossen in den Betrieben Betriebs-
versammlungen abzuhalten, die im Dienste der Aufklärung
über den Volksentscheid stehen müssen. Flugblätter, Werbe-
material, Wahlzettelungen müssen verbreitet und nach dem
Leben weitergegeben werden. Es gilt, die unerfährlichen
Männer auf die Tische des Volkes zu befragen; es gilt, den
Monarchisten eine zerschmetternde Niederlage beizubringen;
es gilt, 20 Millionen Stimmen für die Republik zu sammeln!

Alle Mann, ans Werk!

Der Vorstand der SPD. Groß-Leipzig.



Aus der Umgebung

Herrfurth & Co. und die Harth.

Jedem, der nicht von heute und gestern ist, muß es nachgerade
auffallen, daß die Leute, die uns sonst stets in die Staubwolken ihrer
Kulos hüllen, die nachstehenden einen weiten Bogen um die sich
Sonntags in der Harth lagernden Profetarien machen, auf einmal
so züchend befragt um die Volksgesundheit sind. Diefelben Kreise,
die als Gesellschafter der Westend-Bodenwertungs-Gesellschaft, der
Immobilienbank usw. uns jeden Quadratmeter freien Landes an-
kauft, verlieren, entdecken auf einmal ihr Herz für grüne Flächen
und süßes Volk. Hat man je ein ungeschicktes und widerwärtigeres
Schauspiel erlebt als diesen „Kampf“ um die Harth?

So verlaugt man jetzt, da das Gesamtprojekt nicht zu Fall zu
bringen war und zahlreiche Unternehmer am Ausbau höchst ver-
dient haben, von den staatlichen Sächsischen Werken als Ausgleich
den Ankauf großer Waldflächen. So, sagt man, ihr ollen christlichen
Harth-Erhalter: Kann denn dieser für die Volksgesundheit so unent-
behrliche Wald von den derzeitigen Besitzern der Allgemeinheit erst
dann zugänglich gemacht werden, wenn er den Sächsischen Werken
als Preis für ein Wein gebunden worden ist? Feine Moral! Ihr
müht doch die Leipziger für von ungläublich kurzem Bestand halten.
Aber, nicht wahr? Nehmen ist ja doch bei euch selber als Gebell!
Auch das Geld des euch sonst so verhassten Freistaates sinkt natür-
lich nicht! Und die staatlichen Werke sollen und dürfen eben nicht
auf die Beine kommen, sie könnten ja sonst eines Tages preisgeben
auf den Kohlenmarkt einwirken. Hätte ein privater Unter-
nehmer sich angeeignet, die Harthhöhe abzubauen, hätten die L. N.
niemals versucht, die Volksseele ins Rollen zu bringen. So aber
wird es den Oberen in dem Braunkohlenindustrialschloßchen in der
Kocherstraße angeht der modernen Maschinen in Böhlen und der
mächtigen Kohlenlager doch etwas unbehaglich zumute. Das ist des
Bubels Kern! Wie man dem Volke so gern die Religion erhält und
der herrschenden Klasse dadurch die Macht, so will man heute den
Leipzigern die Harth erhalten und dem Privatkapital den Kohlen-
abbau und die Preisbildung. Und im Interesse des heiligen Pro-
fets ist natürlich jedes Mittel recht.

Fährt irgendein ungeschickter oder rasender Automobilist bei
Böhlen seinen Wagen zum Teufel, so ist dies den L. N. ein will-
kommener Anlaß, in Entrüstung zu machen über die „unmöglichsten“
Böhlener Straßenverhältnisse. Dabei weiß jedes Kind, daß es in

einem Braunkohlenabbaugebiet nicht ohne Straßenverlegungen
abgeht.

Wenn ins Finanzministerium in Dresden ein neuer Herr ein-
zieht, so ist das den L. N. erwünschteste Gelegenheit, ihn an die
von Herrn Reinhold gegebenen „Versprechungen“ zu erinnern.

Man macht übrigens nicht nur in Volksgesundheit, sondern auch
in Heimatkunde zur Zeit besonders außerordentlich rührend Reflake.
Es ist das alte Jesuitenrezept: Mit der fremden Angelegenheit auf-
treten, um mit der heimlichen abzugehen. (Stralian, Handoratel,
Nr. 144.) Wie werden da z. B. die „armen“ Zschwitzer Bauern be-
mitleidet, daß sie von ihrer „angestammten“ Scholle vertrieben
werden. In Wirklichkeit streichen sie natürlich schmunzelnd die recht
ansehnlichen Verkaufsummen ein und amüßieren sich höchlich über
die gepöhlten L. N. Sie kennen auch die schlatternde Knast des
Herrn Herzlich um seinen großen Park am Rande der Harth. Daher
auch die Forderung, die Harth zum Naturschutzgebiet zu erklären.

Ebenso wie Zschwitze ist Witzsch bei Zorna ein unter-
geordnetes Dorf. Aber da schweigt natürlich der ganze rechtschende
Blätterwald sehr bereit; denn in diesem Falle handelt es sich näm-
lich um private Gruben. Man stößt da höchstens einmal etwas im
Feuilleton von einem Aukroium oder von der Großzügigkeit der
heutigen Industrie, die es fertigbringe, ein ganzes Dorf zu ver-
pflanzen. Wenn zwei daselbst tun, so ist es eben nicht daselbst.

Sehr reichvoll ist es auch, eine Parallele zu ziehen mit Truppen-
übungsplätzen. So mühen z. B. in Klengra bei Magde-
burg nicht weniger als die fünf Dörfer und selbständigen Güter
Gloine, Thümer, Niesed, Klühse und Briesenthal vom Erdboden
verschwinden, damit die wilhelminischen Artilleristen sich besser im
Zerschören menschlicher Werte üben konnten. — Wo waren denn da
die edlen Menschenfreunde vom Peterssteinweg?

Es ist eine alte Erfahrung, daß das Kapital (und damit Herr
Herzlich) jederzeit dienstwillige, subalterne Leute gefunden hat, wie
Dubschützgermeister und -schuldirrektoren, die ihre sonstige Un-
bedeutendheit hier durch lautes Mundaufreißen kompensieren
können.

Jeder Klassenbewußte Arbeiter wird daher seine ganze Auf-
klärungsarbeit dahin richten müssen, zu verhindern, daß sich sogar
Proletarier in diesen Denksnebeln bewegen. Wir begrüßen auf jeden
Fall diesen (wenn auch noch durchaus auf kapitalistischer Grundlage
stehenden) gemeinwirtschaftlichen Versuch. Der Naturfreund aber
wird die Harth noch mindestens ein Menschenalter lang genießen
können, und wenn sie wirklich verschwände, das kleine Opfer
bringen und ein Stück weiter wegzufahren, etwa Dübener Heide,
Blauhald, Wernsdorf-Subertusburger oder Zeller Forst. Wir
können aber beruhigt sein; denn es liegen seit langem
Pläne vor, noch ehe die L. N. und der zu diesem Zwecke auf-
gegebene Harthverein ihr Geßliff erhoben, das ausgeföhlte Gebiet
in so großzügiger Weise aufzuforschen, wie es kein Privatunternehmer
jemals bisher getan hat. Aus rein wirtschaftlichen Erwägungen
heraus können wir die reichen Kohlenorkommen auf der Schwem-
mlandsunge zwischen Elster und Pleiße nicht ungenutzt lassen. Und
daß sie der Staat hebt, das muß uns als Sozialisten besonders wert-
voll sein.

Quasitz-Bühlsena. Eine Freidenkerversammlung der
Neuen Feuerbestattungsanstalt organisierter Freidenker wird am Sonn-
abend, den 29. Mai, abends 7/8 Uhr, im Kasino abgehalten mit der
Tagesordnung: Anschließ an den Bund sozialistischer Freidenker.
Jedes Mitglied muß erscheinen.

Stahmeln. Tödtlich überfahren. Am Freitagnachmittag
wurde der in Stahmeln wohnhafte Arbeiter Görbing von einem
Wagen der Leipziger Ruhendbahn, der in der Richtung Schleußig
fuhr, erfasst. G., der schwerhörig ist, geriet unter die Räder des
Motowagens und konnte erst durch die Leipziger Feuerwehr, die
den Wagen heben mußte, aus seiner gefährlichen Lage befreit
werden. Bedauerlicherweise war Görbing, der Frau und Kinder
hinterließ, inzwischen verstorben.

Eltenburg. Ein Schadenfeuer, welches leicht schwerere
Folgen hätte haben können, brach Donnerstagsnachmittag in dem
Grundstück Torquauer Straße 60 aus. Hier befindet sich bekanntlich
der Gasthof Stadt Berlin. In einem seiner Hintergebäude, das
Bewohnungen und darüber einen Heuboden enthält, war das auf
diesem lagernde Heu in Brand geraten. Die Feuerwehr wurde
sogleich benachrichtigt und war schnell zur Stelle. Ihrem tatkräftigen
Zugreifen gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.
Der an dem alten Gebäude angerichtete Schaden ist nur unwesent-
lich. Die unter dem Heuboden wohnenden Familien Richter und
Koch mußten ihre Wohnungen räumen, da eine Deckschicht aus
draht und auch sonst Gefahr bestand. Feuerwehrmann Ziegert er-
litt dadurch eine Verletzung, daß ihm eine Leiter aufs Bein fiel.
Das Feuer ist dadurch entstanden, daß ein Ofenrohr, welches aus
dem unteren Teil des Hauses durch den Heuboden in die Esse ge-
leitet war, Funken herausgelassen hat.

Eltenburg. Wieder ein Unglücksfall in der D. C. F.
Vor acht Tagen explodierte eine Presse, wobei der Vorarbeiter
Moritz sein Leben lassen mußte. Acht Tage später ist in den Köh-
renpressen ein neuer Unglücksfall zu verzeichnen. Der Vorarbeiter Henje
ist an beiden Armen verletzt worden.

Wochenpielplan

Neues Theater. Sonntag, 7 Uhr: Die Hochzeit des Figaro;
Montag, 7 Uhr: Margarete; Dienstag, 7 Uhr: Die Hochzeit des
Figaro; Mittwoch, 7 Uhr: Feuersnot; Donnerstag, 7 Uhr:
8 Uhr: Ariadne auf Naxos; Freitag, 7.30 Uhr: Samson und Dalila;
Sonntag, 7.30 Uhr: Der Freischütz; Sonntag, 8 Uhr: Salome.
Altes Theater. Sonntag, 8 Uhr: Die Keiserbräutigam; Montag,
8 Uhr: Julius Caesar; Dienstag, 8 Uhr: Der Vär, Die Heirat;
Mittwoch, 8 Uhr: Dipsolung; Donnerstag, 8 Uhr: Geisterbau; Frei-
tag, 8 Uhr: Geisterbau; Sonntag, 8 Uhr: Geisterbau; Sonntag,
8 Uhr: Der frühliche Weinberg.
Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, den 30. Mai, bis Sonn-
tag, den 6. Juni, täglich abends 8 Uhr: Der Garten Eden.
Neues Operntheater. Sonntag, 3 Uhr: Schwarzwaldmädel;
7.30 Uhr: Dillig Polli; Montag bis Sonntag, 7.30 Uhr: Dillig Polli.
Altes Theater. Sonntag, 8.15 Uhr: Der doppelte Friedrich;
Montag, 8.15 Uhr: Die von der Liebe leben; Dienstag bis Sonn-
tag, abends 8.15 Uhr: Die von der Liebe leben.
Wattenberg-Theater. Sonntag, 8 Uhr: Der Schusterprozess;
Montag, 8 Uhr: Der Schusterprozess; Dienstag bis Sonntag, abends
8 Uhr: Und die Liebe hört nimmer auf.

Möbel — Bekleidung — Wäsche — Schuhe
Solide Qualitäten! Angenehmste Zahlungsbequemung!
M. Rath & Co., G. m. b. H., Kurprinzstraße 5, I.

Das beste Küchenhilfsmittel ist und bleibt

Nicht überwürzen! Wenige Tropfen genügen, da sehr ergiebig.



— Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze. —

MAGGI'S Würze!

Gewerkschaftsbewegung

Deutsche Realloöhne.

Die deutschen Unternehmer und ihre Syndikate suchen bei jeder Gelegenheit zu beweisen, daß die Realloöhne der Arbeiter jene der Vorkriegszeit übersteigen und deshalb die Kollektion von Lohnforderungen über der Lohnabgabe herabgesetzt und für die Gesundheit der Wirtschaft notwendig wäre. Die gesunkene Kaufkraft und die Unterfunktion der arbeitenden Massen beweist das Gegenteil. Das von den Sachverständigen der Unternehmer erbrachte Zahlenmaterial über die Höhe der Realloöhne enthält jeder Beweischarakter, da es zugunsten der Lohnpolitik der Unternehmerverbände zusammengestellt und eine Nachprüfung unmöglich ist, solange die rechtlichen Unterlagen dem Nachprüfenden auf der Seite der Arbeiter fehlen. Nun hat die Bremer Arbeiterkammer, eine zweifellos objektive Behörde, eine genaue Berechnung über den Reallohn eines bestimmten Kreises von Arbeitern vorgenommen. Durch die Lohnstatistik dieser Kammer wurden rund 21.000 Arbeiter erfaßt.

Den Berechnungen der Tabellen und der Lohnkurven ist der Wochenverdienst inklusive der tatsächlich verdienten bzw. gezahlten Afford- oder Prämienzuschläge in der tariflich festgelegten Arbeitszeit zugrunde gelegt. Der Reallohnberechnung dient die durch das Statistische Landesamt Bremen errechnete Index für die Kosten der Lebenshaltung einschließlich Wohnung, Bekleidung und sonstige Bedürfnisse. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Wochenverdienst des Bremer Erwerbsarbeiters (Gross-Durchschnitt)	Bremer Lebenshaltung- index	Reallohn	
			Nach- arbeiter	angeleit. Arbeiter
1914	31,90 Mk.	100	100	100
Januar	36,75	133,7	72,2	79
Februar	36,75	133,3	75,8	81,8
März	38,25	132,6	84,4	86,6
April	36,25	132,5	87,3	89,1
Mai	36,25	135,4	86,3	89,1
Juni	36,25	140,1	85,2	87,5
Juli	36,25	144,7	84,9	86,6
August	36,25	143,3	87,7	88,6
September	36,25	143,8	87,8	90,7
Oktober	36,25	139,9	91,6	93,5
November	36,25	138,6	92,3	94,8
Dezember	36,25	139,6	88,5	92,2

Diese Zahlen beweisen, daß der Reallohn der Vorkriegszeit noch nicht einmal erreicht ist. Sider liegen die Lohnverhältnisse im Jahre 1926 nicht viel anders, denn die Löhne sind bei gestiegenen Lebenshaltungskosten zum Teil abgebaut worden. Daß die Realloöhne nicht höher sein können, geht auch daraus hervor, daß die Kaufkraft auch der noch im Produktionsprozess stehenden Arbeiter stark gesunken ist, was sich in den sich verzeichnenden Absatzschwierigkeiten der Konsummittelindustrie auswirkt. Diese niedrigen Realloöhne verschärfen die Wirtschaftskrise und erschweren eine Belebung der Wirtschaft.

Ein schnelleres Wiederingangehen der Wirtschaft und eine Besserung des Beschäftigungsgrades erfordert Erhöhung der Löhne, was zur Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung führt. Die deutschen Unternehmer aber sind so kurzfristig und tun das Gegenteil. Dadurch verschärfen sie die Quelle, von der der Wirtschaft neue Nahrung zugeführt werden kann. Daher dienen die Gewerkschaften nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der gesamten Wirtschaft, wenn sie bemüht sind, das Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger zu steigern.

Angestellte der Atlas-Werke als Streikbrecher!

Bevor die Direktion der Atlas-Werke den Lohn- und Affordabbau bei den Angestellten durchgeführt hat, hatte sie bereits vorher einen Gehaltsabbau bei den Angestellten durchgeführt. Zum Dank dafür haben sich einige Angestellte gefunden, welche an Stelle der im Streik stehenden Arbeiter deren Arbeit verrichten.

So betätigt sich der bisher als Terminverfolger angestellte Willi Hoder, wohnhaft Stötteritz, Rudolf-Berrmann-Straße 16, I., als Aushilfsarbeiter. Dieser soll neben seinem Gehalt noch eine monatliche Rente als abgehauener Offizier in Höhe von 250 RM. beziehen. Die gleiche Arbeit wird von dem Lageristen Müller, wohnhaft Brandvorwerkstraße 7, ausgeführt.

Es ist wohl anzunehmen, daß die beiden ihre jetzige Arbeit als besondere Ehrenarbeit ansehen und es dankbar begrüßen, daß die breite Öffentlichkeit hierdurch darauf aufmerksam gemacht wird.

Die Arbeitsmarktlage im besetzten Gebiet.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete über die Arbeitsmarktlage im besetzten Gebiet zugegangen, die von der Reichsarbeitsverwaltung ausgearbeitet worden ist. Die Denkschrift schildert die Arbeitsmarktlage im Reich und in Rheinland-Westfalen, skizziert die Kräfteverteilung auf dem Arbeitsmarkt des besetzten Gebietes vor und nach dem Krieg und behandelt eingehend die Auswirkungen des Ruhrsturzes auf den Arbeitsmarkt.

Der Ruhrsturz hat in der Wirtschaftsstruktur des besetzten Gebietes starke Veränderungen hervorgerufen, die den früheren Beschäftigungsgrad dauernd unmöglich zu machen drohen. Das frühere Verhältnis zwischen den rheinisch-westfälischen Zahlen und denen des übrigen Reichsgebietes ist bis heute nicht wiederhergestellt worden. Der Vergleich zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten fällt dauernd außerordentlich stark zugunsten des besetzten Gebietes aus. Am 1. Januar 1923 wurden im gesamten besetzten Gebiet nur 2072 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; hiernach entfielen also auf 1000 Einwohner nur 0,3 Unterstützte, während zwei Jahre später, am 1. Januar 1925, im besetzten Gebiet 174.958 Hauptunterstützungsempfänger, d. h. 17,1 v. T., gegenüber 7,3 v. T. der Einwohner im unbesetzten Gebiet gezählt wurden. Besonders schlimm ist die lange Dauer der Erwerbslosigkeit der Arbeitslosen

des besetzten Gebietes. So entfielen am 1. September 1924 auf das besetzte Gebiet 77.818 langfristige Erwerbslose, d. h. 7,8 v. T. der Einwohner, während im unbesetzten Reichsgebiet an diesem Tage nur 43.513 Erwerbslose langfristige, also 0,9 v. T., unterstellt wurden. Nach neun Monaten (1. Juni 1925) war dieses Verhältnis immer noch 3,4 zu 0,4 und am 1. April 1926 3,7 zu 1,0. Nach den Feststellungen in Köln und Oberhausen sind die langfristigen Erwerbslosen meist ungebildete, über 45 Jahre alte Arbeiter.

Abstimmung der Lebensmittel- und Getränkearbeiter um den Einheitsverband.

Am 25. Mai hielten die Lebensmittel- und Getränkearbeiter Leipzigs eine Mitgliederversammlung ab. Der wichtigste Tagesordnungspunkt dürfte die Verschmelzung mit den Bäckern, Fleischhändlern und Lebensmittelarbeitern gewesen sein. Schon in dem Jahre 1921 fand hierzu eine Abstimmung statt, die leider eine Mehrheit für den Zusammenschluß nicht brachte. Die in Frage kommenden Verbände in Leipzig sind schon seit 1920 immer bemüht gewesen, bei aktuellen und internationalen Gewerkschaftsfragen gemeinschaftliche Versammlungen abzuhalten. Vom 6. bis 13. Juni sollen die Mitglieder nochmals die Entscheidung fällen. In der Versammlung wurde durch ein Referat des Kollegen Sendig nochmals ein Rückblick gegeben und auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses hingewiesen. Möge jedes Mitglied der Verbände seine Stimme für große einheitliche Industrieverbände abgeben. Auch die als Gäste von den Fleischhändlern anwesenden Kollegen drückten ihre Sympathie zur Vereinigung aus. Mit dem überzeugten Willen, jeden zur Wahl aufzufordern und endlich eine klare Entscheidung zu fällen, wurde die Versammlung geschlossen.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Am 13. April wurde eine Lohnbewegung der Brauereiarbeiter eingeleitet. Die Brauereiarbeiter hatten einen Spitzenlohn von 47 RM. Bei dem knappen Lohn ist es nicht möglich, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Man denke nur an die hohen Mieten und die hohen Preise. Eine Forderung von 10 Prozent wurde eingereicht, die Verhandlung am 26. April mit den Unternehmern brachte jedoch nichts. Nach Angabe der Brauereien sind diese in einer ganz schlechten Lage. Die Brauereiarbeiter rüsteten zum Kampf. Die Unternehmer suchten Hilfe beim Schlichtungsausschuss, wo Herr Professor Dr. Lutz Richter als Vorsitzender fungierte. Auch in Dresden und Berlin liefen Lohnbewegungen, die nicht ohne Einfluß auf die Leipziger waren. Die Berliner stehen augenblicklich noch Gewehr bei Fuß, während in Dresden 1 Mt. durch Vereinbarung erzielt wurde. Der Schlichtungsausschuss Leipzig konnte sich nicht entschließen, die Notlage der Brauereiarbeiter durch eine Zulage etwas zu lindern. Ein Schiedspruch brachte ab 1. Mai 1926 eine Lohnzulage von 75 Pfg. pro Woche, so daß die Löhne in Klasse 1: 47,75 Mt., Klasse 2: 45,35 Mt., Klasse 3: 43.— Mt., Klasse 4: 38.— Mt., für Frauen und Jugendliche 28,65 Mt. wöchentlich betragen. Betrachtet man die Abschlässe in der Brauereindustrie, so kann mit gutem Recht behauptet werden: eine zehnprozentige Lohnausbesserung hätte die Brauereien nicht zum Ruin gebracht. Man merkt aber, daß auch in der Brauereindustrie als Parole *Lohnabbau* gilt.

Die Brauereiarbeiter werden weiter zum Kampf rufen und ihn zur gegebenen Zeit aufnehmen müssen. Es sei denn, es kommt die Gegenseite zu der besseren Einsicht, auch den Brauereiarbeitern auskömmliche Löhne zu geben. Wollen die Brauereien den Kampf haben?

Vorstoß gegen die Sonntagsruhe im Konditoreigewerbe.

Der Deutsche Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiter-Verband und der Gewerksverein deutscher Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe haben an die Fraktionen des Reichstages eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Abgeordneten Sonnen, Karlstraße, und Eiser, Cusfährden, mit Unterstützung der Zentrumsfraktion an den Reichstag folgenden Antrag gestellt haben:

Der Reichstag wolle beschließen, dem § 105a Absatz 1 der Gewerbeordnung folgenden Nachsatz anzufügen:

„Als solche gelten unter andern auch Arbeiten zur Herstellung von Eis, Creme- und Früchtespeisen, die erst kurz vor dem Genuss fertiggestellt werden können.“

In der Eingabe wird dazu gesagt: Es handelt sich bei dem § 105a um Ausnahmen von der im § 105b vorgeschriebenen Sonntagsruhe, und diese Ausnahme soll nach der erwähnten Ziffer 4 Platz greifen „auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Nahrungsmitteln oder des Mißlingens von Arbeiterorganisationen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können“. In diesem Wortlaut soll also obenstehender Nachsatz kommen.

Die Innungspraxis sagt ihrer Mitteilung hinzu: „Um eine rasche Erledigung herbeizuführen, wurde erreicht, daß dieser Antrag sofort auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt wurde.“

Die zwei unterzeichneten Arbeitnehmerorganisationen in Bäckern- und Konditorengewerbe erheben alle Reichstagsfraktionen dringend, den Antrag abzulehnen! Die moderne Technik in den Konditorei- und Bäckereibetrieben hat sich längst darauf eingestellt, die genannten Speisen, auch wenn sie schon am Vortage des Sonntags angefertigt werden, so zu konservieren, daß sie weit über 24 Stunden hinaus vollständig einwandfrei erhalten bleiben. Neue Erfindungen auf diesem Gebiete sind an der Tagesordnung; so greift beispielsweise die Verwendung des sogenannten Rahmweisses, das sich tagelang vorzüglich verwenden läßt, auch in Deutschland immer weiter um sich. Die Antragsteller erhoffen nur, (wie die Erfahrung schon immer gezeigt hat), daß, sobald ihnen die Herstellung der „leichtverderblichen Ware“ erlaubt ist,

eine Betriebskontrolle an Sonntagen aufhören muß und sie dann nicht nur die „leichtverderblichen“, sondern auch jede andere Ware wieder anfertigen können. Die Annahme des Antrages würde bedeuten, daß nicht nur in der Konditorei, sondern im gesamten Backgewerbe die Sonntagsarbeit wieder in vollem Umfange zur Einführung käme.

Die Arbeitnehmerorganisationen protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Pläne. Die Konditorei ist ein Gewerbe, das trotz der wirtschaftlichen Not es verstanden hat, seine Betriebe in großer Zahl zu vergrößern und bestehende Unternehmen auszubauen und glanzvoll auszustatten. Dieses Gewerbe gehört in keiner Weise zu den notleidenden, und es wäre für die deutsche Sozialpolitik ein beschämendes Zeugnis, wenn gerade der Bäcker- und Konditoreiarbeiter wieder das Recht auf die Sonntagsruhe einbüßen sollte. Sie werden sich mit ihrer ganzen Kraft einer solchen Geheißung entgegenzusetzen und erheben zur Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Kämpfe sämtliche Reichstagsfraktionen, welche, alle Anträge, die auf eine Verschlechterung der gegenwärtigen Schutzbestimmungen für die Arbeiterkraft in den Bäckereien und Konditoreien hinauslaufen, ablehnen!

Kommunistische Niederlage in Halle.

Bei der am Freitag vorgenommenen Neuwahl des Ortsausschusses Halle des DGB, erlitten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Trotz aller erdenklichen Bemühungen, den Kartellvorstand wieder in ihre Hand zu bekommen, wurde der alte, als für Sozialdemokraten bestehende Kartellvorstand mit 16 gegen 27 Stimmen wiedergewählt. Kur in Folge der Vermehrung der Vorstandssitze von 5 auf 7 wurden zwei auf dem Boden der Antierdamer Gewerkschaftsinternationale stehende, zur Zeit noch der KPD. angehörende Gewerkschafter mit hinzugewählt.

Zur englischen Kohlenkrise.

II. London, 28. Mai. Der Kohlenausfluß hat heute die Einzelheiten einer wichtigen Erklärung seitgeleigt, die Premierminister Baldwin zu Beginn der nächsten Woche im Unterhaus abgeben wird. Im Anschluß an diese Erklärung wird eine große Debatte erwartet. Die Regierung hat sich entschlossen, die Verlängerung des Ausnahmestandes um einen weiteren Monat durchzuführen. Maßnahmen zur Einschränkung des Kohlenkonsums wurden schon heute allenthalben durchgeführt. Die Gemeinden übernahmen die Lagerung und Verteilung der Kohlenvorräte. Die Hoffnung auf die Einfuhr ausländischer Kohle ist nicht sehr groß, denn der normale Kohlenverbrauch Englands beträgt pro Woche drei Millionen Tonnen, und das Ausland nicht ohne weiteres zu liefern vermag. — Die holländische Transportarbeitervereinigung hat erklärt, von sich aus alles zu tun, um im Bereich mit den ihr angeschlossenen Organisationen die Transportarbeiten der Kohle auf dem Rhein und im Hafen von Rotterdam zu verhindern.

Internationale Unterstützung der englischen Bergarbeiter.

II. London, 28. Mai. Den Bergarbeitern sind durch die Internationale Bergarbeiterföderation folgende Beihilfen zugegangen: Aus Deutschland 5000, aus der Tschechoslowakei 1000, aus Österreich 145, aus den Niederlanden 100, aus Belgien 750, aus Jugoslawien 60 Pfd. Sterling. Aus Deutschland wurde ein weiterer Betrag von 5000 Pfd. Sterling in Aussicht gestellt, und die Niederlande haben zugeagt, während des ganzen Streiks wöchentlich 100 Pfd. Sterling zur Verfügung zu stellen.

Der Dank der Besessenen.

II. London, 28. Mai. Die Nationalspende zugunsten der britischen Polizei, die den Dank der Bevölkerung für die Haltung der Polizei während des Generalstreiks zum Ausdruck bringen soll, hat bereits mehr als 200.000 Pfd. Sterling ergeben.

Tagung für Gewerbehygiene in Düsseldorf. In der Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts kündigte der Direktor Albert Thomas an, daß der Ausschuss für Gewerbehygiene im September anlässlich des Kongresses für Gewerbekrankheiten in Düsseldorf zusammentreten wolle.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Sonntag, den 30. Mai. 8,30-9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche (Prof. Ernst Müller). 9 Uhr: Morgenfeier. 11-12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11-11,30 Uhr: 65. und letzte Vorlesung über Charakteristika aller Zeiten. „Naturforscher“. Priv.-Doz. Dr. Wegand von der Leipziger Universität: „Goethe als Naturforscher“. 11,30-12 Uhr: Vortragsreihe: „Alter Volksglaube und moderne Forschung“. 8. Vortrag: Dr. Kammer: „Bei Tieren“. 12-1 Uhr: Weimarer Musikalische Stunde. Mitwirkende: Leo Becher (Englisch Horn), Xaver Wang (Gesang), Ernst Laylo (Klavier). 1-2,30 Uhr: Ueberrtragung der Feiern des Bundesvorsitzenden des Deutschen Stenographen-Bundes, Reg.-Rat A. Blauert: „Ein Volk — eine Kurzschrift“ anlässlich der 64. Landes-tagung des Sachl. Stenographenverbands in Aue. 3,30 Uhr: Funkheimelmann von Hans Bodenstedt-Hamburg. Ueberrtragung von Berlin. 4,30 Uhr: Hörspiel: Wenn der junge Wein blüht. Lustspiel in 3 Akten von Björnjerne Björnson. 7-8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 7-7,30 Uhr: Vortragsreihe: „Werbekunst“. 1. Vortrag: Prof. Dr. Feiler von der Leipziger Kunstakademie: „Künstlerische Religion“. 7,30-8 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): „Die Geschichte des Sudeten-Deutschtums“. 8,15 Uhr: Dresden: Wiener Blüt. Operette in 3 Akten von Victor Léon und Leo Stein. Musik von Johann Strauß. Anschließend (etwa 10,30 Uhr): Sportklub.

Miete und Teilzahlung billigt Ingenieur Hugo Radio. Schmidt, Weststr. 53, (Ecke Plagw. Str.) T. 23860.

Leinen

Mdch. weiß Leinen-Spangenschuhe Gr. 36-39 5,90, Gr. 31-35 5,40, Gr. 27-30 4,80, Gr. 25-26 . . . 4,20

Damen weiß, grau u. schw. Spangenschuhe mit geraden Absatz, sowie weiß Leinen-Pumps mit geschweif. Absatz. 5,90

Dam. weiß Leinen-Spangenschuhe mit Verzierung, mit 2 Spangeln oder . . . 6,50

Weiß u. grau Leinen-Spangenschuh wie Abbildung . . . 5,90

Sandalen

Braun Rindleder-Sandalen durchgenähte Unterböden, Gr. 38-42 4,90, Gr. 31-35 3,90, Gr. 27-30 2,90, Gr. 23-26 . . . 2,45

Braun glatt Rindleder-Sandalen mit biersamer Doppelsohle Gr. 43-46 8,50, Gr. 36-42 7,50, Gr. 31-35 6,50, Gr. 27-30 5,20, Gr. 23-26 . . . 4,20

Sport- u. Turnschuhe

Tennisschuhe, weiß Leinen mit Chromleder- sohle, Herren 7,50, Damen . . . 6,50

dieselben, mit Gummibesatz und Gummirepe- sohle (auch als Kletterschuhe geeignet), Herren 7,50, Damen . . . 6,50

Turnschuhe, grau Segeltuch mit Chrom- oder Gummisohle, Gr. 43-46 3,90, Gr. 36-42 3,50, Gr. 31-35 2,90, Gr. 27-30 2,50, Gr. 23-26 . . . 2,20

Herren-Sportstiefel (Pflanzenschuh)

Ia Rindbox mit Doppelsohle, braun 22,50, schwarz . . . 19,50

Ia Sportrind mit durchgehender Doppelsohle, Orig.-Goodyear Welt, zwisch genäht, braun 29,50, schwarz . . . 28,50

Braune Herren-Schnürstiefel (Orig. Goodyear Welt)

Ia. Boxcall vorzügliche Qualität und Paßform . . . 17,50

Ia. Boxcall, mit Doppelsohle (empfohlens- werte Wanderstiefel) . . . 19,50

Verkaufsstelle
Conrad Tack & Co., G. m. b. H.,
Leipzig
NUR Hainstraße 16/18 Tel. 13576

Tack & Co. A.G.
Burg b. M.



Das Erdöl ist heute einer der geachteten Stoffe, die unser Planet bietet. Man sagt vielleicht nicht mit Unrecht, daß das Del im Wirtschaftskampf der Weltmächte dieselbe Rolle einzunehmen beginnt, wie die Erdmetalle im Zeitalter der großen Entdeckungen.

Die ungeheure Bedeutung, die das Erdöl im heutigen Wirtschaftsleben der Kulturvölker erlangt hat, ist nicht von ungefähr. Motorfahrzeuge, Autos, Flugzeuge und Luftschiffe brauchen die Destillationsprodukte des Erdöls zur Fortbewegung.

Stelle unter den Erdölproduzenten nimmt Mexiko ein. Andere Länder stehen weit dahinter oder können sich überhaupt keiner Erdölblauschute erfreuen.

Daß auch Deutschland Bezirke ausweist, wo Erdöl gewonnen wird, ist nicht so allgemein bekannt. Freilich fällt die deutsche Produktion gegenüber der in anderen Ländern nicht sehr ins Gewicht; wird doch bei uns nur der zweitaußendste Teil des Weltbedarfs erbeutet.

Forstner nach dem Ursprung des Erdöls nehmen an, daß es aus tierischen und pflanzlichen Resten stammt, die vor unvorstelligen Zeiten auf dem Grunde des Wassers sich absetzten und dann von Sand, Schlamm und Geröll nach und nach verdrückt wurden.

idylischen Stammt, unterstützt diese These. Die Gebiete, wo Del gefördert wird, haben einen eigenartigen Charakter. Meistens, in unregelmäßiger Folge aufgebaut, stehen die Pumpen, Bohrtürme, Pajiss und Tanks, bald auf der Heide und im Wald, bald inmitten von Häusern und Gärten.

Im Herbst vorigen Jahres wurde im Riechagener Gebiet eine Bohrung fündig, bei der Erdöl, Gas und Wasser aus dem Bohrloch 30 Meter hoch emporgeschleudert wurden. Von einer anderen fündig gewordenen Bohrung bei Deynhausen wird berichtet, daß in der Minute 500 Liter Del gewonnen wurden.

Das Erdöl hat der Kohle große Konkurrenz bereitet. Aber schon beginnt die Kohle sich dafür zu „rächen“. Die Frage der Vergütung sämtlicher Kohlenarten zum Zwecke der Delgewinnung ist bereits gelöst.

Advertisement for Nordheimer shoes. Features large text: 'SERIENTAGE 12.50', '14.50', '16.50', '19.50'. Includes descriptions of shoe series and the Nordheimer logo.

Gesellschaftshaus
Felsenkeller
 Größte und schönste Vergnügungstätte Leipzig-W.
 Morgen Sonntag, ab 5 Uhr
Großes Elite-Ball-Fest
 mit Leipzigs anerkannt bestem Ballorchester
 Bei günstiger Witterung im Garten: **Künstler-Konzert**.
 Eintritt frei!
 Straßenbahn 2 und 3 — Fernruf 40119

Concordia-Festsäle
 Leipzig-Nord, Gohliser Straße 42 Tel.: Bureau 19042, Wirtschaftsbetrieb 19083 - Straßenb. 9, 12, 20
 Morgen Sonntag ab 6 Uhr:
Der bekannte vornehme Ball
 Kapelle Hardt Neumann (20 Tonkünstler)
 Touren-Tänze! Touren-Tänze!
 Nachmittags von 4-7 und abends von 8-11 Uhr:
Großes Garten-Konzert.
 Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus.
 Zum Ausschank gelangen
die guten Riebeck- u. Naumann-Biere

Neu! Neu!
Kaffeehaus Koch
 Königsplatz Königsplatz
 Expres-Kaffee-Ausschank
 Türkisches Mokka-Büfett
 Imbiß zu jeder Tageszeit
 Kein Bedienungsgeld
 Verkauf und Ausschank Mokka-Etti

Gosenschlößchen
 Leipzig - Eutritzsch
 Morgen Sonntag
Grosses Ballfest
 Montag: Der beliebte Montags-Ball.
 Tanz frei! Tanz frei!

Festpalast
Goldener Helm
 L.-Eutritzsch, Straßeb. 16, Fernr. 17483 (53483), Größestr. 24
 Morgen 11 Uhr: **Frühstücken-Konzert**.
 Ab 3 Uhr: **Garten-Freikonzert**.
 Ab 5 Uhr:
Der große Ballbetrieb
 Tanz frei! Tanz frei!
 In der Diele: **Jazzkapelle Wadsack**
 Voranzeige: Sonnabend, den 5. Juni:
Sr. Militär-Konzert und Ball.

Schillerschlößchen
 L.-Go Menckestr. 43, Stüb. 6, 7, 9, 12, 20, Tel. 50378
 Morgen Sonntag **Großer Ball**
 Hauckes Tanzsport-Orchester
 mit Rudi Hornl, die sensationelle Stimmskanone.
 Tanz frei! Eintritt: Herren 1 - 4, Damen 80 s. Tanz frei!
 Bei günstiger Witterung: **Garten-Freikonzert**.
Montag: Damen-Ball
 Da ist Betrieb.

Schlößmühle Naunhof
 Inhaber Oswin Söllner
Größtes Gartenlokal direkt am Wald
 Angenehmer Familienaufenthalt
 Beliebter Ausflugsort — Sportplatz
 Schwimmbad — Autogarage

Gasthof Lindennaundorf.
 10 Minuten vom Bahnhof Mittich empfiehlt Klubs und Vereinen für Sonntags keine Lokalitäten: Tanz-Saal, Vereinszimmer mit Klavier, Reiselbahn, 2000 am Weltwies.
 Morgen Sonntag, den 30. Mai:
Kucheneffen — Festwiese.

Reformbetten-Rockstroh
 Spezial-Geschäft
 Nicolaistr. 10
 Preisw. Qualitäten
 Reichh. Mutterlag.
Telephonisch
 können Interate nicht
 angenommen werden
 Expedien der Leipz.
 Volkszeitung.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.
 Oper, Montag, den 31. Mai, abends 7 Uhr, im neuen Theater: **Margarethe von Gounod**. Einzelfah. 2,50 und 1,75 Mt. 2. Platz Mitte 1,00 Mt., 3. Platz Seite 70 Pf.
Volkstümliche Symphonie-Konzerte. Für den 28. und 29. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saal des Albertnartens für Zentrum-Süden Dienstag 1. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saal der Goldenen Krone in Connewitz. Den Klavieren gewidmet. Ausgeführt vom Leipziger Symphonieorchester. Leitung Herr Kapellmeister Alfred Seidreier. Eintritt 50 Pf. Karten sind noch am Eingang zu haben.

Heute abend ab 6 Uhr
 Hochfeine
Thüringer Bratwurst
 vom Rost
Volkshaus Leipzig

Weißer Wand
 Nur noch heute und morgen ab 1/5 Uhr:
Die Sensation Leipzigs!
Mörder an Bord
 Ferner ein weiterer Großfilm:
Im Welterleuchten der russischen Revolution
 Raspuin
 Die letzte Abend-Vorstellung beginnt pünktlich 7,30 Uhr und dauert bis 11 Uhr

1/2, 1/4 u. Pfennig-Stat
 tom, Doppelkopf- u. Strohmännchen
 jeden Tag von 2 Uhr Anschlag
Zäubners Gastwirtschaft
 Frankfurter Straße 33.

LUX
 Den zartesten wie farbigen Geweben
 Gib mit LUX Seifenflocken neues Leben.
 LUX Seifenflocken sind kein Seifenpulver, sondern das edelste Reinigungsmittel für Seide, Wolle und alle feinen Gewebe. Leicht dringt der milde Schaum der LUX Seifenflocken in die feinen Poren der Gewebe und löst ohne Reiben allen Staub und Schmutz. LUX Seifenflocken erhalten selbst den empfindlichsten Stoffen ihre ursprüngliche Schönheit und Farbenpracht.
 Eine Hand voll LUX Seifenflocken, aufgelöst im Waschkessel, wirkt Wunder. LUX nie lose, nur in LUX Original-Schachteln.
 Doppelpackung 90 Pfg.
 Normalpackung 50 Pfg.
LUX SEIFENFLOCKEN
 SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G. MANNHEIM-RHEINAU

Gesellschaftshaus
 große Spielwiese für Nachtausgänge und Kinderfeste frei
 Alter Gaißhof
 Schönau

Eier
 kaufen Sie zu den niedrigsten Tagespreisen bei Eiergroßhandl.
B.L. Sassower
 Kreuzstr. 44
 Wiederverkäufer* antsprach. billiger

Konzert- u. Ball-Lokale in Leipzigs Umgebung

Bautschorf Gasthof A. verw. Fritzsche Jeden Sonntag Ball	Lindenthal Alter Gasthof Inhaber: Karl Fischer Jeden Sonntag Ball
Böhl.-Ehrenberg Große Elche Haltest. d. Straßeb. Jeden Sonntag Ball	Lützschena Gasthof Inhaber: Ernst Lindner Jeden Sonntag Ball
Böhl.-Ehrenberg Ritterschlößchen Barnock Inh.: Albert Bierögel Jeden Sonntag Ball	Markkleeberg Gasthof helterer Blick Tel. 85651, Inh. R. Uloricht Jeden Sonntag Ball
Burghausen Konzert- u. Zum Blentz Ballhaus Inh.: Rich. Hölbe, Tel. 42131 Jeden Sonntag Ball	Merkwitz Gasthof Tel. 107, Amt Taucha. Inh. Gustav Faust empfehl. seine freundl. und geräumigen Lokalitäten mit Garten sowie Ballsaal zu Ausflügen usw. Günstig zu erreichen, Endstation Mockau — Bahnh. Taucha. Jeden Sonntag Ball
Engelsdorf Gasthof Inh.: Rob. Hesse, Tel. 60672 Jeden Sonntag Ball und Gartenkonzert	Oetzsch, Gasthof zur Linde Tel. 8542 Jeden Sonntag Ball
Großdeuben Gasthof z. weißen Roß M. Kühn, T. 187, A. Gaschw. 5 Minuten vom Bahnhof Probstzaben Jeden Sonntag Ball	Schönau Neuer Gasthof Tel. 43443 Inhaberin: Joh. verw. Geißler Jeden Sonntag Ball
Großmiltitz Gasthof R. Döbel, Telefon 348 A. Markkleeberg Autoverbindung: Lindenau-Plautstraße — Großmiltitz — Markkleeberg. Von 1 Uhr ab 1/2 stündl. Letzte Rückf. 1/2, 12. Jeden Sonntag Ball	Wiederitzsch Neuer Gasthof Tel. 51750 Inhaber: P. Ackermann Schöner Ausflugsort. Herrliche Familiengärten. Endstation der Strassenbahn Linie 14. Jeden Sonntag Ball
Großpösna 1 Sternensaal! Telephon 22, Amt Liebstadtvolkwitz Inhaber: Artur Trübnerbach, Jeden Sonntag Ball	Zöbiger Damhirsch Inhaber: M. Schuk Telephon 25202 80 Minuten vom Bahnhof Oetzsch 12 Minuten von Endstation Stern-Bahn Gautzsch Jeden Sonntag Ball
Großstädteln Feldschloß Fernsprecht. Fr. Winter Jeden Sonntag Ball	Zweinaundorf Gasthof Teleph. 62711 Inhaber: B. Petzold Ab Hauptbah. (Sonntags): 2,18 3,50 5,20 7,30 8,40. Letzter Zug n. Leipzig ab 11,32. Fahrt. n. Zweinaundorf 15 Min. Derzeit entsprechender Theater- u. Ball-Saal Jeden Sonntag Ball
Knautkleeberg Gasthof z. weißen Roß H. Schlippe, Tel. 40039 Jeden Sonntag Die beliebten Ballfeste.	Zwenkau Gasthof zum goldenen Adler Inh. Hermann Ulrich Herrlicher Ausflugsort durch die Harth. 2 Verbandskegelbahnen u. Gesellschafts-saal. Schöner Garten Jeden Sonntag Ball
Leutzsch Schwarzer Jäger F. Diecke, Telephon 43848 Jeden Sonntag Ball	

Verein der Saal- und Konzert-Lokalhaber Leipzigs (G. B.)

Gasthof Neustadt
Sonntag **Großer Eliteball**.
Tanzsport-Orchester Fünftät
Keilepauken und Fanfaren.
Tanz frei.

Goldner Stern Leipzig-Böhmig
Bornaische Str. 109, Straßeb. 12 u. 13,
Fernsprecher 35430.
Jeden Sonntag von 1/6 Uhr an
Tanz- u. Sport-Orchester **Rube**
Eintritt 30 Pf.
Tanzbändchen- und Marken-Tanz
Es ladet freundlich ein
Robert Steigleder.

Gasthof Stünz
Straßenbahn 2, 3
Morgen **Großer Elite-Ball**
Neues Tanz-Sport-Orchester
Herren 1 Mt., Damen 60 Pf.
Tanz frei.

Grüne Schänke
Sonntag Ball
u. Freitag Ball

Mühlerters Festwiese
Kleinischod., E. Baumann, Fernr. 40875
Sonntag **Großer Ball**. Eintritt
u. Montag **Großer Ball**. Ballmusik.

Morkau, Alter Gasthof
Morgen Sonntag ab 5 Uhr
Großer Elite-Ball
Herz. Streichorchester. Neueste Tänze.
Eintritt Herren 1 Mt., Damen 50 Pf.
Tanz frei.

Stadt Lützen
Sonntag Ball
u. Freitag Ball

!! Volkshaus !!
Morgen Sonntag im großen Saal
Festball des T.-u. Sp.-B. **Eintracht**
(Sportler)
In allen Konzerten
Künstler-Konzerte
vom Gustav Schuke-Orchester.
Billardsaal mit 5 Billards
H. Rothbratwürste aus eigener
Kücherei.
Bei günstiger Witterung ab 1 Uhr
Großes Garten-Konzert.

Palmen Garten
 mit dem weltberühmten Palmenhaus
 Roldorn-Allee in herrlichster Blüte
 Morgen Sonntag bei günstiger Witterung ab 4 Uhr nachm.
Konzert
 Leitung: Kapellmeister Schmidt-Elsay
 u. Gesangsvorträge des 1. Bezirks im Leipziger Gau-Sängerbund — 400 Sänger —
 Leitung: Bez.-Liedermstr. Dr. Wilh. Jung

Bei ungünstiger Witterung
Konzert im roten und weißen Saal
 Im großen Festsaal **Festfeier des Bundes Deutscher Radfahrer (Bezirk Leipzig)** — Gäste willkommen! —
 Dienstag, den 1. Juni, **Sark-Konzert** Große Besetzung
 ab nachm. 4 Uhr mit noch nie da-
 gewesenen Programm
 Bei eintretender Dunkelheit **I. Großes Pracht-Feuerwerk**
 Eintritt Mk. 1.— Abonnenten ab 6 Uhr abends 50 Pfg.
Abonnementskarten gültig bis 31. März 1927

Ben. 8 Uhr **Krystall-Palast-Varieté** Tel. 20355
Nur noch kurze Zeit!
Annemarie
 Die lustigste aller Operellen von Jean und Robert Gilbert das Ergebnis der Frühjahrs-Saison. — — — Spielleitung: Direktor Curt Offers.
Lydia Petry als Gast — Ernst Duschy als Gast
 Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbrochen an der Tageskasse

Varieté Drei Linden Ab 1. Juni
 Sensations-Gastspiel
Weinreiss mit dem großen **Lachschlager**
Das Mädchen aus der Ackerstraße
 Kein Film! Vollständig neu für Leipzig! Kein Roman!

Telephon 30 762 **Apollo-Theater** am Bayr. Bahnhof
 Ab heute:
Charly
 persönlich auf der Bühne!
 Tosender Beifall durchbrauste das Haus, als Charly die Bühne betrat.
 Ferner:
Der Abenteurer
 Nach dem bekannten Roman von Rud. Herzog
 In der Hauptrolle: **Harry Liedtke**.
 Gewöhnliche Preise. Freikarten unentgeltl.
 Sonntag 2 1/2 Uhr: Große Familien- u. Jugendvorstellung mit Charly
 Vorverkauf bei Gebr. Joske und Th. Althoff.
Bis 6 Uhr nachmittags Vorzugs-Preise.
 Anfang wochentags 4.30, Sonntags 3 Uhr. Kassenöffnung 1/2 Stunde vorher

Familien-Bad

Markkleeberg
 1926 mehr als doppelt vergrößert

Holz-Betten
 Ab Fabrikpreis! Kompt 50 Mt
 10 Mt Anzahlung, 5 Mt Abschlung
 bei sofortiger Mittnahme
 Reformbetten, Kleiderdränke,
 komplette Schlafzimmer, Küchen
 Chaiselongues, Matten usw.
 in allen Preislagen
Alfred Müller, L.-Lindenau
 Leubner Straße 32. Seitengebäude 1.
Achtung! Gartenbesitzer!
1a. Portland-Zement
 liefert evtl. auch frei Haus
 bei billiger Berechnung
Alfred Seifert, L.-Großschocher
 am Bahnhof Kleinzschocher. Telephon 40 215.

Lindenbad L.-L. Gutsmuths-
 straße 27, Fernspr. 43507,
 Der Neubau in vollem Betrieb
Sämtliche Bäder
 Täglich geöffnet von früh 8 bis abds 8 Uhr
 Sonntags 8 bis 12 Uhr
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen.
Möbel
 Schlafzimmer (Eiche, Birke und Kirsch-
 baum pol.), Speise- und Herrenzimmer,
 sowie Küchen fast man günstig, auch
 auf Teilzahlung in der
Möbelfabrik F. R. Weise
 near. 1908
 Leipzig-Probstei, Kuffenstraße 17 u. 18
 Straßenbahn 15. Haltestelle Galtzhof.
 von da noch 5 Minuten.
 Extra-Anfertigung nach jedem Wunsch.*

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote
Vulkaniseur
 (Defenspezialist)
 für sofort in dauernde Stellung gesucht
Otto Keller, Halle a. S.
 Schillerstraße 45

Redegewandte verheir. solide Arbeiter
 welche ihren Beruf verändern wollen,
 werden u. ar. Verlang als Abonnenten-
 werber für Leipzig und auswärts für
 dauernd sof. gesucht. Bewilligt wird
 feiter Speisenaussch. hohe Provision u.
 freie Eisenbahnfahrten. Anlernen ge-
 radeich von tüchtigen Reisenden. Off.
 unt. L. G. 731 an „Mia“ Saalen-
 Rein & Vogler, Leipzig.

Gesucht von Zelluloidwarenfabrik
 in der Branche durchaus erf.
I. Kraft
 bestvertraut m. Verstelln von Schirm-
 araffen und Gasantennennarrn aller
 Art außerst gem. Wulsternader mög-
 lichst mit Drehtextenkenntnissen
 Ausführl. Angaben üb. leith. Tätig-
 keit m. Zeugn. u. Gehaltsanfordern an
Kronenwerke Beerfelden (Hessen)

Person mögl. Lindenau
 wohnh. 1. tgl. vorm. 1/2
 Std. z. Fahr. ein Krank.
 pos. Calvisiusstr. 13. III. r

Vertreter
 (auf Provision)
 für guten
 Artikel gesucht.
 Anerb. u. L. G.
 726 an „Ala“
 Haasenstein &
 Vogler, Leipzig

Verkäufe
 Von Herrschaften
 wenig getragene
 herr. Garderobe
 billig an verkaufen
 Vorhänge, 12, p.
 Ein- u. Verkaufsgesch.

Auf Teilzahlung
 Anzüge, Hosen,
 Mäntel, Kleider
 auch für Kinder
Karl Hortlein
 Eisenbahnstr. 33, II.

Gut erhaltenes Sofa zu
 verkauf. Windmühlen-
 weg 32, dt. r. A. R.

Schlitz-Schranke
Küchen
 Bildsch. 1. St. bill.
 Bildsch. 2. St. bill.
Bartisch, Tischlerei
 Güterh. Küch. z. ver-
 kaufen Lindenau,
 Gutzkowstr. 17, IV.
 4 Bettstellen zu verk.
 Pl. Zschoch St. 30, III. l.

Bettstelle mit Matr.
 Regale usw. verk. bill.
 Co. Sehnacker 28, II. r

Wohnung!
Grammophon
Schallplatten
 zu billigsten Preisen
 die neu. Schläger
 von 50 Pfg. an
Musik- Franke
 2. Po., Nabel 44
 Telephon 60 350

Menzenhauer-Zither,
 Unterleg-Molon z. vk.
 Dieskaustr. 75, IV

Gebr. Nähmasch.
 Schube, Ritterstr. 4.*

Fahrräder
 laubere, sol. Hand-
 arbeit unt. Garantie
 85-140 Mk.
 Emailieren, ver-
 nicken von Fahr- u.
 Motorrädern, Repa-
 raturen aller Art.
 Schnell gut u. billig
 Alb. Jacob, Leipzig-Kl.
 Siemensstraße 27.*

Erstkl. Markenräder
 bequeme Teilzahlg.
 Reparaturen billigst
Max Söll u. Sohn
 Marktstraße 5.*

Freilauf rad, hoch Rahm
 bill. Carpzowstr. 33, III. r
 (an Hofer Straße)

Gebr. Herren- u. Dam-
 räder von 30 Mk. an z. v.
 Hübner, Kirchstr. 24, H

Herrenrad vor k. billig
 Li. Rabenstr. 3, dt. l.

Promcnadenwag.
Klappwagen
 Teilzahlg. gefattet.
 Nörnberger Str. 8, Hof.*

Groß weiß Kinderwag.
 auf Riemen zu verk.
 Li. Gutzkowstr. 4, I. r.

Kinderwag auf Riemen
 a. h. z. v. Mönzgnassol, IV l
 Gr. 4räd. Handwagen,
 gr. 2räd. Handwagen,
 Dezimalwage 100 Kg. w
 Li. Radw. 20, I l

Neue Fenster u. Tür
 für massive Laube
 vk. Dieskaustr. 75, IV.

Auf Kredit
 Bettstellen mit
 Matratzen
 mit 6 Mt. Anzahlung
Scherbel
 Katharinenstr. 20*

Küken ab 60 Pfg. vk.
 Brutanstalt Markran-
 städt, Zwick Str. 11 *

Zinerte sind nicht
 a die Re-
 daktion, sondern an
 die Expedition der
 Volkszeit. zu richten

Persil
 bleibt
Persil

Größte Ausstellung in Leipzig
 Bekannt für
gediegene Qualität
 und
billige Preise
Josef Hirsch
 Zeitzer Straße 6*

Gardinen • **Enorm billige Möbelpreise.**
 Meterware v. Mk. 0.68 an
 3teil. Künstler- v. Mk. 4.50 an
 Stores per Stück v. Mk. 3.50 an

Schlafdecken p. St. v. Mk. 1.90 an
Diwandecken p. St. v. Mk. 7.75 an
Steppdecken Satin dopp. von 11.50 an
Sofabezüge gute Qualität
Bettlinate 4 Meter 7.75 an
Vitragestoffe, Chaiselonguestoffe garant. federleicht
Linoleum-Teppiche ochtrot 1.90
Fensterläufer ochtrot 1.90
Fensterries in Woll.
Rosenberger, Hainstr. 8

Küche, fast neu, für Mk. 65.-
 Elsastraße 16, II. rechts.

Otto Woland, L.-Kleinhschocher
 Schuhmacherei und Reparaturwerkstatt.
 Sohlen u. Abfälle auf Wunsch in 2 Stunden

Farben & Lacke
Malerutensilien
 kaufen Sie gut, preiswert und
 lachmännlich zubereitet bei
Theodor Reiche & Co.
 Leipzig, Packhofstraße 11-13.
 Hintor der neuen Börse.

Kaufgesuche
Saubnesselblüten
 Gundermann, Löwenah-
 blätter, Rungentraut, Schaf-
 arbenblätter, Stiefmüt-
 chenkraut, Weidenblätter und
 alle anderen Heilkräuter kaufen
J. Bernhardt G. m. b. H.
 Leipzig, Konstantinstr. 21. *

Taubnesselblüten — Schafgarbenblätter
Stiefmütterchenkraut blau- blühend
Kamillen — Lindenblüten
Nußblätter — Hüllattichblätter
 sowie alle and. Arzneikräuter, Blüten
 Wurzeln, Rinden, Samen kaufen in gut
 getrocknetem Zustande zu bill. Preisen
Handelsvereinigung
Diets & Richter - Gebr. Lodde A. G.
 Leipzig, Hanfstädter Steinweg 40
 Annahme: 8-4, Sonntagsabends 8-1 Uhr

Kamillen
 Birkenblätter, Gundermann,
 Taubnesselblüten und Kraut,
 Schafarben-, Hüllattich-
 blätter, Stiefmütterchen wild
 u. andere Heilkräuter kauft
 lautend
Apotheker Max Bergmann
 vorm W. Müller
 Leipzig, am Bayrischen Bahnhof
Kohlenstraße 18 20. *

Kaufe ständig alte u. junge
Kanarienhähne
 zu konkurrenzlos höchsten
 Preisen. Beste Bezugsquelle
 für Gatter u. Hensitäten.
Leipziger Kanarien-Einkaufszentrale
 K. Süpfitz, Promonadenstr. 29.

Gold, Silber, Brillant, Gebisse
 kft. Hans Dünkel,
 Wronenadenstr. 25.*

Kamillen
 sowie
 andere Kräuter
 kauft
H. Kumbuch
 Eutritzscher Str. 9, H. III.
 zw. Gerberst. u. Verkol.

Unterricht
Schöner Beruf!
Damen-Frisieren
 erteilt gründlich
 Schöndrodt, Querstr. 28

Gesellschafts- Anzüge verleiht
Edm. Backhaus
 Dredner Str. 28 *
 Leipziger Leihinstitutt,
Gesellschafts- Anzüge
Belau
 Albrechtstraße 29a
 Ecke Zeitzer Straße 3.

Bernickelung
Emailfierung
Fahrradfabrik
Paul Klehle
 Leipzig
 Turnerstr. 5a.

Wohnungen
 Kl. Zimmer f. 1 Herr,
 zu verm. Lange St. 24,
 Dintzerhaus I, dt.

Leeres Zimmer f. Alt.
 Herr, im West. mögl.
 part. gef. Preis b. 6.-
 wöch. Off. u. 6. 8. 11.
 Pl. Weissenfels. Str. 30.

Tausch 2 Stuben,
 2 Kam., Kü. gegen
 2 Stuben, Kam., Kü.
 Taubner Str. 5 IV.

**Tausch 101 3. Zim-
 mern, leerlich, in
 Gutz. geg. alt. 2 St.
 in Gutz. Kleinhsch.
 od. Schleißht. Off. u.
 w. 100 Alt. dt. 31.*
 Kl. Dieskaustr. 5.**

Leichter Hausmannsp.
 frei, Bonn. St. Ka.
 Kü. Obst u. Gem. pall.
 Leoni, Baumstr. 12.
 3. u. 6. Raum, od.
 1. u. 2. u. 3. Raum,
 Leipzig, Off. Q. W. 229.
 Invalidendank, Leipzig